AfD Der Rassismus kommt aus der Mitte der Gesellschaft. Neue Beobachtungen zum deutschen Rechtsruck **Politik S. 5**

TV Was gucken eigentlich die Nachbarn aus dem Libanon? Die Poetry-Slammerin Nemi El-Hassan berichtet **Film S. 18**

Islam Ein Jahr nach „Charlie Hebdo“: eine Begegnung mit dem umstrittenen Publizisten Tariq Ramadan **Alltag S. 21**

Partner des Guardian

7. Januar 2016
Ausgabe 1
Deutschland 3,80 €
Ausland 4,10 €

der Freitag

Das Meinungsmedium

„Gehört Hitlers Buch in den Unterricht?“

Benjamin Hoff

Politik Die Community debattiert über den Umgang mit der Neu-Ausgabe von „Mein Kampf“
»freitag.de/community

FOTO AUS „NORTH BY NORTHWEST“, SILVERSCREEN/ALAMY

Packen wir’s an

Mitdenken, mitfühlen, mitmachen: So rettet man die Menschheit S. 6/7

Roter Humor

SPD Sigmar Gabriel mutet der Partei einiges zu. Um sie zu einer modernen Alternative zu machen, müsste er endlich ihren Gegnern etwas zumuten

■ **Stephan Hebel**

Frank-Walter Steinmeier sagt über seinen Vorsitzenden Sigmar Gabriel: „Natürlich kann er Kanzler.“ SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann sekundiert dem Außenminister: „Seine erfolgreiche Politik in der Bundesregierung prädestiniert ihn dafür, unser Kanzlerkandidat zu sein.“ Irgendwie klingt es, als lobten sie Gabriel lustig zum Kanzler-Könner hoch, weil bei seinem Verzicht sonst jemand anderes in das ziemlich aussichtslose Rennen gehen müsste.

Den Titel „Spaßvogel 2015/16“ haben Steinmeier und Oppermann allerdings nicht verdient. Er gebührt Nils Schmid aus Stuttgart. Das ist der erste Mensch auf Erden, der die Sozialdemokratie als Juniorpartner in eine grün-rote Landesregierung führen durfte. Am 13. März wird in Baden-Württemberg wieder gewählt, und Schmid hat sich einen humorvollen Wahlslogan ausgedacht: „Wer mit Angela Merkel sympathisiert … kann am 13. März eigentlich nur SPD wählen.“ Der witzige Genosse wollte damit eigentlich nur erläutern, dass der CDU-Spitzenmann Günter Wolf den „Seehofer für Arme“ gebe und deshalb auch für Merkel-Fans nicht wählbar sei. Allerdings bedeutet der Appell im Umkehrschluss auch: Wer nicht mit Merkel sympathisiert, muss sich eine andere Alternative suchen als die SPD. Und da hat Nils Schmid leider Recht. Ganz im Ernst.

Damit ist das gar nicht lustige Dilemma angesprochen, in dem sich die SPD im Jahr vor der nächsten Bundestagswahl befindet – und zwar nicht nur, aber auch aus eigenem Verschulden: Niemand erkennt sie als Alternative. Schon objektiv ist die Lage schwierig. Der europäische Rechtspopulismus begegnet berechtigten wie übertriebenen Globalisierungsängsten nicht nur mit nationalen Wiederauferstehungsfantasien. Er macht der Sozialdemokratie auch eines ihrer traditionell wichtigsten Themen streitig, indem er den nach außen abgeschotteten Nationalstaat als Garanten der sozialen Sicherheit verkauft. Das hat in Polen entscheidend zum Wahlerfolg der PiS-Demagogen beigetragen.

Gerade jetzt, da die Flüchtlingsfrage die Debatte beherrscht, scheint es in Ländern wie Polen, Frankreich oder auch Deutschland nur noch darum zu gehen, die „Mitte“ gegen rechts außen zu verteidigen. So jedenfalls stellt es sich weiten Teilen der Öffentlichkeit dar, und so wird es leider in vielen Medien dargestellt. Links dagegen ist Ebbe, denn zur Mitte zählen sich Konservative wie Sozialdemokraten gleichermaßen – womit sie den Eindruck, sie seien ohnehin kaum voneinander zu unterscheiden, noch befördern.

Es geht nur noch darum, die „Mitte“ gegen rechts außen zu verteidigen

Nach dieser Logik ist klar: Den Kampf kann nur Angela Merkel gewinnen. Sie ist es schließlich, die unverdrossen „Wir schaffen das“ ruft, während der SPD-Vorsitzende mit seinem Parteitag darum ringt, ob er den Rechtspopulisten wenigstens ein bisschen entgegenkommen und auf „Begrenzung“ plädieren darf. Dass beide zusammen – Union und SPD – erst einmal das Asylrecht massiv verschärft haben, scheint niemanden zu interessieren. Dieselbe Kanzlerin, die aus dem grün-links-liberalen Lager Ergebenheitsadressen für ihre Offenheit einsammelt, rühmt sich als CDU-Vorsitzende per Parteitagsbeschluss der „härtesten Verschärfung des Asylrechts seit 20 Jahren“, will Afghanen abschieben und die Familienzusammenführung erschweren – aber Protest kommt fast nur noch von der Hilfsorganisation Pro Asyl.

Aber auch von links sieht sich die Sozialdemokratie unter Druck, zumindest in Teilen Europas. In neuen Bewegungen und Parteien wie Podemos und Syriza organisiert sich die Unzufriedenheit darüber, dass sich auch Sozialdemokraten seit Jahren dem neoliberalen Politikmodell und damit jener amorphen politischen Klasse angeschlossen haben, die als sich selbst genügendes System des Immergleichen empfunden wird. In Deutschland sind neue Politikangebote dieser Art allerdings nicht in Sicht, und ob die Linkspartei aus ihrer Geschichte und ihren internen Kämpfen heraus deren Platz einnehmen wird, ist fraglich. Aber gerade darin könnte für die SPD eine Chance stecken, dem Schicksal der spanischen PSOE, der griechischen Pasok oder des polnischen SLD zu entgehen: Sie läge in dem Versuch, sich (wieder) zu einer modernen, auch für unzufriedene bürgerliche Schichten anschlussfähigen Alternative von links zu entwickeln.

Wie gesagt: auch für bürgerliche Schichten. Gabriel hat ja Recht, wenn er sein Heil nicht nur in den klassisch linken (und schrumpfenden) Wählermilieus sucht, sondern auch bei der vielzitierten Mitte. Aber er begeht den Fehler, die politische Mitte mit der gesellschaftlichen zu verwechseln. Und deshalb sucht er sein Heil in der Anpassung an den modernisierten, mittigen Konservatismus à la Merkel.

Linke Projekte wie der Mindestlohn, für die Steinmeier und Oppermann den Vorsitzenden loben, helfen wenig, wenn man sich bei Mitte-Themen wie Vorratsdatenspeicherung oder Kohlekraftwerken von der Union nicht unterscheidet – und beim Freihandelsabkommen TTIP einen Eiertanz nach dem anderen aufführt. Sich hier dem bis weit in die gesellschaftliche Mitte verbreiteten Protest ohne Wenn und Aber anzuschließen – das wäre nicht nur in der Sache geboten, sondern böte Anschluss an neu erwachende Bewegungen auch in der deutschen Gesellschaft. Sigmar Gabriel hat im Dezember eingeräumt, er habe seiner Partei „einiges zugemutet“. Ihren Gegnern müsste er endlich einmal etwas zumuten!

Antje Schrupp über die Attacken auf Frauen in der Silvesternacht

Köln ist nicht Kairo: Warum wir einen kühlen Kopf bewahren sollten

Es ist schwer, sich vorzustellen, was genau in der Silvesternacht in Köln passiert ist. Knapp 100 Strafanzeigen wegen unterschiedlicher Delikte wurden bisher gestellt, mindestens 15 davon auch wegen sexueller Belästigung, eine wegen Vergewaltigung. Die Täter wurden von den Betroffenen mehrheitlich als „dem Aussehen nach nordafrikanischer Herkunft“ und als stark alkoholisiert beschrieben.

Der *Stern* twitterte allen Ernstes: „1000 Männer haben am Kölner Hbf Frauen sexuell belästigt.“ Eine absurde Falschinformation, die zwar später im Text korrigiert wurde; allerdings änderte das nichts daran, dass sich der Tweet fröhlich weiterverbreitete. Auch in anderen Kanälen stieg der Grad der Hysterie, der rechte Mob machte mobil. Die einen wollen Angela Merkel hängen, weil sie an allem schuld sei, andere wollen Busfahrten nach Köln organisieren, um „weiße deutsche Frauen“ zu beschützen.

Mit atemberaubender Geschwindigkeit wird das alte rassistische Narrativ aufgeboten, wonach „einheimische blonde Frauen“ von „ausländischen dunklen Männern“ sexuell bedroht werden. Feministinnen geraten unter Generalverdacht: Wenn sie diese Sichtweise nicht ebenfalls laut vertreten, sind sie keine richtigen Feministinnen, verhöhnen die Opfer, verschließen die Augen vor der Wahrheit!

Aber das Gegenteil ist richtig. Wenn wir der Versuchung nachgeben, uns mit Rassisten zu verbünden, haben wir schon verloren. Denn deren Angebot zu einer Allianz ist scheinheilig. Es sind dieselben Typen, denen sexuelle Gewalt normalerweise egal ist, die frauenverachtende Witze und Busengrapschen für Flirtversuche halten und die meinen, über sexuelle Gewalt in Beziehungen zu sprechen zerstöre Familien.

Und die entdecken jetzt ihr Faible für die Freiheit der Frauen? Der Schutz, den der westliche Mann „seinen“ Frauen anbietet, hat leider noch nie wirklichen Respekt vor deren Wünschen bedeutet. Sondern es ist eher so wie bei Lord Cromer, der Ende des 19. Jahrhunderts britischer Generalkonsul in Ägypten war. Dort betrieb er vehement die Entschleierung der „unzivilisierten“ ägyptischen Frauen – während er gleichzeitig in England eine „Männerliga gegen die Einführung des Frauenstimmrechtes“ gründete.

Apropos Ägypten: Drohen uns jetzt Verhältnisse wie auf dem Tahir-Platz in Kairo, wo Frauen während der arabischen Rebellion massive sexuelle Übergriffe erleiden mussten? Breitet sich hierzulande aufgrund von Migrationsbewegungen ein „importiertes Patriarchat“ aus? Nun ja, Massenansammlungen betrunkener Männer sind nirgendwo ein angenehmes Biotop für Frauen. Auch nicht, wenn die Männer so aussehen, als seien sie nordafrikanischer Herkunft.

So wie es aussieht, waren die am Kölner Hauptbahnhof von etwa 100 Männern aus der Menge heraus begangenen Straftaten ganz überwiegend Taschendiebstähle. Taschendiebe gehen in der Regel so vor, dass sie ihre Opfer anrempeln, um sie abzulenken. Sie treten dabei häufig in Gruppen auf: Einer rempelt, der andere greift zu. Die Kölner Polizei jedenfalls schreibt auf ihrer Internetseite, die sexuellen Übergriffe hätten vor allem diesen Zweck gehabt: die Opfer abzulenken, damit man sie leichter beklauen kann. Gut möglich, dass einige auch glaubten, ein sexueller Übergriff würde die weiblichen Opfer zum Schweigen bringen und verhindern, dass sie Anzeige erstatten. Aber da haben sie sich halt geirrt. Sie waren nämlich in Köln und nicht auf dem Tahir-Platz.

4 198389 803803 01

Hegelplatz 1
10117 Berlin
PVStk. A04188
Entgelt bezahlt

der Freitag | Nr. 1 | 7. Januar 2016

Inhalt

Liebe Leserinnen und Leser,
Migration ist ein Megathema. So weit, so bekannt. Allerdings gerät unter dem Druck der Aktualität (jetzt gerade: Köln und Folgen) oft in Vergessenheit, wie vielfältig ihre Erscheinungsformen sind. Eine auf den ersten Blick bizarre Folge von Migration ist zurzeit im Berliner Museum Europäischer Kulturen zu sehen. Oder natürlich gleich in Rumänien selbst, das unser Autor, der Schriftsteller Jochen Schmidt, bereist hat. Zu besichtigen ist dort die totale Veränderung eines Landes durch seine Architektur. In erster Linie durch die sonderbaren Häuser, die sich die Arbeitsmigranten der 1990er Jahre in ihrer Heimat bauen ließen. Es fällt schwer, hier nicht von einer Zerstörung des Landschaftsbildes zu sprechen. Die Romantik der Holzbauten verschwindet, diese Tradition bedeutet den Menschen nichts. Schmidt trauert ein wenig mit, sagt aber: Wir müssen lernen, in den vermeintlichen Bausünden einen legitimen Wunsch nach Schönheit zu erkennen, und den Blick für andere Sehenswürdigkeiten öffnen, für eine waghalsige Improvisation zum Beispiel. Einmal mehr: Wir müssen lernen, die Welt neu zu sehen. Ein gute Gelegenheit bieten die S. 14 und 15 unseres Kulturteils.
Ihr Michael Angele

Wochenthema

Hand in Hand S. 6/7
In unserer Gesellschaft dominiert der Wettbewerb. Dabei liegt uns Kooperation sehr viel näher als Konkurrenz

Politik

Atomkraft S. 4
Deutschland fürchtet den Betrieb der Pannenreaktoren in Belgien. Aber was kann die Politik dagegen tun?
Felix Werdermann

Polen S. 9
Der Schlüssel zum Verständnis des autoritären Rechtsrucks liegt in der jüngsten Geschichte
Jan Opielka

Populismus S. 10
In Sachen Populismus war Österreich schon erprobt, als dieser anderswo noch in den Kinderschuhen steckte
Franz Schandl

Kultur

Kulturkommentar S. 13
Wie gefährlich ist die kommentierte Neuausgabe von Hitlers „Mein Kampf“?
Michael Angele

Musik S. 17
Der große Jon Savage nimmt sich des explosivsten Jahrgangs des Pop an. Eine Sozialgeschichte über 1966
Bob Stanley

Kino S. 19
Für „The Revenant“ setzt Hollywoodstar Leonardo DiCaprio seinen Körper unmenschlichen Bedingungen aus
Andreas Busche

Alltag

Der Koch S. 21
Insekten sind das neue Superfood: Frittierte Grillen liegen voll im klimafreundlichen Ernährungstrend
Jörn Kabisch

Kolumne S. 22
Die ganze Welt soll nach Abu Dhabi kommen. Unser Autor ist schon mal in das Wüsten-Emirat vorausgereist
Dominik Bardow

Spenden S. 22
Mit einer App fürs Smartphone kann man ganz schnell Gutes tun – und es unmittelbar allen anderen zeigen
Lukas Latz

A–Z Einhörner S. 24
Unser Lexikon zu einer Fiktion, die nie aussterben wird

Leserbriefe, Impressum S. 20

Am Ende der Geduld

Elisabeth Ngari hat Frauenfeindlichkeit in Flüchtlingsheimen erlebt und fordert deswegen die Abschaffung von Lagern

■ **Ulrike Baureithel**

Gemeinschaftsküchen, in denen sich manchmal 40 Menschen einen Herd teilen müssen. Überbelegte Zimmer. Unzureichende und verschmutzte Sanitäreinrichtungen, nicht nach Geschlechtern getrennt und häufig nicht einmal abschließbar. Für Kinder kein Platz zum Spielen. Das alles ist Alltag in brandenburgischen Flüchtlingsheimen. Alltag von Frauen, die vor Bürgerkrieg geflohen sind oder verfolgt werden. Traumatisiert kommen sie in ein Land der Hoffnung und finden sich wieder in menschenunwürdigen Verhältnissen. Sie sind Übergriffen ausgesetzt, kämpfen mit der Sprache und der deutschen Bürokratie. Und sie warten. Auf Papiere. Auf ihre Anerkennung. Auf eine Wohnung. Einen Arbeitsplatz. Auf ein bisschen Normalität.

Elisabeth Ngari wartet nicht mehr. Die Kenianerin lebt in der 13. Etage eines Berliner Plattenbaus, oben weiter Himmel, unten flutender Verkehr. Von den Wänden der winzigen Wohnung lächeln ihre beiden Töchter, das Enkelkind. Unter dem Wohnzimmertisch ein Karton mit Materialien des Vereins, den sie vor 14 Jahren als „Women in Exile“ gegründet hat, als sie erkannte, dass es zermürbt, immer nur zu warten. Und dass es Frauen in der Flüchtlingsbewegung schwer haben, mit ihren Problemen durchzudringen.

Mit Ende 20 kam sie 1996 nach Deutschland. Sie wusste kaum etwas über das Land. Für Kenia bestand damals noch keine Visumspflicht, dennoch verlangte der Schlepper von ihrer Flüchtlingsgruppe viel Geld. Am Frankfurter Flughafen überließ er die junge Frau und ihre beiden Kinder sich selbst. „Ich dachte, dass hier jeder Englisch versteht. Aber es dauerte eine Weile, bis ich jemanden fand, der mir erklärte, wohin ich gehen muss, um mich registrieren zu lassen. Eine Nacht verbrachte ich in einer Erstaufnahme-Einrichtung. Dann bekam ich eine Bahnfahrkarte nach Eisenhüttenstadt.“

Eisenhüttenstadt, Erstaufnahmelager, verbunden mit Abschiebegefängnis. „Ich habe meinen Augen nicht getraut, als ich sah, wie ich da wohnen soll. Keinerlei Privatsphäre, Gemeinschaftstoiletten. Die erste Woche war furchtbar. Ich war davon ausgegangen, in ein demokratisches Land zu kommen, meine Kinder zur Schule zu schicken und zu arbeiten. Dass ich in ein Lager kommen würde, war für mich unvorstellbar.“ Doch Elisabeth Ngari ist eine kämpferische Frau, der es leichtfällt, Kontakte zu knüpfen. Das hatte sie schon in der kleinen Oppositionspartei in Kenia bewiesen, wo sie Frauen organisierte und Geld für Projekte sammelte. Die Erfahrungen in ihrer Heimat kamen ihr in ihrer neuen Umgebung zupass: Nachdem sie mit den beiden Kindern in eine Sammelunterkunft nach Prenzlau in Mecklenburg-Vorpommern verlegt worden war, setzte sie durch, im Erdgeschoss untergebracht zu werden, dort, wo die Heimleitung war. Ein bisschen mehr Ruhe für ihre Kinder, etwas mehr Sicherheit.

FOTO: ANJA WEBER

Elisabeth Ngari floh 1996 als Oppositionelle aus Kenia. Die Situation der Frauen in deutschen Sammellagern machte sie zur Kämpferin

Sechs lange Jahre wartete Ngari auf ihre Anerkennung. Sechs Jahre Duldung, Unsicherheit und Angst. Dann lernte sie einen Mann kennen und heiratete. „Es waren die Umstände, die mich haben aktiv werden lassen“, erklärt sie rückblickend. Die Küche musste sie mit 20 Leuten teilen, im Nachbarzimmer hörten die ständig betrunkenen Männer bis spät in die Nacht laute Musik. Es kam zu Konflikten unter den Flüchtlingen, Stress wegen der Enge und des Drecks. Verständigungsprobleme und Missverständnisse sind oft der Ausgangspunkt für auch tätliche Auseinandersetzungen. Ngari erfuhr von Fällen häuslicher Gewalt und erlebte, dass sowohl das Sicherheitspersonal als auch die Polizei hinhaltend reagierten. In den gemischten Flüchtlingsgruppen in Brandenburg, in denen Ngari bald mitarbeitete, stießen Frauen auf Widerstand, wenn sie versuchten, diese Dinge zu thematisieren. „Deshalb beschlossen wir, eine spezifische Gruppe für Flüchtlingsfrauen zu gründen, die zwar mit anderen Gruppen kooperiert, sich aber auf die speziellen Probleme von Flüchtlingsfrauen konzentriert.“

Im Jahr 2011 erweiterte sie den Verein zu „Women in Exile & Friends“. Nun nimmt sie auch Aktivistinnen ohne Fluchthintergrund auf. Sie fordert die bedingungslose Abschaffung aller Lager für Flüchtlingsfrauen und ihre Kinder – weil das Lagersystem Gewalt begünstige. Dass einige diese Tatsache nun zum Anlass nehmen, um gegen „immer mehr Flüchtlinge“ zu hetzen, beeindruckt Ngari nicht. „Gewalt gegen Frauen ist kein spezifisches Flüchtlingsproblem. Aber wir bestehen darauf, dass Flüchtlingsfrauen dieselben Rechte zugestanden werden wie den deutschen.“

Das bedeutet für Brandenburg, das Gewaltschutzgesetz mit seinen Regeln auch auf Flüchtlingsfrauen auszuweiten. Das ist jedoch nur möglich, wenn diese in Wohnungen untergebracht werden. „Wir sind dabei, uns mit Gruppen zusammenzuschließen, die für billigen Wohnraum kämpfen“, sagt die Netzwerkerin. Die explizit feministische Organisation, die vor einigen Wochen mit dem *taz*-Panter-Preis ausgezeichnet wurde, ermutigt betroffene Frauen, Gewalt nicht einfach hinzunehmen, inspiziert Flüchtlingsheime und dokumentiert die dortigen Verhältnisse. Mit einer aufsehenerregenden Floßtour 2014 gelang es, Flüchtlingsfrauen in der gesamten Bundesrepublik zu vernetzen.

Das größte Problem sieht Elisabeth Ngari derzeit in der politisch gewollten Spaltung der Flüchtlinge in solche, die erwünscht sind, und jene, die möglichst bald abgeschoben werden sollen. Die große Zahl der ankommenden Flüchtlinge ist für sie aber kein Anlass, Abstriche bei ihren politischen Forderungen zu machen. „Wir stellen schließlich keine Luxusforderungen“, sagt die Kämpferin Elisabeth Ngari, und ihr Blick wandert zum Enkelkind an der Wand.

Sabine Kebir über die Hinrichtungen in Saudi-Arabien

Angst vor Autoritätsverlust

Die Hinrichtung oppositioneller Schiiten in Saudi-Arabien und die darauf folgenden Proteste im Iran lassen einen lange schwelenden Machtkampf offen ausbrechen. Viele Politiker in Westeuropa nehmen erst jetzt den Ernst dieser Rivalität wahr. Dagegen hat Barack Obama, als er die Atomgespräche mit Teheran forcierte und die iranische Diplomatie in die Suche nach einem Frieden für Syrien einbezog, ein Zeichen gesetzt, das einer Begrenzung saudischer Hegemonie im Nahen Osten gilt. Ihm dürfte klar sein, dass die USA immer mehr die Kontrolle über einen regionalen Großbrand verlieren und das rasante Machtspiel weniger beeinflussen als gedacht.

Wozu führt die jetzige Eskalation? Ein Schlagabtausch zwischen Saudi-Arabien und Iran ist nicht zu erwarten. Doch werden die bereits tobenden Stellvertreterkriege, die sich beide Mächte in Syrien und im Jemen liefern, an Schärfe gewinnen.

Die saudische Herrschaft hat mit der Massenexekution gezeigt, dass sie ihre Autorität im eigenen Land offenbar gefährdet sieht. Unter den 47 Hingerichteten waren etliche Schiiten, die 2011 einen Arabischen Frühling für Saudi-Arabien wollten, von dem man seinerzeit kaum etwas hörte. Bekannt wurde nur, dass die Saudis im benachbarten Bahrain militärisch eingriffen, nachdem die dort mehrheitlich schiitische Bevölkerung demokratische Rechte verlangt hatte.

Was kann eine saudisch-schiitische Demokratiebewegung am Iran attraktiv finden, der selbst ein religiös-fundamentalistischer Staat ist, dessen Gesetze sich ebenfalls vielfach an die Scharia halten? Weil man im Westen ein abstraktes, zu sehr vom eigenen Maßstab geprägtes Bild von Demokratie hat, wird zu wenig wahrgenommen, dass der Iran im Vergleich zu Saudi-Arabien eine wesentlich modernere, auch demokratischere Gesellschaft ist. Trotz einer Herrschaft der Mullahs, die gelegentlich Verbote verhängen, hat die Kunst Spielräume. Bücher und Filme sind manchmal sogar exportfähig. Im Iran gibt es Musik – eine im wahhabitischen Königreich gänzlich verbotene Kunst. Auch dürfen Frauen im Iran schon lange wählen und gewählt werden, was in Saudi-Arabien erst kürzlich auf kommunaler Ebene möglich wurde. Im Iran leben Christen und Juden, die ihre Religion ausüben können.

Dagegen ist in Saudi-Arabien der Bau von Kirchen und Synagogen verboten, obwohl der Koran die Legalität des christlichen und jüdischen Kults ausdrücklich bekräftigt. Dass sich viele Saudis, auch wenn sie der sunnitischen Mehrheit angehören, trotz des Wohlstands in ihrem Land nicht mehr wohlfühlen, ist seit langem bekannt. Das hervorragende Bildungssystem bringt zur Mündigkeit befähigte Menschen hervor, die aufgezwungene Lebensregeln – wozu bei Männern das Tragen der traditionellen Tracht gehört – ablehnen. Seit Jahrzehnten fliehen saudische Männer, so oft sie können, in den Libanon oder auch auf europäische Mittelmeerinseln, um sich einer Lebensart hinzugeben, die ihnen zu Hause verwehrt bleibt. Eine intellektuelle Opposition verschafft sich unter Lebensgefahr immer mehr Gehör: Der 2014 zu 1.000 Peitschenhieben verurteilte Blogger Raif Badawi und der 2015 zum Tode verteilte, in Saudi-Arabien lebende palästinensische Dichter Ashraf Fayadh treten für eine saudische Säkularisierung ein.

Maßgeblichen EU-Politikern dürfte diese Faktenlage lange bekannt sein. Deshalb verbietet es sich, die eigenen, öffentlich gesetzten Maßstäbe für Menschenrechte gegenüber Riad außer Acht zu lassen.

Felix Werdermann über einen Ex-Geheimdienstchef

Die Gedanken sind rechts

Bräuchte die rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen noch ein Argument für die Abschaffung des Verfassungsschutzes, hier ist es: Man kann nie sicher sein, wer da irgendwann mal an der Spitze stehen wird oder ob der Geheimdienst sogar schon durchsetzt ist mit Rechten. Wer sich das nicht vorstellen kann, sollte sich das Video-Interview ansehen, das der ehemalige Verfassungsschutzpräsident Helmut Roewer dem Youtube-Sender „Quer-DenkenTV“ gegeben hat. Roewer war von 1994 bis 2000 der Chef des thüringischen Landesamts – und er denkt offenbar sehr rechts.

Er kritisiert in dem Interview einen angeblich laxen Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland: „Es passiert hunderttausendfach jeden Tag, dass hier Grenzverletzung und Ähnliches stattfindet, und die Sachen werden nicht verfolgt.“ Er behauptet, dass staatliche Behörden „stadt- und landesbekannte Gewalttäter“ zu Anti-Pegida-Demonstrationen schleppten.

Er bringt sogar einen politischen „Umsturz“ ins Spiel. Er wolle das zwar nicht herbeireden, aber: „Es wird eine Bruchlinie geben, und zwar in dem Moment, wo (...) den Einsatzkräften, unseren Sicherheitsbehörden der Befehl erteilt wird, gegen das eigene Volk vorzugehen.“ Dem würden sich viele Beamte widersetzen.

Von der derzeitigen Demokratie hält Roewer offenbar nicht allzu viel. Die Parteien und der öffentliche Raum würden von „Taugenichtsen und Schwätzern“ beherrscht, und in den Medien werde „gefälscht, dass sich die Balken biegen“. Kritische Berichterstattung bezeichnet er als „Hasskampagnen“ gegen die Sicherheitsapparate und er deutet sogar an, als Geheimdienstchef gegen Journalisten vorgegangen zu sein.

Und dieser Mann durfte jahrelang Linke ausspionieren, durfte jede Menge Geld an Neonazis verteilen, die als V-Leute angeworben wurden. Die Vorstellung ist unheimlich.

Vielleicht hat Roewer damals noch andere Positionen vertreten als heute. Vielleicht hat er sich aber nur nicht getraut, sie auszusprechen. Und was er als Geheimdienstchef konkret gemacht hat, ist sowieso kaum zu erfahren. Der neue Präsident Stephan Kramer ist zwar rechter Tendenzen unverdächtig. Doch einen Geheimdienst wird die Politik nie unter Kontrolle haben. Wer Risiken und Nebenwirkungen ausschließen will, muss ihn abschaffen.

Ein Mann geht durch die Wand

USA Mit seinen rabiaten Methoden hat Donald Trump immer mehr Erfolg. Das könnte seiner Partei in den anstehenden Vorwahlen noch zum Verhängnis werden

FOTO: DARREN MCCOLLESTER/GETTY IMAGES

Ein Fan der neuen US-Diskurskultur

■ **Konrad Ege**

Seit Monaten jagen sich die Umfragen. Ted Cruz, Donald Trump, Jeb Bush, Marco Rubio; Hillary Clinton, Bernie Sanders. Doch nun steht 2016 im Kalender, endlich ist es da – das Jahr der Präsidentenwahl. Die Vorwahlen beginnen im Februar. Das Establishment der Republikanischen Partei macht sich Sorgen um die eigene Mehrheitsfähigkeit, und das demokratische Wahlvolk ist nicht sonderlich gut gelaunt, denn viele merken nicht viel vom Wirtschaftsaufschwung.

Im Dezember häuften sich besorgte Analysen, dass die Mittelklasse im Krankenbett liege oder gar auf der Intensivstation. Beachtung fand eine Untersuchung des Pew Research Center, der zufolge diese Schicht erstmals seit Anfang der 70er Jahre (damals 61 Prozent) nur noch knapp die Hälfte der US-Bevölkerung ausmacht. Die oben hätten finanziell dazugewonnen, die unten seien von der Zahl her mehr geworden. Nach wachsendem Wohlstand sieht das nicht aus. Pew definiert als Mittelschicht-Einkommen einen Wert, der zwischen 67 Prozent und 200 Prozent des Mittelwertes der US-Einkommen liegt. Für einen Haushalt mit drei Personen wären das 41.869 bis 125.609 Dollar im Jahr. Es geht aber nicht nur um Gehalt und Lohnzettel. Mittelklasse, wie man es in den USA versteht, das ist der Grundstein des amerikanischen Traums. Das sind Leute, die an Amerika glauben. Ein Mitglied der Mittelklasse ist jemand mit einigermaßen gesichertem Auskommen und der Erwartung, dass Aufstieg möglich ist. Die Mitte ist in der Annahme politisch involviert, sie habe etwas zu sagen.

Bis die Wüste glüht

Vor sieben Jahren, im Januar 2009, flossen Freudentränen, als Barack Obama als erster afroamerikanischer Präsident vor die Nation trat. Die Sache mit dem amerikanischen Traum schien doch zu funktionieren. Heute dagegen spricht der demokratische Anwärter Bernie Sanders von einer die Politik beherrschenden Oligarchie, er ruft nach Revolution. Hillary Clinton spricht von Mittelklassewerten, die sie umsetzen wolle. Den streitbaren Sanders würde sie am liebsten ignorieren.

Nicht nur die Sorge ums Geld treibt viele um im Wahljahr. Seit dem Attentat im kalifornischen San Bernardino Anfang Dezember sind Argwohn und Angst angesagt. Im November stellte das FBI einen neuen Rekord auf für 2015: Die Behörde hat in diesem Monat 2,2 Millionen Background-Checks getätigt für Schusswaffenkäufe. Der evangelikale Präsident der Liberty University in Virginia, einer der größten Universitäten der USA, hat seine Studenten zum Waffentragen aufgefordert. Viele Menschen sind erfasst von einer in der Echokammer der sozialen Medien widerhallenden republikanischen Vorwahlshow, die Panikmache zur hohen Kunst erhoben hat. Donald Trump musste 2015 gar keine Fernsehwerbung schalten: Kameras verfolgten seine Beleidigungen und Attacken im Übermaß: Der Mann schafft Quote. Beim Formel-Eins-Rennen schaut man doch zu, um zu sehen, ob der Fahrer mit dem höchsten Risiko in die Leitplanke kracht.

Apokalyptisch waren die Warnungen bei der letzten Debatte der republikanischen Anwärter kurz vor Weihnachten. Ted Cruz empfahl „Flächenbombardierung“ in Syrien und im Irak, um zu sehen, ob „der Sand im Dunkeln glühen kann“. Carly Fiorina wollte eine Totalüberwachung im Cyberspace, und Chris Christie wollte russische Flugzeuge über Syrien abschießen, die in die von ihm geforderte No-Fly-Zone eindringen. Donald Trump dachte an den Einsatz von Atomwaffen. Ben Carson antwortete mit einem enthusiastischen Ja („You got it. You got it“) auf die Frage, ob er den Tod „Tausender unschuldiger Kinder und Zivilisten“ in Kauf nehmen würde. Es gab Warnungen vor Chaos und die immer wieder vorgebrachte These der Republikaner, die Regierung funktioniere nicht, Amerika müsse endlich wieder Amerika sein, Obama sei ohnehin nicht zu trauen.

Das weckt bei manchen Sehnsüchte nach einem starken Mann, einem Außenseiter, der die Grenzen dicht macht für Muslime und sonstige Verdachtspersonen. Trump und seine republikanischen Kollegen haben einen rabiaten Diskurs gesellschaftsfähig gemacht. *Saturday Night Life* – die legendäre Comedyshow bei NBC und ein Ort des Spotts über Politiker – hat Trump jüngst zum Moderieren eingeladen. Gegen Jahresende jedenfalls ist dieser Kandidat noch nicht in die Leitplanke gefahren. Der Nachrichtenkonsument erlebt den Wahlkampf als eine Art Sportveranstaltung mit Show-Einlagen. Wer hat bei dieser Debatte gewonnen? Wer bei jener? Trump gilt als ernsthafter Bewerber, wegen seiner guten Umfragewerte. Fast den ganzen Herbst lag er bei den Republikanern vorn mit 30 Prozent oder mehr. Befragt wurden bei diesen Vorwahlerhebungen allerdings nur Republikaner, die etwa ein Viertel der Bevölkerung ausmachen. 2011 hatte bei den Republikanern Newt Gingrich die Nase vorn, vor acht Jahren bei den Demokraten Hillary Clinton.

Republikaner überschütten sich gerade mit so viel Gülle, dass sie ihre Anzüge wohl nicht mehr sauber kriegen

So wie der bombastische Trump hat wohl noch nie jemand Wahlkampf gemacht. Bei ihm finden Sympathisanten der Tea Party Zuflucht; die Hälfte seiner Anhänger komme aus der weißen Arbeiterschicht, heißt es in Untersuchungen. Doch so einfach ist das nicht in den republikanischen Vorwahlen. Auch die Evangelikalen müssen berücksichtigt werden, die in manchen Staaten die Hälfte der Vorwähler ausmachen. Derzeit haben die rechtschristlichen Führungspersönlichkeiten Magenbeschwerden: Bei ihren Lieblingsthemen aus dem Kulturkrieg – von gleichgeschlechtlicher Ehe bis Abtreibung – ist Trump noch nie in Erscheinung getreten. Als er nach seiner Lieblingsstelle in der Bibel gefragt wurde, hatte er keine parat. Und die Trump-Casinos? Glücksspiel – das geht aus Sicht vieler Protestanten in den USA gar nicht.

Die großen republikanischen Geldgeber haben sich offenbar noch nicht festgelegt. Der unberechenbare Trump macht nervös. Der unerfahrene Ben Carson auch. Und Geld ist sowieso nicht alles, wie man so sagt. Das meiste davon hat bisher Jeb Bush, doch standen bei dem Weihnachten und Neujahr unter einem schlechten Stern: Musste er doch „feiern“ mit zwei Ex-Präsidenten, die baff sein dürften, dass Jeb, der vermeintlich gute Sohn, nicht aus den Startlöchern kommt.

Die Vorwahlen beginnen sehr bald; erster Staat ist Iowa am 1. Februar. Der erste große Vorwahltag mit zwölf Staaten ist dann der 1. März, der Super Tuesday. Im Juni geht der Zirkus zu Ende mit Kalifornien, Montana, New Jersey, South Dakota und New Mexico. In den Medien wird bereits spekuliert, die republikanischen Parteiführer würden sich darauf vorbereiten, dass es kein Kandidat auf die erforderliche Mehrheit bringt. Dann kämen die Parteigrößen zum Zug, um ihren Kandidaten in den Sattel zu hieven. Wer auch immer das sein dürfte – Donald Trump jedenfalls wird es dann nicht sein.

Clintons Kriegskasse

Bei den Demokraten verschicken Anhänger von Bernie Sanders Appelle, der demokratische Wahlkampf sei noch lange nicht gelaufen. Ihr Favorit habe mehr als zwei Millionen Dollar an Einzelspenden erhalten, er wecke Begeisterung. Letzteres kann man Hillary Clinton noch nicht nachsagen. Freilich hat sie die Unterstützung der Prominenz in der Demokratischen Partei. Beim alles entscheidenden Parteikonvent sind dann mehr als 4.000 Delegierte gefragt, 712 davon „Superdelegierte“, sprich: gewählte demokratische Politiker und Parteivertreter, die mit abstimmen dürfen. Laut der Nachrichtenagentur Associated Press haben sich bereits 359 dieser Auserwählten für Clinton ausgesprochen, acht für Sanders und zwei für Martin O’Malley, den Ex-Gouverneur von Maryland. Auch stehen fast alle großen Gewerkschaften auf Seiten der Ex-Außenministerin. Gewerkschaftsmitglieder sind es zumeist, die bei Wahlen das Fußvolk stellen, beim Türenklopfen und am Telefon oder beim Fahrdienst am Wahltag. Davon abgesehen hat Sanders auch keine Chance gegen die Clinton-Geldmaschine, wie die *Washington Post* kürzlich schrieb: Bill und Hillary Clinton hätten dank ihrer Karrieren in der Politik und mit der Clinton-Stiftung drei Milliarden Dollar an Spendengeldern eingenommen. Das prägt die politische Haltung.

Vor einem Rechtsrutsch bei der Wahl im November schützen in den USA vermutlich demografische Umstände. Laut einer Prognose des Center for American Progress stellen Minderheiten beim Präsidentenvotum erstmals mehr als 30 Prozent der Wahlberechtigten, nämlich 31,6 Prozent, Weiße 68,6 Prozent (2012 waren es noch 70,7 Prozent der Wählerschaft, 2004 immerhin 75 Prozent).

Afroamerikaner, Latinos und Bürger asiatischer Herkunft wählen mit großer Mehrheit demokratisch und Trump schon gleich gar nicht. Frauen entscheiden sich in der Regel eher für demokratische Bewerber, junge Weiße ebenso. Es kommt hinzu: Die Republikaner überschütten sich gerade mit so viel Gülle, dass sie ihre Anzüge bis zu den Hauptwahlen nicht sauber kriegen.

Entscheidend wird sein, ob die mit den Demokraten sympathisierenden Wähler genug Grund sehen, in die Wahlkabinen zu gehen. Das ist die Schicksalsfrage für Hillary Clinton. Sie ist darauf angewiesen, dass wieder jene Koalition zustande kommt, die Barack Obama zwei Präsidentschaften gebracht hat. Die Republikaner haben einen Extra-Unsicherheitsfaktor: Wird sich Trump wirklich zufriedengeben, sollte er bei den Vorwahlen nicht gewinnen, wie er ein paarmal behauptet hat? Oder wird er dann als unabhängiger Kandidat antreten?

Unter der Woche
Jürgen Busche

Zu schön, um wahr zu sein: Warum wir immer rummäkeln

Was tun die da oben? Antwort: Alles, wenn es falsch läuft. Nichts, wenn es gut geht. Zum Beispiel Angela Merkel. Ihr Gesicht nehmen viele in der Welt für ein Deutschland, das mit seiner freundlichen Haltung gegenüber Flüchtlingen in scharfem Kontrast zur alten, gewohnten, hässlichen steht. Sollte die Welt lieber nicht tun, meint man dagegen in Deutschland. In Wahrheit, so kann man lesen, habe das wenig mit der Kanzlerin zu tun, würden ehrenamtliche Männer und Frauen diese Arbeit leisten und den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes helfen. Das musste einmal klargestellt werden.

Merkel hätte, um das Maß ihrer Güte voll zu machen, ihren Schreibtisch im Kanzleramt verlassen und sich etwa in eine Flüchtlingsunterkunft auf dem Lande begeben müssen. Hätte sie dort Suppe ausgeteilt, wäre ihr die Anerkennung auch der vielen in Deutschland sicher gewesen. Denn wie ließ schon Bert Brecht seinen lesenden Arbeiter fragen: „Wer baute das siebentorige Theben?“ Haben jemals Könige Steinbrocken herbeigeschleppt? Davon berichten die Bücher nichts. Über Angela Merkel wird eines Tages berichtet werden, dass sie genau das auch nicht getan hat.

Es lebe das Volk. Oder auch wiederum nicht. Die Welt hatte schon einmal – vor gar nicht so langer Zeit – ein überraschend günstiges Bild von Deutschland. Das war bei der Fußballweltmeisterschaft 2006. Zuvor war in Medien vor „No-go-Areas“ zum Beispiel in Brandenburg gewarnt worden, wo eine fremdenfeindliche Grundstimmung es für ausländische Besucher gefährlich machen würde, sich frei zu bewegen. Fremdenfeindliche Regungen in der Bevölkerung blieben aber in diesen Wochen gänzlich aus. Auch als feststand, dass die deutsche Nationalmannschaft nur um den dritten Platz spielen konnte. Die Stimmung in den Stadien, auf den Straßen, in den überfüllten Kneipen war prächtig. Die Begeisterung der Gäste über die fröhlichen Deutschen war mindestens so groß und ehrlich wie die über den Verlauf des Turniers. Man sprach allenthalben von dem deutschen Sommermärchen.

Das tut man heute nicht mehr. Heute spricht man von dem „angeblichen deutschen Sommermärchen“. Warum das? Hat sich inzwischen herausgestellt, dass die Fröhlichkeit der Deutschen nur gespielt war? Dass sich hinter den lachenden Gesichtern die üblen Fratzen des alten Deutschland aus Kriegsfilmen verbargen? Wurde die Welt getäuscht? Haben Hunderttausende Deutsche bei diesem Täuschungsmanöver mitgemacht? Wer zählt die Völker, nennt die Namen, die gastlich hier zusammenkamen? Ihre Erinnerungen müssen korrigiert werden.

Sind die Hunderttausende von Deutschen schuld? Nein, das gerade nicht. Schuld ist Franz Beckenbauer, der in den Verdacht geriet, das Weltturnier für einiges Geld gekauft und so nach Deutschland geholt zu haben. Bestechung der zuständigen Fußballfunktionäre oder wenigstens einiger von ihnen. War es so oder doch so ähnlich? War es Beckenbauer allein, der mit dem Geld unterwegs war? Vielleicht nicht ganz allein, aber viele waren wohl nicht beteiligt. Die Hunderttausende, die auf Straßen und Plätzen zusammen mit den ausländischen Gästen ihre Feste feierten, waren es bestimmt nicht.

Aber die zählen jetzt plötzlich nicht. Die waren offenbar am deutschen Sommermärchen so wenig beteiligt wie die Arbeiter am Bau des siebentorigen Theben. Wo es gilt, einen Einzelnen, der bisher in seiner Prominenz beinahe schon verehrt wurde, drastisch niederzumachen, wird das Erleben der Bevölkerung zu einem angeblichen. Wo es gilt, die politische Leistung einer Einzelnen, die weltweit Anerkennung findet, niedriger zu hängen, wird die Bevölkerung wieder herbeizitiert. Ein Schelm, wer Gutes dabei denkt.

FOTO: NICOLAS MAETERLINCK/AFP/GETTY IMAGES

Unheimliches Symbol: das Atomium in Brüssel

Unheimliche Nachbarn

Kernkraft Deutschland fürchtet den Betrieb der Pannenreaktoren in Belgien. Aber was kann die Politik dagegen tun?

■ **Felix Werdermann**

Den Super-GAU von Tschernobyl entdeckten zuerst die Schweden. Am Atomkraftwerk Forsmark wurden erhöhte Strahlenwerte gemessen, der Kraftwerksleiter löste Alarm aus, dann stellte sich heraus: Die Gefahr kommt gar nicht aus der Anlage in Forsmark, sondern aus der Sowjetunion, die den Unfall aber verschweigt und erst Tage später öffentlich einräumt.

Radioaktivität macht nicht an Landesgrenzen Halt – die Kontrolle der Atomanlagen aber schon. Nationale Aufsichtsbehörden überwachen den Betrieb, andere Staaten können kaum etwas gegen unsichere Reaktoren tun. Tschernobyl ist nun fast 30 Jahre her, aber das Problem der rein nationalen Verantwortung besteht noch immer. Momentan sind es allerdings nicht die unsicheren Reaktoren aus dem Osten, die der deutschen Bevölkerung Angst einjagen, sondern die Pannenreaktoren aus dem Westen.

In Belgien geht es drunter und drüber. Die Atomkraftwerke Doel und Tihange werden derzeit fast wöchentlich an- und ausgeschaltet. Unter anderem wegen mehrerer Risse an den Reaktorbehältern standen die Anlagen monatelang still, wurden im Dezember aber trotz massiver Sicherheitsbedenken wieder angefahren. Der Block Doel 3 musste nach vier Tagen bereits wieder vom Netz, wegen eines Lecks an einer Schweißnaht. Doel 1 lieferte drei Tage lang Strom, wurde dann am vergangenen Wochenende wegen eines Problems mit einer Turbine wieder abgeschaltet. Nun läuft der Block erneut. Und im AKW Tihange brannte es am 18. Dezember, eine Woche später lieferte der betroffene Reaktor schon wieder Strom. Mit dem Betrieb lassen sich Millionen verdienen – kein Wunder, dass sich der Betreiber Electrabel keinen Tag entgehen lassen will.

Das Atomkraftwerk Tihange liegt nur 70 Kilometer westlich von Aachen, bei einem schweren Unfall könnte die Stadt mit ihren 240.000 Einwohnern auf Dauer unbewohnbar werden. In Nordrhein-Westfalen ist daher die Aufregung groß. Der grüne Umweltminister Johannes Remmel verlangt von Bundeskanzlerin Angela Merkel, sie solle „jetzt Abschalt-Gespräche mit Belgien aufnehmen“. Und selbst die oppositionelle CDU findet deutliche Worte zum AKW Tihange. Der Landesvorsitzende Armin Laschet twitterte: „Skandalreaktor muss sofort vom Netz! Was hilft deutscher Atomausstieg, wenn Unsicherheitsreaktoren direkt hinter der Grenze stehen?“

Das Problem hat nicht nur Nordrhein-Westfalen. Die grün-rote Landesregierung von Baden-Württemberg plagt sich mit den Atomkraftwerken im französischen Fessenheim und im schweizerischen Beznau herum. Sie sind noch näher an der deutschen Grenze als die belgischen Reaktoren – und zum Teil noch älter. Zum Vergleich: Das deutsche AKW Grafenrheinfeld wurde im vergangenen Jahr nach 33 Jahren vom Netz genommen. Fessenheim steht direkt am Rhein und ist mit 38 Jahren das dienstälteste Atomkraftwerk Frankreichs. Doel und Tihange sind schon über 40 Jahre alt und sollen noch zehn Jahre weiterlaufen. Beznau, keine zehn Kilometer von Deutschland entfernt, hat vor 46 Jahren den Betrieb aufgenommen und ist damit das älteste Atomkraftwerk der Welt.

Druck und Diplomatie

Doch die deutsche Politik kann nur wenig tun gegen den Betrieb der ausländischen Uralt-Reaktoren. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) sagt: „Es liegt nicht in der Gewalt der Bundesregierung, Atomkraftwerke in anderen Ländern abschalten zu lassen. So wie Deutschland sich nicht vorschreiben lässt, Atomkraftwerke zu betreiben, so können wir anderen nicht vorschreiben, wie sie ihren Energiebedarf decken.“ Rechtlich mag das korrekt sein, politisch zeugt diese Aussage jedoch von Mutlosigkeit. Es geht doch überhaupt nicht darum, anderen Ländern die Energiepolitik im Detail vorzuschreiben. Aber wenn Hunderttausende Bundesbürger gefährdet sind, lohnt es sich doch, darüber nachzudenken, ob es in Zukunft international verbindliche Regeln für den AKW-Betrieb und das Abschalten geben sollte. Hendricks aber vergleicht das mit einem Zwang zur Atomkraftnutzung.

Im aktuellen Fall setzt die Ministerin auf Druck und Diplomatie: „Wir nutzen selbstverständlich alle Kanäle, die uns zur Verfügung stehen, um der belgischen Regierung unsere atomkritische Haltung zu vermitteln und unsere Besorgnis über den fortgesetzten Betrieb der AKW in Tihange und Doel zum Ausdruck zu bringen.“ Das Ministerium lässt derzeit Unterlagen der belgischen Atomaufsicht auswerten, im Januar soll es ein Gespräch geben. Dem linken Bundestagsabgeordneten Hubertus Zdebel reicht das nicht. „Das Mindeste wäre, dass die Ergebnisse dieser Auswertung umgehend veröffentlicht werden.“ Auch das Gespräch hätte schon viel früher stattfinden müssen, denn schon länger sei klar gewesen, dass die Reaktoren im Dezember wieder ans Netz gehen.

Die nukleare Sicherheit ist eine nationale Aufgabe. Die Unfallfolgen spüren alle

Anti-Atom-Initiativen aus Nordrhein-Westfalen fordern das Umweltministerium zudem auf, der Brennelementefabrik im niedersächsischen Lingen zu verbieten, die belgischen Atomkraftwerke mit Brennstoff zu beliefern. Das wäre ein deutliches Protestzeichen. Das Problem: Die Bundesregierung kann die Genehmigungen nicht einfach so zurückziehen, sondern müsste nachweisen, dass gesetzliche Bestimmungen verletzt werden – oder die Gesetze ändern. Ein Rechtsstreit wäre absehbar. Dauerhaft ist der Exportstopp ohnehin keine erfolgversprechende Strategie: Die AKW können aus anderen Ländern versorgt werden, zudem müsste Deutschland bei einem konsequenten Atomausstieg auch die Brennelementefabrik dichtmachen.

Gibt es für die Bundesregierung wirklich gar keine Möglichkeit, gewisse Sicherheitsanforderungen und im Zweifel das Abschalten ausländischer Reaktoren durchzusetzen – etwa über die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO)? „Nukleare Sicherheit ist eine nationale Aufgabe“, erläutert ein Sprecher auf Anfrage. „Die IAEO hilft den Mitgliedsstaaten, ihrer nationalen Verantwortung nachzukommen.“ Von einer Organisation, deren Ziel die Förderung der zivilen Atomkraftnutzung ist, sollte man sich eben nicht zu viel versprechen.

Auf europäischer Ebene sieht es kaum besser aus. Der nordrhein-westfälische Umweltminister Remmel fordert zwar, die EU-Kommission solle sich „in Fragen der Sicherheit der belgischen Atomkraftwerke stärker einmischen, etwa so, wie sie auch beim Erneuerbare-Energien-Gesetz Vorgaben macht“. Doch das dürfte schwierig werden. Prinzipiell kann die Kommission aufgrund einer Beschwerde oder auch auf Eigeninitiative gegen Staaten vorgehen, wenn sich diese nicht an EU-Recht halten, wie eine Sprecherin erläutert. Im Fall der belgischen Atomkraftwerke sei jedoch keine formelle Beschwerde eines Mitgliedsstaats eingegangen. Das dürfte wohl auch daran liegen, dass es im EU-Recht nur sehr vage Bestimmungen zur nuklearen Sicherheit gibt. Im Sommer 2014 wurde in einer Richtlinie ein EU-weites Sicherheitsziel definiert, aber in so allgemeinen Worten, dass sich das am einzelnen AKW praktisch nicht überprüfen lässt. Zumal es noch eingeschränkt wird: Das Ziel gilt nur für „vernünftigerweise durchführbare Sicherheitsverbesserungen“.

Frustrierte Bundesländer

Die Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg sind frustriert. „Die rein nationale Verantwortung für das Sicherheitsniveau der Atomkraftwerke ist äußerst unbefriedigend“, beschwert man sich in Düsseldorf. Aus Mainz heißt es: „Unbestritten sind mehr Möglichkeiten zur grenzüberschreitenden Mitbestimmung bei der Nutzung der Atomenergie absolut erstrebenswert.“ Und in Stuttgart erklärt man, es müsse „Ziel sein, dass der Bevölkerung in Deutschland ein gleicher Schutz gewährt wird, unabhängig davon, ob das AKW diesseits oder jenseits der Grenze steht“.

Dass internationale Vorgaben fehlen, dürfte daran liegen, dass die Staaten schon ein Eigeninteresse an hoher Sicherheit haben. Von einem Unfall sind vor allem sie selbst betroffen – anders als etwa beim Klimawandel, der alle Staaten betrifft. Zu Problemen führt diese Regellosigkeit im Atombereich erst dann, wenn es unterschiedliche Einschätzungen zu den Fragen gibt, welches Risiko akzeptabel ist und wann ein Reaktor abgeschaltet werden muss.

Das führt auch zu einem Demokratieproblem: Die deutsche Bevölkerung kann durch Wahlen nur die deutsche Politik unter Druck setzen, die belgische Regierung darf die Proteste getrost ignorieren. Das wird sich erst ändern, wenn die Atompolitik keine nationale Sache mehr ist, sondern auf europäischer oder internationaler Ebene entschieden wird.

Vom Rand in die Mitte

Rechtsruck In Umfragen erlebt die Alternative für Deutschland derzeit einen Höhenflug. Woran liegt's?

■ **Michael Lühmann**

Auf Kampagne: Alexander Gauland (rechts), **Landesvorsitzender der AfD Brandenburg**

FOTO: CHRISTIAN DITSCH/IMAGO

Noch im Sommer gab es die berechtigte Hoffnung, dass die AfD endlich Geschichte sein könnte. Ebenso wie Pegida, jene Bewegung, die sich wöchentlich auf Dresdens Straßen am eigenen Kollektiv berauscht. Wenn auch das Gedankengut, welches sich in den Reihen von Partei und Bewegung artikuliert, nicht verschwunden war, so befanden sich zumindest die öffentlichen Manifestationen und die Zustimmungsraten im Sinkflug. Weniger als 2.000 Teilnehmende verirrten sich im Juni noch in die Dresdner Innenstadt und auch die AfD – als politischer Arm der Pegida-Bewegung – scheiterte ab Juli in den Umfragen wieder zuverlässig an der Fünfprozenthürde. Spätestens mit der Spaltung der Partei und dem Auszug des sogenannten liberalen Flügels schien der braune Spuk vorbei.

Doch dann kam alles anders. Noch vor den vielen Menschen, die vor Terror und Mord flüchten, waren die Warnungen vor dem „Flüchtlingsstrom" zu hören. Nahezu täglich überboten sich Thomas de Maizière, Horst Seehofer und Frauke Petry mit Schätzungen, wie viele Menschen nach Deutschland kommen würden, die unhinterfragte Rede von der „Flüchtlingskrise" tat ihr Übriges. Nun, ein halbes Jahr später, geht die Saat der rechtspopulistischen Dauerkampagne scheinbar doch noch auf.

Die Meinungsforschungsinstitute jedenfalls melden besorgniserregende Zahlen. Vor wenigen Tagen sah Emnid die AfD bei neun Prozent – und damit auf Augenhöhe mit den Grünen und nur einen Prozentpunkt hinter den Linken. Infratest dimap hatte die Rechtspopulisten zuvor sogar schon bei zehn Prozent gesehen. Und das Institut Forsa hatte ermittelt, dass die AfD bei Wahlen in Ostdeutschland mit 16 Prozent rechnen kann, in Bayern immerhin noch mit zehn Prozent.

Auch das Geld sprudelt wieder: Innerhalb von drei Wochen hat die AfD 1,6 Millionen Euro an Spenden gesammelt. Zuvor hatte der Bundestag das Gesetz zur staatlichen Parteienfinanzierung geändert und damit der AfD die Geschäftsgrundlage für den umstrittenen Goldhandel entzogen.

Den Warnungen zum Trotz

Die AfD ist im Aufschwung – gleichzeitig scheint sie immer weiter nach rechts zu rücken. Wie passt das zusammen? Hat sich die bundesrepublikanische Gesellschaft radikalisiert? Oder nur der ostdeutsche Wähler? Sind die Saat von Pegida auf den Straßen und die der AfD in den Parlamenten aufgegangen? Oder hat sich der herrschende politische Diskurs so weit radikalisiert, dass die selbsternannte Alternative für Deutschland und die Pegida-Anhängerschaft nun ganz offen Seit an Seit wagen, dem „links-grünen Gutmenschen-Meinungsmainstream" entgegenzutreten, der angeblichen Allparteienregierung wider das Wohl des deutschen Volkes? Nun, es ist wohl eine Mischung aus alledem, die indes nur noch wenig überrascht. Jahre der medialen Überpräsenz haben nicht nur die öffentliche Auseinandersetzung verändert, sondern ganz deutlich die Grenzen verschoben, innerhalb derer politische Aushandlung stattfindet.

Dabei sind das Gerede vom „links-grünen Gutmenschen" und Sarrazins biologistische Beleidigungen bloß zwei Seiten derselben Medaille. Dass in den Redaktionen der Medien nur grüne „Gutmenschen" hockten, während das Volk auf der Straße übergangen werde, dass die „berechtigten Sorgen" der Menschen politisch nicht abgebildet würden, sondern von den Parteien totgeschwiegen würden, ist nicht nur Thema in der rechten *Jungen Freiheit* oder auf der Internetseite *Politically Incorrect*, sondern ist auch von großen, breitenwirksamen Medien verbreitet worden.

Als Pegida vor einem Jahr allwöchentlich anschwoll, da konnte man sie noch lesen, die Warnungen davor, jetzt wie im Jahr 1993 angesichts rechter Aufwallung das Asylrecht zu schleifen. Auch die Mahnungen, dass so etwas wie Rostock-Lichtenhagen sich nicht wiederholen dürfe und dass die Politik der rechtspopulistischen Versuchung nicht erliegen dürfe. Doch inzwischen passiert genau dies. Das Grundrecht auf Asyl ist mindestens angezählt, in den Debatten wird das Asylrecht beinahe täglich um eine weitere Facette verschärft, in Heidenau und Freital kam es zu pogromartigen Übergriffen, landauf, landab brennen Flüchtlingsunterkünfte, leere ebenso wie bewohnte. Horst Seehofer lädt den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán zum Gespräch und feiert diesen als Verteidiger Bayerns.

Alle Warnungen verpuffen, wenn die Politik erst mal dem Ressentiment verfallen ist, wenn die Staatsanwaltschaft, wie in Hagen, das Anstecken eines Flüchtlingsheims als nicht politisch motiviert einstuft und manch sächsischer Landespolitiker den Dialog mit dem rechten Mob auf der Straße sucht statt den mit den Flüchtenden und der überwältigenden Zahl an Helfern. Es ist ein alarmierendes Zeichen der Abstumpfung, dass dies kaum noch Empörung nach sich zieht, allenfalls routinierte Kritik an einer Position, die inzwischen aber zumindest als verhandelbar gilt.

Nichts anderes bilden die nun erhobenen Zahlen der Meinungsforschungsinstitute ab. Wenn lange eingehegte Positionen des rechten Randes jetzt Teil des politischen Diskurses werden, muss es nicht verwundern, dass auch Wählerinnen und Wähler dieser Verschiebung folgen und ihrer bereits bestehenden politischen Orientierung auch in Wahlumfragen Ausdruck verleihen. Dass der AfD-Wähler allein über die Verschiebungen der Debatte quasi geboren wird, weil er die Positionen der Partei plötzlich richtig findet, ist indes kaum anzunehmen. Eher dürfte stimmen, dass sich Partei, Bewegung und Wählerschaft vor diesem Hintergrund zur Kenntlichkeit demaskiert haben und bei sinkender Wahlbeteiligung hochmobilisierbar sind.

Die Wähler folgen der Verschiebung im politischen Diskurs nach rechts

Hierauf jedenfalls verweisen die bisherigen Wahlerfolge der AfD, vor allem im Osten Deutschlands. Schon die Landtagswahl 2014 in Sachsen zeigte an, wes Geistes Kind der durchschnittliche AfD-Wähler ist: Dass die NPD eine normale Partei sei wie jede andere, dem konnten damals 56 Prozent der AfD-Wähler zustimmen. 85 Prozent gaben an, die weltweite Entwicklung als bedrohlich wahrzunehmen. Diese gefühlte Bedrohung hat sich inzwischen weiter verstärkt, laut Forsa-Umfrage sind jetzt 96 Prozent der potenziellen AfD-Wählerschaft der Meinung, „die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die falsche Richtung" – während dies unter den übrigen Befragten lediglich zwei Prozent so sehen.

Deutlich wird hier, wie sich die AfD-Wählerschaft im Angesicht der diskursiven Verschiebungen immer weiter radikalisiert, sich zugleich am eigenen Erfolg berauscht und somit weiter als Gemeinschaft wächst. Seit den 90er Jahren beobachtet die Bertelsmann Stiftung in Deutschland eine abnehmende Toleranz gegenüber gesellschaftlicher Vielfalt. Sachsen und Thüringen bilden inzwischen verlässlich die Schlussgruppe in dieser Kategorie der Bertelsmann Stiftung. Hinzu kommt, etwa in Sachsen, eine schon vor einem Jahrzehnt gemessene deutlich höhere Abwehrhaltung gegenüber dem Islam, gepaart mit einem Stolz auf das eigene Bundesland. Gleichzeitig gibt es eine extreme Polarisierung zwischen linkem und rechtem Lager.

Die Differenz schmilzt

Es gibt jedoch ein interessantes Phänomen beim Höhenflug der AfD. Dieser wird – anders, als dies bei den Erfolgen rechter und rechtspopulistischer Parteien zuvor der Fall gewesen ist – nicht gespeist von den sogenannten Modernisierungsverlierern, den Abgehängten der harten und einschneidenden gesellschaftlichen Wandlungen der vergangenen Dekaden. Vielmehr begründet sich der Höhenflug der AfD auch im Osten aus der Mitte der Gesellschaft heraus. War bisher bei Wählerinnen und Wählern rechter Parteien in Bezug auf die wahrgenommene eigene wirtschaftliche Lage eine große Differenz zu anderen Wählerschaften zu beobachten, so schmilzt dieser Unterschied auf Dresdens Straßen und an den Wahlurnen deutlich ein. Bei der Sachsen-Wahl 2014 gaben 80 Prozent aller Wählerinnen und Wähler an, mit den persönlichen wirtschaftlichen Verhältnissen zufrieden zu sein – bei der AfD-Anhängerschaft waren es fast genauso viele: 73 Prozent. Auch bei Pegida marschieren nicht allein die Abgehängten, sondern vor allem gut verdienende und gut ausgebildete Männer mittleren Alters, wie eine Reihe von Studien belegen konnte.

Es ist gerade kein sozialökonomischer Gegensatz, der bei der Wahl der AfD zum Tragen kommt, sondern – Stichwort Abwehr von Diversität – ein kulturalistischer. Der Schutz des deutschen Volkes als imaginierter homogener Gemeinschaft ist es, der hinter den Sorgen um die Zukunft Deutschlands steht. Es geht nicht um Ökonomie, sondern um „Bevölkerungsökologie", wie der Thüringer AfD-Chef Björn Höcke jüngst ausführte. Und es ist ebenjene im Kern rassistische Abwertungsideologie, welche im Osten Deutschlands, aber eben auch in Bayern, auf Zustimmung stößt. Es ist der offen hervortretende Extremismus der Mitte, den man bisher in Kantinen, an Stammtischen, am heimischen Abendbrottisch vermutete, der über AfD und Pegida nun ganz öffentlich manifest wird und die extreme Rechte mit der Neuen Rechten verbindet, die längst im gewachsenen, verbitterten Teil der gesellschaftlichen Mitte salonfähig geworden ist.

Immer mehr Positionen von ganz rechts sickern in die öffentliche Debatte ein

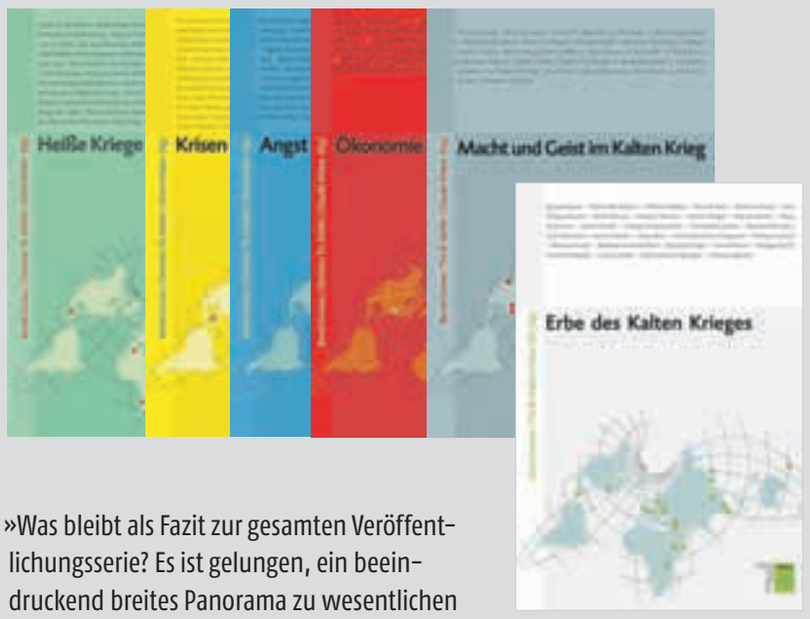
Der lang gehegte und durch sprachliche Einhegung zumindest im öffentlichen Diskurs reale Traum einer toleranten, mittigen deutschen Gesellschaft, die rechten Umtrieben gegenüber immun ist, dies zeigen die Umfrageergebnisse, ist eben genau dies: ein Traum. Nicht versteckt, sondern ganz offen laufen in Dresden, Erfurt und anderswo NPD, AfD, Pegida und nicht organisierte Rassisten auf den Straßen. Nicht versteckt, sondern ganz offen agieren Politiker wie Seehofer, Petry und Höcke. Nicht versteckt, sondern ganz offen sickern Positionen von ganz rechts immer weiter in die öffentliche Debatte ein. Sie bedrohen damit nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern auch die Verfasstheit der Bundesrepublik.

Michael Lühmann ist Politikwissenschaftler am Göttinger Institut für Demokratieforschung

ANZEIGE

Studien zum Kalten Krieg

»freitag.de Buch der Woche



»Was bleibt als Fazit zur gesamten Veröffentlichungsserie? Es ist gelungen, ein beeindruckend breites Panorama zu wesentlichen Forschungsfeldern zu präsentieren, in dem immer wieder sichtbar wird, wie umfassend der Kalte Krieg sich auf alle Bereiche des Lebens auswirkte, sich wie ›Feinstaub‹ unter anderem auf die Politik, die Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft legte, aber darüber hinaus seine Auswirkungen bis in den Alltag hinein zeigte.«
Bernd Stöver, *Neue Politische Literatur*

Jeder Band 35,– € | gebunden | ca. 500 Seiten
Alle 6 Bände 149,– € | ISBN 978-3-86854-261-5

Hamburger Edition

der Freitag | Nr. 1 | 7. Januar 2016

der Freitag | Nr. 1 | 7. Januar 2016

Packen wir's an Mitdenken, mitfühlen, mitmachen: So rettet man die Menschheit

Hand in Hand statt Ellbogen gegen Ellbogen

Helfen In unserer Gesellschaft dominiert ein wettbewerbsfixiertes Menschenbild. Dabei liegt uns Kooperation eigentlich sehr viel näher als Konkurrenz

■ Nora Marie Zaremba

Gier ist gut. Gier ist richtig. Gier funktioniert", sagt der Finanzhai Gordon Gekko im Film *Wall Street* aus dem Jahr 1987. Die Firmenaktionäre im Publikum hören gebannt zu. „Gier in all ihren Formen, die Gier nach Leben, nach Geld, nach Liebe, nach Wissen, hat die Entwicklung der Menschheit geprägt." Mit diesem Mantra gibt Gordon Gekko dem immer zügelloser werdenden Finanzkapitalismus der 80er und 90er Jahre ein Gesicht. Der Film ist eine radikale Kritik dieses Systems. Knapp 30 Jahre später werden in der realen Welt Boni-gierige Fondsmanager die Weltwirtschaft an den Rand des Zusammenbruchs treiben. Seit der Finanzkrise steht der maßlose Banker endgültig in Verruf. Und das Menschenbild des Homo oeconomicus, von Wissenschaftlern zuvor bereits vielfach als zu verengt beschrieben, wird gesellschaftlich zunehmend hinterfragt.

Dieses theoretische Modell, dem zufolge wir alle rationale Nutzenmaximierer sind, diente ursprünglich zur Erklärung des Verhaltens des Menschen im freien Marktgeschehen. Benutzt wurde es aber auch immer wieder, um egoistisches Verhalten in sozialen Beziehungen zu rechtfertigen. Die Wissenschaft hat den Homo oeconomicus mittlerweile weitgehend beiseitegelegt. „Das Modell ist veraltet und vereinfacht", sagt die Psychologin und Professorin Tania Singer. Am Max-Planck-Institut für Kognitions- und Neurowissenschaften in Leipzig erforscht Singer die Bedeutung von Empathie, Mitgefühl oder Fairness für Politik und Wirtschaft. Ihre These: Positive Emotionen machen unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft und unsere Politik sozialer. Und Menschen könnten gezielt trainieren, solche Gefühle zu aktivieren und zu erleben.

Angesichts globaler Probleme wie Klimawandel, Flüchtlingswanderungen und Terrorismus entspannt diese Erkenntnis nicht nur – sie ist überlebenswichtig. Diese Mammut-Herausforderungen können wir nur gemeinsam lösen. Und dennoch ist die Menschheit von gemeinsamen Antworten weit entfernt. Nur ein Beispiel: Die abstrakte Angst vor Überfremdung treibt die Menschen vielerorts auf die Straßen und macht sie zunehmend feindselig. Man muss aber gar nicht mal so weit gehen. Denn wer teilt schon gern seinen Schokoriegel? Den Egoisten in uns, wir werden ihn nicht los.

Und doch: Zu gleichen Teilen helfen wir einander, geben aufeinander acht. Doch wann kooperieren wir? Welche Umstände fördern kooperatives Handeln? Vor allem aber: Welches Verhalten macht uns letztendlich glücklicher?

Hobbes vs. Rousseau

Wer erklären will, wie sich das negative Bild vom Menschen historisch entwickelt hat, zitiert gemeinhin den englischen Philosophen Thomas Hobbes. Im *Leviathan* beschrieb Hobbes 1651 seine Sicht des Naturzustands und einen „Krieg aller gegen alle". In diesem sind die Menschen auf der Hut voreinander und stets kampfbereit. Zudem sind die Ressourcen knapp. Wer nicht verhungern will, muss sich seinen Artgenossen gegenüber möglichst unerbittlich zeigen. Ob es sich wirklich so zugetragen hat, sei einmal dahingestellt. Erstaunlich aber ist, was die Menschen sogar in diesem abscheulichen Zustand begreifen: Nur durch Kooperation können sie ihre Lage verbessern. Letztendlich schließen sie einen Vertrag miteinander. Dieser sieht vor, dass fortan nur ein einziger Herrscher regieren darf, wenn auch absolut und mit Gewalt und harter Hand.

Ein ganz anderes Bild des Naturzustands entwarf der Genfer Philosoph Jean-Jacques Rousseau. In seinen Werken beschrieb er den freien Menschen als von sich aus gut und kooperativ. Erst die Zivilisation und die damit einhergehende Vergesellschaftung nötigten ihn nach Ansicht Rousseaus dazu, sich mit anderen zu vergleichen, woraus Neid und Missgunst überhaupt erst entstanden seien. Nun fiel das Leben von Thomas Hobbes in eine Zeit voller Bürgerkriege, Rousseau wiederum verabscheute das aufgeblasene Getue jener gesellschaftlichen Elite, die ihn täglich umgab. Die von Philosophen geschaffenen Ideen, wie der Mensch denn von Natur aus nun eigentlich sei, sind vor allem Produkte ihrer subjektiven Erfahrungen. Ihre Theorien regen Diskurse an, unfehlbar sind sie aber nicht.

Die Evolutionswissenschaft vertritt heute überwiegend die Ansicht, dass nicht Konkurrenz die Geschichte der Menschheit vorangetrieben habe, sondern Kooperation. „Oberstes biologisches Prinzip ist die Kooperation. Der Kampf steht in ihren Diensten", sagt Joachim Bauer, Professor für Neurobiologie und Psychosomatik an der Universität Freiburg (*siehe nebenstehendes Interview*). Man muss sich nur einmal kurz den Steinzeitjäger vorstellen, der das Riesenmammut nicht allein erlegen kann. Für die erfolgreiche Jagd ist er zwingend auf Zusammenarbeit angewiesen.

Kleine Kinder ziehen eine helfende Figur einer egoistischen deutlich vor

Zu den wissenschaftlichen Akten gelegt sind mittlerweile auch falsche Schlussfolgerungen aus Darwins „Survival of the fittest"-These. Nicht das stärkste Wesen überlebt, sondern eben jenes, das sich am besten an neue Umweltbedingungen anzupassen weiß. Dass die Fähigkeit zur Kooperation aber nicht dem Menschen vorbehalten ist, belegte die legendäre Primatenforscherin Jane Goodall bereits 1960. Über Jahre hinweg beobachtete sie Schimpansen in Tansania und stellte dabei fest, dass diese sich teils umeinander kümmerten. Dabei sei es unerheblich gewesen, ob die Tiere blutsverwandt waren oder nicht. Die Affen würden ohne Zweck und weit über Familienbande hinaus kooperieren, schreibt Goodall in ihren Forschungsberichten.

Inwieweit sind aber Mitgefühl und die Fähigkeit zur Kooperation bereits von Geburt an im Menschen angelegt? US-amerikanische Psychologen konzipierten vor knapp zehn Jahren ein Experiment, das dazu Antworten liefern sollte. Kinder im Alter von sechs Monaten durften sich ein kleines Theaterstück anschauen. Darin versuchte eine rosafarbene Holzfigur mit aufgeklebten Augen einen steilen Berg hinaufzukommen. Einmal kam ein gelbes Dreieck, ebenfalls mit Augen, zu Hilfe. Im anderen Fall schubste ein blauer Würfel mit Augen die Holzfigur in den Abgrund. Am Ende des Experiments durften die Kleinkinder zwischen dem Dreieck, also dem Helfer, sowie dem blauen Würfel, dem Bösewicht, auswählen. Ob Mädchen oder Jungen, fast alle Kinder griffen nach dem Helfer-Dreieck. Schon die Kleinsten, schlussfolgerten die Forscher, könnten bereits zwischen „gut" und „böse" unterscheiden. Zumindest wählten sie instinktiv das, was ihr Vertrauen weckte.

Erstaunlich dabei ist, dass das Experiment nur funktionierte, wenn die Figuren Augen hatten. So scheint die Kooperationsbereitschaft des Menschen besonders geweckt, wenn etwas ihm ähnelt. Wurde das Experiment mit älteren Kindern durchgeführt, fiel das Ergebnis jedoch anders aus: Ungefähr zehn Prozent griffen nach dem Bösewicht. „Kinder lernen durch Nachahmung", sagt der Neurobiologe Gerald Hüther im Gespräch mit dem *Freitag*. „Wenn jemand mit egoistischem Verhalten erfolgreich ist, schauen sie sich das einfach ab." Das gelte für ein Umfeld wie die Familie genauso wie für die Schule. Seit Jahren plädiert Hüther daher für eine Reform des Bildungssystems. Zum Beispiel müsste Kindern mehr Platz zum Ausprobieren zugestanden werden, damit sie verschiedene Fähigkeiten entwickeln könnten. Mehr Lob für sie würde zudem ein sozialeres Miteinander fördern. „Eigentlich nehmen Kinder fremde Denk- und Glaubenssysteme erst mal hin. Dass sie diese dann gleich bewerten müssen, lernen sie meist erst von den Erwachsenen", sagt Hüther.

Für die Gesellschaft gefährlich

Die Grundannahme, der Mensch sei von Natur aus ein rationaler Egoist und auf Konkurrenz aus, ist nicht nur wissenschaftlich falsch, sondern für eine Gesellschaft als Ganzes gefährlich. Denn wird angenommen, dass der Mensch nur durch Geld oder Eigennutz zum Handeln getrieben wird, können sich alternative Anreize gar nicht erst durchsetzen. So geht die Politik von auf sich selbst bezogenen Wählern aus, die Wirtschaft setzt auf Gier und Ellenbogen. Und das, obwohl uns Mitgefühl, Kooperation und Solidarität ebenso nahe liegen, uns von Natur aus sogar näher sind.

Logisch, dass dieser Widerspruch auf Dauer nicht gut gehen kann. Wenn wir eigentlich nach Kooperation suchen, aber ständig Erfahrungen von Konkurrenz, Ausgrenzung oder Bestrafung machen, gerät unser Gehirn ins Ungleichgewicht. „Das führt zu Erregungen im Hirn, die immer dann aktiviert werden, wenn ein Mensch körperlichen Schmerz empfindet", erklärt der Neurobiologe Hüther. Und da der Mensch ein Perfektionist in Sachen Schmerzvermeidung ist, passt er sich sehr schnell daran an. Er sucht nicht mehr die Kooperation, sondern stellt sich auf Konkurrenz ein.

Und er bemüht sich um eine Ersatzbefriedigung. All das kaschiert aber nur, dass unsere wahren Bedürfnisse nicht gestillt sind. So fatal es ist: Menschen schaffen sich meist selbst ein Umfeld, das auf einem falschen Menschenbild beruht. So müssen sie langfristig unglücklich bleiben. Oder sie ändern sich. Immer mehr Menschen folgen auch ihrem Bedürfnis nach einem kooperativen Umfeld. Deshalb boomt in westlichen Städten beispielsweise die Sharing-Economy, die auf dem Prinzip „Teilen statt Besitzen" fußt. Und deshalb verlassen einige sehr gut bezahlte Jobs, weil sie dem Konkurrenzdruck nicht mehr standhalten wollen. Das gilt besonders für Arbeitsumfelder, in denen es um viel Geld geht, wie in der Finanzwelt. Dass Boni allein nicht glücklich, sondern vielmehr depressiv machen können, sagt auch der britische Ökonom Sony Kapoor. Einst war Kapoor Investment-Banker bei der späteren Pleitebank Lehman Brothers. Ernüchtert von seinen Erfahrungen in der Branche, stieg der heute 41-Jährige aber drei Jahre vor dem großen Crash aus. „Je weiter oben man in dieser Welt ist, desto dünner wird die Luft. Ich sah Kollegen fallen und hoffte, selbst nicht der Nächste zu sein", erzählt Kapoor. Den eigenen Fall ließ er nicht zu. Er entschied aus eigener Motivation, seine Talente für etwas anderes zu nutzen.

Heute ist Kapoor ein international bekannter Kritiker des Finanzsystems und Leiter des Think-Tanks Re-Define, der von Regierungen und Großinvestoren die Einhaltung sozialer Standards fordert. Wenn er Interviews gibt, reicht es ihm meist nicht, nur zu erklären, woran das Finanzsystem krankt. Es ist ihm genauso ein Anliegen, zu erklären, dass Banker in diesem System zu Maschinen werden und daran regelrecht kaputtgehen können.

Ob im Alltag oder im Beruf, der Mensch muss sich wohl fühlen können in seinem Umfeld, dann erst kommt es zur Ausschüttung von Glückshormonen im Gehirn. Wissenschaftler nennen dies das *social brain*, das soziale Gehirn. „Nichts aktiviert die Motivationssysteme so sehr wie der Wunsch, von anderen gesehen zu werden, und die Aussicht auf soziale Anerkennung", sagt Joachim Bauer. Das könnte die Grundlage für den Siegeszug eines anderen Menschenbilds sein.

Nicht die Aussicht auf maximalen Nutzen treibt Menschen an, sondern das Erleben positiver Zuwendung. Da er diese nicht aus sich heraus generieren kann, ist der Mensch bereits von Natur aus kooperativ angelegt. Wenn der Mensch aber kooperiert, um soziale Anerkennung zu erfahren, handelt er dann am Ende nicht wieder sehr eigennützig? Der berühmte US-amerikanische Kooperationsforscher Robert Axelrod sieht in Egoismus und Kooperation keinen Widerspruch. „Wir alle wissen, dass Menschen keine Engel sind und sie dazu neigen, für sich und ihre Interessen zu sorgen. Genauso aber ist Kooperation die Grundlage unserer Zivilisation", sagt Axelrod.

Im ursprünglichsten Sinn bedeutet Kooperation, dass Menschen ihr Verhalten aufeinander abstimmen, um ein – im besten Fall – gemeinsames Ziel zu erreichen. So schließen sich eben auch Kooperation und wirtschaftliches Handeln nicht aus. Ganz im Gegenteil: Handel und Märkte wären ohne Kooperation gar nicht möglich. Was wäre denn die Idee des Ersten ohne das Interesse eines Zweiten, etwas haben, ja etwas auch kaufen zu wollen? Die Behauptung aber, es gehe dabei in erster Linie um Geldvermehrung, kann so nicht mehr stehen gelassen werden. Das gute Gefühl, etwas geleistet zu haben und dafür belohnt zu werden, treibt Menschen viel stärker an als bedrucktes Papier.

Kulturelle Unterschiede

So wie jede Altruismus-Debatte zwangsläufig die Frage nach dem wahren Altruismus aufwirft, bleibt an dieser Stelle die Frage, ob es so etwas wie „faire" Kooperation gibt. Einer der Klassiker zur Erforschung des menschlichen Gerechtigkeitssinns ist das Ultimatum-Spiel, konzipiert Ende der 70er Jahre von zwei deutschen Wirtschaftsprofessoren. Ein Versuchsteilnehmer erhält beispielsweise 50 Euro. Von diesem muss er einen Teil an einen zweiten Teilnehmer abgeben. Dieser weiß um den Gesamtbetrag und hat die Wahl: Er kann den ihm angebotenen Betrag annehmen oder ablehnen. Im letzteren Fall allerdings erhält auch der Erste nichts. Unter US-amerikanischen und europäischen Studenten kam das Experiment immer zu ähnlichen Ergebnissen. Meist gaben die Teilnehmer knapp die Hälfte oder sogar genau die Hälfte ihres Betrages an den anderen ab. Die Bereitschaft, genau zu splitten, erhöhte sich, wenn beide Personen einander kannten. Selbst in jener Spielvariante, in der die zweite Versuchsperson nicht ablehnen durfte, blieb der ihr angebotene Betrag dann bemerkenswert hoch.

Die Sorge um die eigene Reputation, so lässt sich daraus schlussfolgern, ist ein echter Kooperationsanreiz. Doch gilt das nicht überall auf der Welt in gleichen Maßen. Der Wirtschaftspsychologe Joseph Henrich und sein Team führten das Ultimatum-Spiel in kleinen Stämmen in abgelegenen Regionen durch. Ihre Ergebnisse erstaunen: Die zweite Versuchsperson akzeptierte ohne Klagen auch kleinste Beträge. „Was Menschen als gerecht empfinden, ist also keinesfalls angeboren, sondern kulturell bedingt", fasst Henrich seine Forschung zusammen.

Ob ein Mensch gern kooperiert, hängt nicht nur davon ab, in welchem Umfeld er sozialisiert wurde, sondern auch davon, wie sich die anderen Menschen um ihn herum ganz unmittelbar verhalten. Bestimmte Umfelder fördern unsere kooperativen Anlagen, andere hingegen schwächen sie. So erforscht ein Experiment des österreichischen Wirtschaftswissenschaftlers Ernst Fehr, ob auch fremde Menschen einander Geld leihen. Fehr konnte beobachten, wie die Kooperationsbereitschaft immer dann einbrach, wenn einer der Teilnehmer das Gefühl hatte, beschissen zu werden. Menschen verhalten sich langfristig also nur dann kooperativ, wenn sie erwarten dürfen, dass ihre Mitmenschen auch kooperieren. Im berühmten Gefangenendilemma der Spieltheorie wäre es für die zwei Angeklagten besser, wenn sie einander vertrauten und beide den Mund hielten. Da keiner von ihnen aber sicher sein kann, wie der jeweils andere sich verhält, werden sie wohl beide ihre Tat gestehen. Denn beide müssen annehmen, dass der andere gesteht, um als Kronzeuge freizukommen. Weil sie einander misstrauen, wandern also beide in den Knast.

Ob ein Mensch kooperiert, hängt immer auch davon ab, wie sich sein Umfeld verhält

Ein anderes Dilemma der Kooperation besteht darin, dass das Interesse des Einzelnen nicht immer dem Gesamtwohl entspricht. Das erschwert die Lösung globaler Probleme, zum Beispiel beim Klimawandel. Die Rettung der Erde erfordert kollektive Vernunft, doch es wird immer Menschen geben, die – obwohl sie es besser wissen – eine CO_2-Schleuder fahren.

Können wir einander nun vertrauen? Können wir den Eigennutz hinter das Gesamtwohl stellen? Zugegeben, es fällt uns schwer. Der Mensch ist auch ein Egoist, den seine normalen Probleme drücken. Und er ist ein Meister darin, sich die Welt zurechtzubiegen. Im Zweifel haben dann immer die anderen Schuld. In Ausnahmezuständen allerdings, so haben es Menschen auch immer wieder bewiesen, meldet sich nicht nur der eigene Überlebenstrieb, sondern auch das menschliche Kooperationsgen. Das zeigte sich etwa am 13. November in Paris: In der Nacht der Attentate boten Menschen spontan Wildfremden Schutz in ihren Häusern.

ILLUSTRATION: DER FREITAG

„Ohne sozialen Ausgleich zerstören wir uns selbst"

Im Gespräch Der Neurobiologe Joachim Bauer erklärt, warum unser Gehirn nach gesellschaftlicher Anerkennung hungert

der Freitag: Herr Bauer, Sie haben in Ihrer Forschung immer wieder gezeigt, dass der Mensch aus neurobiologischer Sicht auf Kooperation angelegt ist. War es Ihnen als Wissenschaftler ein Anliegen, mit der weit verbreiteten Annahme aufzuräumen, der Mensch sei ein rücksichtsloser Egoist?

Joachim Bauer: Die subjektiven Anliegen von Wissenschaftlern sollten bei der Klärung wissenschaftlicher Fragestellungen möglichst keine Rolle spielen. Ich bin aber eher Pessimist: Wir leben in einer Welt voller Aggression und haben gute Chancen, uns als Spezies auszulöschen. Die Frage ist, ob dies als Folge eines dem Menschen innewohnenden Aggressionstriebs unweigerlich so sein wird oder ob es Umstände gibt, die wir gestalten können.

Welche Umstände haben den Menschen denn so weit getrieben, dass er sich zunehmend als konkurrierendes Wesen versteht und Bilder wie der Homo oeconomicus entstanden sind?

„Das Gehirn verwandelt soziale Erfahrungen in Chemie"

Der Homo oeconomicus ist ein Produkt der Sesshaftigkeit, die erst vor 12.000 Jahren ihren Anfang nahm. Sie war für die Menschen einer der grundlegendsten Einschnitte. Sie bedeutete die Erfindung des Grundeigentums und des Menschen als Arbeitskraft – und damit den Beginn der Vermessung des Menschen nach der Arbeitsleistung. Sesshaftigkeit, Ackerbau, Viehzucht und Hausbau hatten Ungleichheit zur Folge und eine permanente Konkurrenz um die erwirtschafteten Ressourcen. Plötzlich war Schluss mit den relativ egalitären Gesellschaften der Jäger und Sammler.

Wie kommen wir heute damit zurecht?

Der moderne Mensch lebt in einem Dilemma: Biologisch gemacht sind wir als Lebewesen, die sich eine gute Gemeinschaft wünschen und ohne soziale Akzeptanz krank werden. Demgegenüber zwingt uns die Welt mit begrenzten Ressourcen zu harter Arbeit, vor allem schafft sie – wenn nur das Recht des Stärkeren gilt – Konkurrenz und Ungleichheit. Die Folge sind soziale Desintegration, Aggression und Krieg.

Sie haben beschrieben, wie Kooperation unser Motivationszentrum im Gehirn anregen kann. Motivation und Lebensfreude setzen zwingend die Präsenz von Botenstoffen voraus, die durch die Motivationszentren des Gehirns produziert werden müssen. Zu einer Aktivierung kommt es, wenn Menschen Zuwendung, Akzeptanz, Zugehörigkeit erleben. Kürzlich an der Harvard-Universität durchgeführte Experimente zeigen, dass die Motivationssysteme bereits anspringen, wenn Menschen erleben, wie andere ihnen zuhören.

Kann also schon ein Lächeln die Kooperationsbereitschaft meiner Mitmenschen steigern?

Ja, davon versuchen wir seit Jahren Lehrer in Schulen und Vorgesetzte am Arbeitsplatz zu überzeugen.

Wenn Kooperation solche positiven Gefühle hervorruft, könnten wir davon doch abhängig werden …

Das Verlangen nach sozialer Akzeptanz hat die Kraft einer Suchtkrankheit. Leider schützt uns das aber nicht davor, uns die Köpfe einzuschlagen. Menschen, die sich ausgegrenzt fühlen, reagieren aggressiv und sind bereit, für die Zugehörigkeit zu einer Gruppe auch Böses zu tun. Nach diesem Prinzip funktionieren viele, die etwa terroristische Anschläge begehen.

Letztlich sind es chemische Prozesse im Gehirn, die Gefühle auslösen und über unser Empfinden bestimmen. Inwieweit hat es der Mensch selbst in der Hand, wie er sich anderen gegenüber verhält?

Das menschliche Gehirn macht aus Psychologie Biologie. Es besitzt ein hochempfindliches Sensor-System, das sogenannte limbische System, mit dem es die Qualität der zwischenmenschlichen Beziehungen fortlaufend evaluiert. Abhängig davon verändert sich im Gehirn die Ausschüttung von Botenstoffen, die dann ihrerseits zur Aktivierung oder Abschaltung von Genen führt. Das Gehirn verwandelt soziale Erfahrungen in Chemie.

Wenn das Gehirn stets aufs Neue analysiert, wie beständig können dann Annahmen über menschliches Verhalten sein?

Unser Gehirn arbeitet ökonomisch. Es bewertet einen Menschen, mit dem wir schön öfters Erfahrungen gemacht haben, nicht bei jeder weiteren Begegnung neu, sondern reagiert mit einer Art emotionaler Routinereaktion. Das hat Vor- und Nachteile. Wir sollten auf andere Menschen auch öfters einmal einen frischen, neuen Blick werfen.

Wir kooperieren auch in Erwartung positiver Gefühle, etwa Anerkennung und Verständnis. Das kann doch schiefgehen, wenn diese Erwartungen nicht erfüllt werden.

Wir leben auf einem übervölkerten Globus, dessen Ressourcen begrenzt sind. Daraus ergeben sich zwangsweise Konflikte, daher gehören Frustrationen zum Leben. Jeder Mensch muss lernen, Frustrationen zu ertragen und nicht verrücktzuspielen, wenn die Dinge nicht so laufen, wie man es sich gewünscht hätte. Frustrationstoleranz ist nicht angeboren.

Konkurrenz und Aggression sind in uns vielleicht von Natur aus weniger stark angelegt, aber doch vorhanden. Wann bringen uns diese Fähigkeiten im Leben weiter?

Die Aggression ist wie die Angst zunächst nichts Schlechtes, sondern ein Verhaltensprogramm, das wir brauchen, wenn wir in Gefahr geraten. Als Gefahr nimmt das Gehirn aber nicht nur körperliche Angriffe wahr. Die Schmerzsysteme springen auch an, wenn jemand ausgegrenzt oder gedemütigt wird.

Inwieweit nimmt ein Mensch Schaden, wenn er sich über längere Zeit aggressiv verhält?

Die bei chronisch aggressivem Verhalten vermehrt ausgeschütteten Stresshormone und Nervenzell-Gifte und führen zum Absterben von Nervenzellen. Chronisch aggressive Menschen schaden sich aber nicht nur biologisch, sondern auch sozial: Wer permanent auf Radau aus ist, hat am Ende keine Freunde mehr. Das gilt für Personen genauso wie für Staaten.

Mal angenommen, in der Arbeitswelt bin ich jemand, der für seine Karriere rücksichtslos gegen andere vorgeht. Am Abend bin ich zu Hause ein fürsorglicher Familienmensch. Wie geht das?

Solche Zustandswechsel sind uns in den Neurowissenschaften nicht unbekannt. Ein banales Beispiel: Eine Erfahrung, die Ihnen im Zustand einer leichten Alkoholisierung zugestoßen ist, erinnern Sie am besten, wenn Sie wieder leicht alkoholisiert sind. Nicht nur Drogen, auch verschiedene soziale Milieus können im Gehirn Zustandswechsel erzeugen, die zu divergierenden Verhaltensmustern führen können. Das kann auch – Beispiel treusorgender Familienvater als SS-Mann – perverse oder pathologische Ausmaße annehmen.

Was bleiben die drängendsten Fragen in der Kooperationsforschung?

Eine Balance zwischen Freiheit und sozialer Gerechtigkeit zu finden, sowohl innerhalb von Staaten als auch international. Ohne Freiheit gibt es keine Innovation und keine Kreativität. Ohne Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich aber werden wir uns selbst zerstören.

Joachim Bauer, 64, ist Neurobiologe, Psychosomatiker und Professor an der Universität Freiburg. Zuletzt erschien von ihm: *Selbststeuerung. Die Wiederentdeckung des freien Willens* (Blessing)

Das Gespräch führte
Nora Marie Zaremba

Wurzeln schlagen wie ein Baum

Spanien Mit dem Wahlerfolg für Podemos ging nicht nur eine Legislaturperiode, sondern eine Ära zu Ende

■ **Conrad Lluis Martell**

FOTO: FOTO28/ALAMY

Auch hier, auf Teneriffa, lässt sich nicht mehr vom vorübergehenden Phänomen sprechen

Am Tag nach dem Votum vom 20. Dezember ging ein Seufzer der Erleichterung durch das Land. Endlich ließ sich klar erkennen, wie viel Willen zum Wandel oder Beharren es bei den Wählern gibt. Von außen betrachtet verdankt sich das neue Parlament einem politischen Erdbeben – schließlich hat das Zwei-Parteien-System aus Partido Popular (PP) und sozialdemokratischer PSOE ausgedient. Neue Kräfte, allen voran die linke Protestpartei Podemos mit über einem Fünftel der Stimmen, aber auch die rechtsliberale Formation Ciudadanos sowie katalanische Unabhängigkeitsparteien sind in das Abgeordnetenhaus eingezogen.

Man hat es mit einer nachholenden Revolution zu tun – Veränderungen, die das Land seit längerem prägen, erreichen die Legislative, die sich dem bisher wegen der absoluten PP-Mehrheit verschließen konnte. Die seit 2008 andauernde Wirtschaftskrise, die Massenproteste der Indignados (Empörten), der Alltagskampf gegen Zwangsräumungen durch die Plattform der Hypothekenbetroffenen (PAH), die Bewegung zur Selbstbestimmung Kataloniens oder die Siege linker Bündnisse bei den vorangegangenen Kommunalwahlen in Madrid, Barcelona, Zaragoza, Valencia oder La Coruña – dies alles hat eine Landschaft umgepflügt. Es kursieren Ideen und Begriffe, die vor wenigen Jahren noch unbekannt waren. Unablässig hört man bei Meetings oder Manifestationen, in Talkshows, Bistro- und Familiengesprächen Termini wie „Regeneration“, „Kampf gegen die Kaste“, „Regime von 1978“ (dem Jahr der Verfassungsgebung) oder „Volksermächtigung“. Kurzum: Spaniens politischer Common Sense hat sich verschoben. Er beeinflusst ab sofort auch die Abgeordnetenkammer in Madrid, weil die etablierten Volksparteien PP und PSOE deutlich an Zuspruch verloren haben. Sie kamen am 20. Dezember auf nur noch 50 Prozent der abgegebenen Stimmen, verloren fünf Millionen Wähler und 83 Mandate.

Dem gegenüber steht die Partei Podemos, die auf Anhieb fünf Millionen Wähler von sich überzeugen konnte. Um die PSOE zu überholen, fehlten nur 400.000 Stimmen. Mit dem Durchbruch der „nueva política“ gewann die Links-Rechts-Polarität an Kontur: Ein rechter Block aus PP und Ciudadanos und ein linker mit PSOE, Podemos und Izquierda Unida (IU) verzeichnen etwa gleiche Abgeordnetenzahlen. Zwar ließe sich theoretisch eine Linksfront aus PSOE und Podemos bilden, unterstützt von den katalanischen Unabhängigkeitsparteien, doch deren Verlangen nach einem Plebiszit über die Unabhängigkeit ihrer Region würden die Sozialisten nie nachgeben. Insofern bleibt nur die Alternative: entweder Neuwahlen, die PP und PSOE eigentlich suspekt sein müssten, da sie den Aufstieg von Podemos womöglich weiter vorantreiben, oder eine Große Koalition aus Konservativen und Sozialisten, um ein Zeichen der Stabilität nach deutschem Muster zu setzen.

Wieder der Underdog

Solange das gewählte Parlament Bestand hat, dürfte in dieser Kammer schon bald der Konflikt zwischen Verteidigern und Gegnern der geltenden Magna Charta offen ausbrechen. Kurz nach der Wahl forderte Ciudadanos-Chef Albert Rivera ein Regierungsbündnis der nationalen Verantwortung zwischen seiner Partei, PP und PSOE, das ein Bollwerk zur Wahrung der Verfassung und nationalen Einheit sein müsse. Nur so ließen sich Gefahren abwehren, wie sie vom Linkspopulismus wie von der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung heraufbeschworen würden. Podemos und die Unabhängigkeitsparteien Esquerra Republicana (ERC) und Democràcia i Llibertat (DiL) stimmen ihrerseits darin überein: Eine grundlegende Reform der Verfassung von 1978 und ein Volksentscheid über Kataloniens Souveränität sind unverzichtbar, Erhalt oder Erneuerung der bestehenden Ordnung – das ist die Grundfrage, die den Abgeordneten in Madrid gestellt ist.

Worin lagen die Gründe für das Comeback von Podemos, nachdem der Partei kurz vor dem Votum ein eher mäßiges Abschneiden in Aussicht gestellt worden war?, fragt der Parteistratege Íñigo Errejón in einer Wahlanalyse und kommt zu dem Schluss, Podemos habe das Umfragetief im Herbst – ausgelöst durch das schlechte Abschneiden bei der katalanischen Regionalwahl – mehr genutzt als geschadet. Die von Pablo Iglesias geführte Kraft konnte wieder die Rolle des Underdogs übernehmen und sich damit arrangieren, vor dem 20. Dezember nicht als Favorit, sondern als Außenseiter gegen PP, PSOE und Ciudadanos gefragt zu sein. Das Renommee eines Anwalts der Krisenverlierer taugte wie gehabt als Empfehlung. Paradigmatisch dafür waren Pablo Iglesias' Auftritte in den Fernsehduellen. Während die Spitzenleute der anderen Parteien, allen voran Albert Rivera Ciudadanos, steif und berechnend wirkten, gab sich Iglesias unkonventionell und ungezwungen. Er klagte die Korruption an, verteidigte den Sozialstaat und bestand auf einer Verfassungsreform. Mit verschwitztem Hemd und Pferdeschwanz nahm man ihm den glaubwürdigen Sprecher der kleinen Leute und den Gegner der Austeritätspolitik ab.

Zugleich war bei der Podemos-Spitze das Bemühen unverkennbar, nicht als linksradikaler Sturmtrupp, sondern als Partei des Common Sense aufzutreten, deren Programm nicht revolutionär, sondern grundvernünftig ist. Engagement für sozialen Ausgleich, das ist der Sinn unseres Daseins, so die Botschaft ganz nach dem Vorbild der Sozialdemokratie vor deren neoliberaler Wende. Damit ließen sich Milieus ansprechen, die von Arbeitern über die urbanen Mittelschichten bis zur Mehrheit der unter 35-Jährigen reichten.

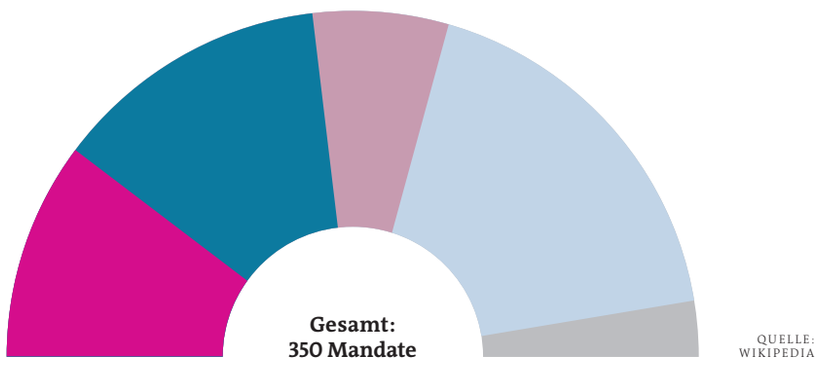
Weniger madrilenisch

Bei alldem sei nicht vergessen, dass Podemos mehr als jede andere Partei die Plurinationalität Spaniens anerkennt. Es gibt Podemos-Ableger in Galizien (En Marea Podemos), Valencia (Compromís-Podem-És el moment) oder Katalonien (En Comú Podem). Diese Filialen entstanden, weil die Partei Allianzen mit regionalen linken Kräften zu schmieden verstand. Sie bereicherten den Podemos-Diskurs und färbten ihn weniger madrilenisch. Der historische Linkspolitiker Xosé M. Beiras in Galizien, Valencias Vizepräsidentin Mónica Oltra oder Ada Colau, die charismatische Bürgermeisterin von Barcelona, verkörperten ein Podemos, das sich eben nicht im Medienphänomen Iglesias erschöpft – vielmehr in der vielfältigen Realität des Landes Wurzeln geschlagen hat.

In diesem Geiste setzt sich Podemos als einzige spanienweite Partei für einen katalanischen Volksentscheid ein. Dies mag Sympathien in den traditionell konservativen Regionen Zentralspaniens gekostet haben, es befeuerte andererseits die Wählerschaft im bevölkerungsreichen Katalonien. En Comú Podem, die katalanische Abteilung von Podemos, führte das Referendum prominent im Programm. Selbst der dortige Ministerpräsident Artur Mas, der nicht gerade als Freund von Pablo Iglesias oder Ada Colau bekannt ist, räumte nach der Wahl ein: „Mit dem Aufstieg von Podemos eröffnen sich für Katalonien interessante Perspektiven.“

Conrad Lluis Martell lebt in Barcelona und promoviert derzeit mit einer Dissertation über die Bewegung der Indignados

Sitzverteilung Parlamentswahlen 2015



QUELLE: WIKIPEDIA

ANZEIGE

Die Welt mit philosophischen Augen betrachten

Die neue Ausgabe, jetzt am Kiosk!

www.philomag.de

FOTO: JANEK SKARZYNSKI/AFP/GETTY IMAGES

Jarosław Kaczyński und seine Novizin Beata Szydło

Weder Osten noch Westen

Osteuropa I Polens Rechtsruck hat viel mit der jüngsten Geschichte zu tun

■ **Jan Opielka**

Von Ereignissen mit „Staatsstreich-Charakter“ spricht EU-Parlamentspräsident Martin Schulz, von „drohender Diktatur“ die polnische Opposition, und Ex-Präsident Lech Wałęsa redet gar einen drohenden Bürgerkrieg herbei. Auch wenn diese Urteile übertrieben sind – die Vorstöße der in Warschau seit November 2015 allein regierenden, nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) rufen zu Recht Kritik hervor. Demokratiefeindlich sind die komplette Unterstellung der öffentlich-rechtlichen Medien unter Regierungskuratel, die faktische Entmachtung des Verfassungsgerichts und die absehbare Reform des Justizwesens. Man rechnet mit einer Unterordnung der Judikative unter die Exekutive.

Rote Linie

Dieser Kurs trägt die Handschrift eines Mannes: Jarosław Kaczyński. Der 66-jährige PiS-Vorsitzende ist weder Regierungschef noch Fraktionsführer, dominiert aber Partei und Regierung. Premierministerin Beata Szydło wirkt bisher wie eine willige Marionette. Selbst im qua Verfassung parteiunabhängigen Präsidentenamt sitzt mit Andrzej Duda ein Kaczyński-Getreuer, der Wünsche seines Mentors pflichtschuldig erfüllt. Und die orientieren sich klar an einem Land im Südosten der EU: Viktor Orbáns Ungarn. Kaczyński hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass er sich in Polen ein zweites Ungarn wünscht. Insofern kann das rabiate Durchregieren der PiS nur auf den ersten Blick überraschen. Nicht allein der Wille zur Macht und zur Umgestaltung Polens in eine national-katholisch grundierte Vierte. Republik treiben Kaczyński an. Es ist auch ein teils irrationaler Hass gegen die „postkommunistischen Eliten“ der bestehenden Dritten Republik, gegen die er als Premier erstmals 2006 zu Felde zog und ein Jahr später scheiterte. Kaczyński weiß, dass es nach der jetzigen zweiten Chance wohl keine dritte gibt.

Obgleich etliche Parallelen zwischen Orbáns und Kaczyńskis Staatsvisionen bestehen, ist Polen nicht mit Ungarn gleichzusetzen. Anders als die in Budapest ist die polnische Opposition von der parlamentarischen bis hin zur medialen Präsenz keineswegs gelähmt. Die ersten Straßenproteste sind zwar noch überschaubar, doch könnte sich die Stimmung massiv gegen die Regierung wenden, sollte die eine bislang noch schwer definierbare rote Linie überschreiten. Die PiS verfügt zudem – anders als Orbáns Fidesz nach 2010 – über keine Zweidrittelmehrheit im Parlament, mit der sie die Verfassung ändern könnte. Was sie gewiss gern täte. Schließlich übernahm die Kaczyński-Partei von ihren Vorgängern zwar erhebliche soziale Probleme, aber keinen Staat am Rand der Pleite wie Ungarn anno 2010. Was die PiS aus dem Füllhorn versprochener Sozialreformen ausschüttet, muss daher Wirkung zeigen, sonst gehen ihr die Wechselwähler von der Fahne.

Die harte PiS-Klientel allerdings, gut 25 Prozent der Wähler, wird Übervater Kaczyński die Treue halten, was immer auch geschehen mag. Das hat nicht nur mit einem wirkmächtigen Katholizismus zu tun, sondern ebenso mit einem spezifischen Nationalbewusstsein, das sich in Polen übermäßig stark aus einstiger Demütigung, Nicht-Souveränität und Niederlagen speist. Polen ist weder Westen noch Osten, ökonomisch keine ganze Peripherie, doch eine halbe. Kulturell, geografisch wie auch mental irrt das Land trotz aller Westanbindung der vergangenen 25 Jahre durch einen Zwischenraum, den noch andere MOE-Staaten bevölkern.

Die Liste der Gründe für dieses „Dazwischen“ ist lang: die Zersetzung des einst mächtigen Königreichs durch den heimischen Adel und später die Großmächte Russland, Preußen und Österreich-Ungarn; die 123 Jahre dauernde staatliche Nichtexistenz; die Zerstörung durch die Deutschen im Zweiten Weltkrieg, die De-facto-Unterwerfung durch die Sowjetunion nach 1945. Auch hatte Polen, anders als die Staaten des Westens, kein eigenes „1968“ mit einem Liberalisierungsschub. Selbst die Reformen des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962 – 1965) gingen an der Weichsel bis heute fast spurlos vorbei.

All dies führt beim Gros der PiS-Anhänger zu einer kulturellen Skepsis gegenüber der EU, beim PiS-Führungspersonal zur Skepsis gegenüber Brüssel und Berlin, politisch wie kulturell. Das erklärt scheinbar bizarre Aussagen wie jüngst die von Außenminister Witold Waszczykowski: Der „Mix von Kulturen und Rassen, eine Welt aus Radfahrern und Vegetariern“ nach Westvorbild, wie es das in den polnischen Medien gebe, habe mit den traditionellen Werten Polens nichts zu tun. Ein nicht unerheblicher Teil der Polen stimmt solchen Aussagen ebenso zu wie der Warnung vor staatszersetzenden postkommunistischen Seilschaften.

Dass es 1989 zu einem Kompromiss zwischen der damaligen sozialistischen Regierung und nichtsozialistischen Opposition kam, dass politische Verbrechen aus der Zeit der Volksrepublik unzulänglich geahndet wurden und sich ein Teil der alten Nomenklatura vor und nach 1989 bei Privatisierungen bereicherte, dass seit 1990 Millionen Polen unter einer neoliberalen Schocktherapie litten – all das hinterließ Wirkung. Aber eben nicht in einem solchen Maße, wie es die PiS mit ihrer Freund-Feind-Rhetorik weismachen will. Diejenigen, die gegen die Regierung protestierten, meinte Kaczyński jüngst, seien „Polen der schlechteren Sorte“. Von solchem Geist wird das PiS-Handeln bestimmt. Daher wird die Partei die tatsächlich bestehenden Missstände nicht beheben, sondern schlimmere hervorrufen. Dass sie dabei den Sinn fürs machtpolitisch Rationale verlieren könnte, liegt ebenfalls an der Vita ihres Frontmannes.

Rationaler Diskurs

Kaczyńskis Hang zur Irrationalität resultiert nicht zuletzt aus dem tragischen Tod des Zwillingsbruders und Ex-Präsidenten Lech Kaczyński beim Flugzeugabsturz im russischen Smolensk 2010. Jarosław Kaczyński – so die in Polen quer durch die Lager geachtete Soziologin und einstige PiS-Anhängerin Jadwiga Staniszkis – habe „2010 eine schwere Lektion erhalten, als man seine Verzweiflung nicht achtete. Es ist keine Revanche, es ist etwas Tieferes. Es ist der Wille, alle zu demütigen.“

Der Flugzeugabsturz wird nun neu aufgerollt. Dass es eine russische Verschwörung gab, halten viele PiS-Anhänger weiter für möglich. Ob auch Kaczyński daran glaubt oder den Tod des Bruders instrumentalisiert, bleibt sein Geheimnis. Für Polen wäre es besser, er folgte eiskaltem politischen Kalkül. Denn das hieße: Er denkt rational und kann umschwenken, wenn es die Umstände erfordern.

Die kalte Schulter

Osteuropa II Mit der Demut einstiger EU-Aspiranten ist es vorbei. Sie sind emanzipiert – auch von sich selbst

■ **Lutz Herden**

Würden die Staaten Osteuropas heute auf ihre EU-Tauglichkeit geprüft, würden sie mehrheitlich durchfallen. Was freilich an zwei Voraussetzungen gebunden wäre. Zunächst einmal müsste das vereinte Europa seinen proklamierten Wertekanon ernst nehmen. Wäre das so, gäbe es beispielsweise keine Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, wenn die so autokratisch geführt wird wie seit der Militärdiktatur des Generals Kenan Evren zwischen 1980 und 1989 nicht mehr. Zum anderen müsste sich das geostrategische Motiv der EU-Osterweiterung erledigt haben. Das ist nicht der Fall, weder der Westen noch der nichtrussische Osten Europas haben ein Interesse daran, am bündnispolitischen Status quo zu rütteln. Für alle Staaten Mittelosteuropas (MOE) bleibt die Mitgliedschaft in EU und NATO die Geschäftsgrundlage ihrer System- und Bündniswende von 1990/91. Die Legitimität des politischen Überbaus von Tallinn bis Sofia speist sich – bei allen teils gravierenden Unterschieden – bis heute aus der Abkehr von Russland. Wer das in Frage stellt und Beziehungen anstrebt, die auf eine Äquidistanz zu Brüssel und Moskau hinauslaufen, erschüttert ein ganzes westliches Paktsystem, das seit 1990 aus Gründen des Selbsterhalts auf Expansion nach Osten bedacht war. Wer will das schon? Oder riskiert das gar? Die EU-Kommission ebenso wenig wie Jarosław Kaczyński und seine regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) in Polen.

Das mentale Tief zwischen Brüssel und Warschau oder Brüssel und Budapest ändert nichts am geostrategischen Imperativ, der 2004 zum Beitritt der ersten acht MOE-Länder zur EU geführt hat: den Subkontinent des Systemtransfers im Osten als Macht- und Marktressource des Westens zu halten und mit der Osterweiterung den Epochenbruch von 1990 zu vollenden. Nur dadurch ließ sich der Anspruch erheben, die EU als globale Macht zu etablieren, während Russland bedeutet wurde, dass der Verlust früherer Alliierter unumkehrbar sei. Allerdings mussten die EU-Newcomer erfahren, dass die 1990 erworbene nationale Souveränität erneut auf eine supranationale Bündnisräson traf.

Heimkehr des Verdrängten

In der Regel wird die Osterweiterung lediglich als Staatenzuwachs für die EU gedeutet. Doch handelt es sich tatsächlich um einen viel komplexeren Vorgang, bei dem sozialökonomische Konvergenz als Conditio sine qua non firmiert und östliche Volkswirtschaften zu Filialen westlicher Ökonomien mutiert sind. Der polnische Schriftsteller Andrzej Stasiuk spricht von „neuer Kolonisierung“, die vorerst noch mit einer Softversion auskomme, „aber es ist doch eine Kolonisation“.

Man könnte ebenso gut von Verhältnissen sprechen, die eine Fraktur der Seelen auslösen, weil in Mittelosteuropa enttäuschte Hoffnungen zwar wahrgenommen, aber nicht eingestanden werden, so dass Kompensation unerlässlich ist. Der Rückgriff auf eine christlich-nationalistische Agenda ist eine davon und geeignet, Parteien wie der PiS oder Viktor Orbáns Bürgerbund (Fidesz) eine Existenzberechtigung zu verschaffen. Sie neigen mit ihrer Abkehr vom Europa der EU zu ähnlicher Rigorosität wie die osteuropäischen Transformationseliten der 90er Jahre, die den Weg nach Europa als Königsweg ins Gelobte Land priesen. Die damalige Verdrängung der eigenen, nur eben anderen europäischen Identität bricht nun auf und bewirkt, dass politische Selbstbestimmung in Warschau, Budapest oder Bratislava wieder so hoch im Kurs steht. Verbunden ist diese Tendenz mit einem Gesellschaftsentwurf, bei dem sich Ungarns Premier auf das Recht zur „illiberalen Demokratie“ beruft.

Die nationale Option trifft sich mit dem Willen zur Restauration

Spätestens hier muss neben der nationalen Option auf die restaurative Obsession solcher Akteure verwiesen werden. Das autoritäre Gebaren wie die konservative Inbrunst eines Jarosław Kaczyński erinnern an die Zweite Polnische Republik unter Marschall Józef Piłsudski und seine Idee vom „genesenden“, weil diktatorischen Staat. Mit ihren anthropologisch anmutenden Revierreflexen bedient die PiS dieses Muster und versetzt die Wertegemeinschaft EU in einen Zustand, bei dem sich inkompatible Wertekonfessionen gegenüberstehen. Statt liberaler Modernisierer geben in Polen passionierte Traditionalisten den Ton an, die – nicht zuletzt – der Wille beseelt, soziales Brachland zu bestellen, das die vermeintliche Wohlstandsmaschine EU unbestellt ließ. Jedenfalls übertrifft das Sozialprogramm der PiS-Regierungschefin Beata Szydło allein bei Sozialhilfe und Renten alles, was die Vorgänger von der Bürgerplattform (PO) zugestehen wollten.

Dass nach der Run-auf-Europa- nun eine Retour-Stimmung überwiegt, ist keine Laune der Geschichte, sondern Ausdruck ihrer inneren Logik. Die relativ homogene Multilateralität der EU war eine Qualität des späten 20. Jahrhunderts und eine Konsequenz des Ost-West-Konflikts. Sie wurde mit der Ostausdehnung durch eine Geografie der Rivalitäten und Ressentiments ersetzt, wie sie eher für das frühe 20. Jahrhundert typisch war.

ANZEIGE

der Freitag

radioeins rbb

www.radioeins.de
www.freitag.de/salon

Weg vom Quotenwahn – Zurück zu Kritik, Provokation und Aufklärung

der radioeins und Freitag Salon

Jakob Augstein im Gespräch mit **Wolfgang Herles**

11.01.

Beginn: 20.00 Uhr
Eintritt: 8 Euro, ermäßigt 5 Euro
Ort: Maxim-Gorki-Theater, Studio Я, Hinter dem Gießhaus 2, 10117 Berlin
Karten sind im Maxim-Gorki-Theater erhältlich, www.gorki.de

Das autoritäre Bedürfnis

Avantgarde In Sachen Populismus war Österreich schon erprobt, als dieser anderswo noch in den Eierschalen steckte

Debatte Der Populismus ist eine riskante Versuchung für Europa. Die bisher erschienenen Texte von Wolfgang Michal und Albrecht von Lucke ließen das anklingen. Der Wiener Autor Franz Schandl schreibt nun über Populismus als Ausdruck politischer Identität

In der Alpenrepublik schickt sich die Freiheitliche Partei (FPÖ) Heinz-Christian Straches an, zur stärksten politischen Kraft des Landes aufzusteigen. Voraussehbare Skandale oder auch die offensichtliche Unfähigkeit des freiheitlichen Personals werden diese Entwicklung jedenfalls nicht stoppen können. Letzteres stört kaum und gegen Ersteres geriert sich die FPÖ als Opfer und wird von ihrem Publikum auch so wahrgenommen. Gewählt wird aber erst 2018, sollte die Koalition aus Sozialdemokraten (SPÖ) und Österreichischer Volkspartei (ÖVP) nicht vorher zusammenbrechen.

Die Auseinandersetzungen laufen hierzulande permanent nach dem gleichen Muster, so dass sie kaum noch interessieren, geschweige denn aktivieren. Die Strategien scheinen verbraucht und so verwundert es inzwischen wenig, dass nach den Christlich-Sozialen nun auch die Sozialdemokraten in Gemeinden und Ländern Bündnisse mit den Freiheitlichen eingegangen sind. Vereinzelt auch die Grünen. Dieser Trend wird sich noch verstärken. Die mediale Aufregung ist diesbezüglich stets größer als die reale. In Österreich etwa regieren die Freiheitlichen in den meisten Bundesländern mit, Kärnten haben Jörg Haider und seine Nachfolger dabei fast in den Bankrott geführt. Aber das alles tut dem Aufstieg keinen Abbruch. Ein Typ mag verunglücken, aber der Typus gedeiht weiter.

„Wir müssen unser Heimatrecht verteidigen und schützen“, sagt Strache. Was das heißt, liegt auf der Hand: Grenzen zu und vor allem eine noch restriktivere Auswahl der Eingelassenen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass es gerade dadurch zur Eskalation an den Grenzen oder in den Flüchtlingsquartieren kommt, vor allem dann, wenn Österreich oder gar Deutschland den Orbán macht. Aber selbst diese Differenz ist eine graduelle, hört man relevanten Politikern in ÖVP oder auch SPÖ genauer zu.

Modern und synchron

Eine Periode österreichischer Nachkriegspolitik geht zu Ende. Was kommt, weiß niemand, auch die Akteure nicht. In der heimischen Bürokratie ist man bereits emsig am Werk und stellt sich auf ein Regierungsszenario jenseits der alten SPÖ-ÖVP-Seilschaften ein. Einerseits ist Überwintern angesagt, man versucht sich einzubunkern und die eigenen Pfründe und Privilegien irgendwie abzusichern, andererseits wird man sich wundern, wer da nicht alles gegebenenfalls Farbe und Richtung wechseln wird, sollten die Freiheitlichen wieder einmal über die Zuteilung der Futtertröge entscheiden. Denn auch hier erwiesen sie sich seinerzeit in der Koalition mit Wolfgang Schüssel (ÖVP) als um einiges exzessiver als die von ihnen oft zu Recht Kritisierten.

Der Populismus ist nicht unterentwickelt und vormodern, er verkörpert vielmehr die aktuelle Stufe der kulturindustriellen Inszenierung des öffentlichen Lebens. Er ist deswegen anschlussfähig, weil er mit ihr synchron ist. Die Kommerzialisierung des politischen Sektors ist Treibsatz des Populismus. Seine Demagogie ist nichts anderes als die liberalisierte Reklame, sein Auftreten erinnert frappant an die Serienstars in den Soap-Operas, seine Rede ist das Gerede des Stammtischs. Es herrscht ein Universalismus des Kurzschlusses.

Allerdings ist praktische Politik heute kaum noch ohne Populismus zu haben. Nach welchen Kriterien sollte hier kategorisch differenziert werden? Populismus ist nicht Alternative, sondern Verschärfung. Ein Komparativ des Dagewesenen. In all seinen bekannten Varianten bedeutet er: mehr Ausländerfeindlichkeit, mehr Korruption, mehr Ignoranz, mehr Primitivität, mehr Homophobie, mehr Sexismus und – trotz sozialer Demagogie – mehr soziale Ausgrenzung. „Österreich kann nicht das Sozialamt der ganzen Welt sein!“, lässt Straches Generalsekretär Herbert Kickl verlauten.

ILLUSTRATION: DER FREITAG; MATERIAL: IMAGO

Gehorcht werden muss. Jedenfalls steckt in der biederen Herde schon die wütige Horde

Das sind Sprüche, die deswegen reingehen, weil sie von den Angesprochenen tagtäglich selbst ausgesprochen werden. Da fühlen sie sich erkannt und nicht gegängelt. Sie brauchen so nicht verhetzt zu werden.

Die zentrale Frage ist und bleibt: Woher rühren die populistischen Bedürfnisse? Wie entstehen und manifestieren sich diese Gemütslagen und Stimmungen, die den Populismus disponieren? Was konfiguriert die Exponate, was macht aus einer Herde eine Horde? Warum kippt das Unbehagen ins Ressentiment? Antworten darauf sind rar, gesucht werden sie meist und vorschnell in historischen Analogien. Diese Referenz soll gar nicht abgestritten werden, aber ihre Bedeutung ist geringer, als man meint.

Der Populismus fällt freilich nicht vom Himmel, sondern entsteht ganz urwüchsig aus der bürgerlich-kapitalistischen Welt. Es sind die restriktiven Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen, die diese in kleine aggressive Konkurrenzmonster verwandeln. Unmenschlich gehalten, verhalten sie sich unmenschlich. Das entschuldigt sie nicht, aber es erklärt einiges mehr, als moralische Appelle und didaktische Übungen bewirken. Diese prallen an den potenziellen Wählern ab, weil sie gar kein Sensorium dafür haben, was wiederum kein persönliches Manko ist, sondern ein gesellschaftliches Defizit. Gefragt sind autoritäre Autoritäten: Gehorcht werden muss. In der biederen Herde steckt jedenfalls schon die wütige Horde. Wollen die Liberalen die Herde fromm und zahm halten, so wollen sie die Populisten aufstacheln. Beide Male geht es um die Kontrolle der Gefolgschaft. Sieht man genau hin, wird deutlich, dass Liberalismus und Populismus mehr gemeinsam haben, als sie trennt. Beide beschwören die große Konvention, sie sind pro Arbeit, pro Privateigentum, pro Leistung, pro Konkurrenz, pro Standort, pro Markt, pro Automobilisierung, pro Werbung, pro Kulturindustrie. Die einen möchten mehr global und marktradikal deregulieren, die andern wollen es mehr nationalistisch und staatsinterventionistisch regeln. Die Leitwerte sind Konsens. Es ist geradezu grotesk. Wir bekommen mehr von dem, wovon wir schon mehr als genug haben.

Der Populismus ist identitätspolitisch aufgeladen, er redet wenig über Strukturen, aber umso mehr von Schuldigen. Selbst ist einer da nie und nimmer verstrickt, sondern beleidigt, benachteiligt, unterdrückt. Man inszeniert sich als das bloße Opfer äußerer Machenschaften. Abstellen, Aufräumen, Ausmisten – schon wäre die Welt in Ordnung. Auch ein linker Populismus würde nur die Feindbilder austauschen. Den Linkspopulisten erscheint der Populismus als reine Form, die man mit beliebigen Inhalten füllen kann. Doch wenn der Populismus auf Volksvorurteile setzt, was will dann eine emanzipatorische Kraft mit ihm anstellen können? Das populistische Instrumentarium ist außerordentlich beschränkt, und niemandem ist geholfen, wenn man an diesen Beschränkungen wie Beschränktheiten anknüpft. Populismus ist mehr als nur ein Stil.

Links wie rechts?

Die belgische Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe verlangt gar die „Rücksichtnahme auf die irrationalen Gefühle der Bevölkerung“. Was heißt Rücksichtnahme? Anerkennung? Was soll da alles akzeptiert werden? Einmal mehr riecht das sehr danach, dass man die Leute unbedingt dort abholen muss, wo sie sind. Das ist stets schiefgegangen, denn es bestärkt die Stereotype, anstatt sie zu erschüttern. Die Relevanz, die man dadurch gewinnt, ist nicht essenziell, sondern lediglich akzidentell. Mouffes Propagierung des ewigen Kampfes – „Wir“ gegen die „Anderen“ – will keine Überwindung desselben, sondern eine Fortsetzung der Konfrontation mit gleichen Mitteln, aber anderen Siegern. Es wird nicht mehr gefragt: „Warum?“, sondern gleich: „Gegen wen?“ Die elementaren Fragen bleiben ausgeklammert, einmal mehr geht es um Verteilung und Macht. Da wird keine Hegemonie gebrochen. Da ist nichts Neues unter der Sonne. Elite und Volk sind nicht so auseinander, wie Chantal Mouffe meint. Im Gegenteil – sie sind sich in ihren Ansätzen einiger, als uns allen lieb sein kann.

Andererseits ist der Populismus-Vorwurf auch zu einer billigen Totschlagformel geworden. Alles, was abweicht, kann mit dem Terminus belegt und damit denunziert werden. Jede Attacke gegen Modernisierung und Globalisierung soll fortan als populistischer Dünkel diskreditiert werden. Wer vom „System“ spricht, gilt bereits als Extremist, wer gar eine „Systempresse“ entdeckt, ist als Freiheitsfeind zu entlarven. Und gegen die USA etwas zu sagen, kann nur als Antiamerikanismus gelten. Wenn dann die kapitalistische Demokratie noch zur „offenen Gesellschaft“ geadelt wird, kippt Kritik endgültig in Affirmation.

Doch nur weil es viele Vorurteile gibt, ist nicht jedes Unbehagen schon als Ressentiment zu entlarven. Eben das genau verfolgen der liberale Mainstream und sein linker Appendix. Die Linkspopulisten kommen da gerade richtig. Da kann man sich mächtig aufpudeln und abreagieren. Im Hintergrund rauscht ein von der Totalitarismustheorie angetriebener Wasserfall aus Gülle. Suggeriert wird die Gefährlichkeit von Rändern, von linken und rechten Radikalismen, während ausgerechnet die politische Mitte sich als gemäßigte und extremismusfreie Zone abfeiert. Die „unheilige Allianz“ nennt sie der österreichische Politikwissenschaftler Anton Pelinka. Wie zweckmäßig!

Nicht ohne seinen Glauben

Porträt Muhsin Hendricks ist Imam und lebt offen homosexuell. In Kapstadt leitet er heute eine eigene Gemeinde. Dafür musste er lange kämpfen

FOTO: JEAN PIERRE JANS/REA/LAIF

■ **Caren Miesenberger**

Zehn Tage sind es noch bis zu seiner Hochzeit, als Muhsin Hendricks auf einer Parkbank in Kapstadt Platz nimmt. Die bevorstehende Verabredung mit seiner Verlobten macht dem angehenden Imam Angst. Hendricks hat sie hierher gebeten, um ihr zu gestehen, dass er sie nicht heiraten will. Als sie sich neben ihn setzt, nimmt er all seinen Mut zusammen und offenbart ihr, dass er schwul ist. „Falls du die Hochzeit absagen willst, gehe ich wieder zurück nach Pakistan“, sagt Hendricks, der dort gerade sein Theologie-Studium abgeschlossen hat. Erst ist die junge Frau sauer, aber nach ein paar Tagen beruhigt sie sich. Sie sieht weiter eine gemeinsame Zukunft. „Wir werden das schon irgendwie regeln“, sagt sie. Die beiden entschließen sich, die Ehe einzugehen: sie aus Liebe und aus der Hoffnung heraus, ihn ändern zu können – er, weil er sich in seinem Umfeld unter Druck fühlt, heterosexuell zu leben.

Die Ehe scheitert. Heute hat Hendricks die damaligen Erwartungen hinter sich gelassen. Er wirkt fröhlich, unbeschwert und stört sich nicht an Wind und Regen, die ihn in Hamburg begrüßen. In Südafrika ist gerade Sommer. Hendricks lacht der deutschen Kälte ins Gesicht, als er die Tür zu dem Kino öffnet, in dem er seinen Dokumentarfilm *Fitrah* über queeres muslimisches Leben zeigt.

Spott von Gleichaltrigen

Er nimmt Platz auf einem roten Sofa. Wie alt er sei? „48. Aber ist das denn auch für die Öffentlichkeit bestimmt?“, antwortet er mit einem glucksenden Kichern. Er sei glücklich mit seinem Alter. Wenngleich sein Weg, als schwuler Imam unbeschwert leben und seinen Glauben praktizieren zu können, ein steiniger war. Hendricks wurde in Kapstadt als Sohn eines Imams und einer Koranlehrerin geboren. Der Vater verlässt die Familie kurz nach der Geburt. Die Mutter zieht ihren Sohn, der einmal der erste öffentlich schwul lebende Imam sein wird, mit seinen acht Geschwistern auf.

Als Kind bringt Hendricks sich selbst das Nähen bei. Von gleichaltrigen Jungs wird der dafür verspottet. „Die Gesellschaft hat ihre eigene Art, mitzuteilen, dass man anders ist.“ Er interessiert sich für weiblich konnotierte Hobbys, spürt den sozialen Druck und seinen Widerwillen, normativen Männlichkeitsvorstellungen gerecht werden zu sollen.

Außer Hendricks gibt es heute weltweit zwei weitere Imame, die sich öffentlich als homosexuell bekennen. Hendricks ist daher ein gefragter Interviewpartner. Mit Fremden über seine eigene Geschichte zu sprechen ist für ihn Routine. Als er zwölf Jahre alt ist, leidet seine Mutter unter einer Herzkrankheit. Da sie den Koranunterricht für ihre Schülerinnen und Schüler nicht fortführen kann, beginnt Hendricks selbst zu unterrichten. Kurz darauf kommt er in die Pubertät, realisiert, dass er sich zu Frauen nicht hingezogen fühlt. Die Vermutung, „anders“ zu sein, die er schon länger kennt, wird zur Gewissheit. Er ist verwirrt. Weder hat er im Koran davon gelesen noch in der Moschee davon gehört, dass es in Ordnung sei, das eigene Geschlecht zu begehren. Offen homosexuell zu leben ist für ihn deshalb zunächst undenkbar.

Als Konsequenz entschließt er sich, seine sexuelle Orientierung zugunsten der Spiritualität nicht zu leben. Er tritt in die Fußstapfen seines Vaters und absolviert eine klassische religiöse Ausbildung. Mit 21 zieht er nach Pakistan, um an der Universität Karatschi Theologie, islamisches Recht und Arabisch zu studieren. Nach seiner Rückkehr heiratet er. Nur diejenigen, die er zum engsten Freundeskreis zählt, wissen um seine eigentliche Identität. Dass er sich trotzdem auf die Ehe einließ, findet er heute „naiv“. Mit Liebe habe der Schritt nichts zu tun gehabt, sondern mit dem Erfüllen von Erwartungen. „Ich war im heiratsfähigen Alter und musste das Richtige tun, nämlich meiner Familie gerecht werden.“ Spricht er über seine Zeit als heterosexueller Ehemann, sprudeln Wörter wie „müssen“, „Pflicht“ und „Stress“ aus seinem Mund. Fast wäre er depressiv geworden.

Den queeren Muslimen macht er Mut, souverän ihren Glauben zu leben

Seine Sicht darauf, was ein guter Muslim ist, ändert sich während der Ehe. Er beginnt, Gottes Willen darin zu sehen, „authentisch und in Frieden mit mir selbst, meinem Körper und meiner Seele zu sein“. Sechs Jahre ist er verheiratet, das Paar bekommt drei Kinder. Bevor das Leben gegen sein inneres Ich ihn erstickt, zieht er aber die Notbremse und trennt sich.

Zu diesem Zeitpunkt arbeitet er bereits seit 17 Jahren für seine Religion, er gibt an drei Koranschulen Unterricht. Dann wendet er sich an die Tageszeitung *Cape Argus*, erzählt von seiner sexuellen Orientierung. Danach überschlagen sich die Ereignisse: Kurz darauf feuert ihn die erste Koranschule, zu den beiden anderen geht er gar nicht erst mehr hin, um ihnen nicht die Genugtuung der Kündigung zu überlassen. Hendricks hatte sich als Assistenz-Imam einen guten Ruf erarbeitet, trotzdem kostet das Coming-out ihn seinen Job.

Die Angst der Mutter

Seine Mutter wird ohnmächtig, als er ihr erzählt, dass er schwul ist. Angst hat sie aber weniger um den eigenen Sohn als davor, dessen Homosexualität ihrer Gemeinde zu erklären. „Als Tochter eines Imams unterrichtete sie Frauen in der Koranschule und bereitete sie auf den Hadsch vor. Außerdem war sie für die Waschungen der Toten unserer Gemeinde verantwortlich.“ Glaubt er, dass er mehr Diskriminierung erfahren hätte, käme er nicht aus einer privilegierten Familie? „Die Leute aus der Gemeinde scheuten sich etwas davor, Fragen zu stellen. Schließlich müssen wir als Teil der Gelehrtenfamilie wissen, was wir tun. Sie haben sich eher gefragt, wie ein so guter Muslim solche unislamischen Entscheidungen fällen konnte.“ Ihm war bewusst, dass sein Coming-out auch bedeutete, dass er seine Kinder verlassen musste. Aber das Bedürfnis, mit sich selbst im Reinen zu sein, war stärker als die Angst davor.

Dass er trotz seiner Offenheit aus seiner Gemeinde Unterstützung erfährt, überrascht ihn: „Vor allem Eltern, die merkten, dass sie homosexuelle Kinder hatten, und Ehefrauen, deren Männer schwul waren, standen mir bei“, erzählt er. Auch einige Imame sprachen ihm im Verborgenen ihre Unterstützung aus, taten dies aber aus Angst vor Konsequenzen nicht öffentlich.

Mithilfe der eigenen Spiritualität einen Lebensunterhalt bestreiten zu können steht nach dem Coming-out nicht mehr zur Debatte. Hendricks lässt Kinder, Koranarbeit und Kapstadt hinter sich. In Johannesburg nimmt er sein Kindheitshobby wieder auf: Als Modedesigner näht er nun Hochzeits- und Ballkleider, verkauft diese in einer Boutique, die er mit einem Freund betreibt. Nebenbei sucht er im Koran weiter nach einem theologischen Fundament seiner Identität. Sechs Jahre lang studiert er die Überlieferungen des Propheten, bis er mit 35 das Modegeschäft an den Nagel hängt. Dank einer NGO, die LGBTI-Arbeit in Südafrika unterstützt, kann er von nun an als Vollzeitaktivist arbeiten.

Er zieht zurück nach Kapstadt, gründet eine liberale Gemeinde, die Menschen muslimischen Glaubens dabei unterstützt, ihre Geschlechts- und Sexualidentität zu leben und ihre Religion zu praktizieren. In seine Moschee kommen Schwule, Lesben, Transgender, Intersexuelle und Menschen, die sich keinem Geschlecht zuordnen wollen. Auch Feministinnen und heterosexuelle Männer, die sich mit konservativer Religiosität nicht anfreunden können, besuchen sie. Hendricks pflegt internationale Kooperationen mit islamischen Organisationen und bietet Workshops zu sexueller Vielfalt aus theologischer Perspektive an. 2013 dreht er seinen Film, um queeren Muslimen auch so zu vermitteln, dass sie ein Recht auf Religiosität haben.

Die Kraft für seine Arbeit holt Hendricks sich in der Zeit, die er mit seinem neuen Partner und dem gemeinsamen Sohn Mukti verbringt. Sein jüngstes Kind wird als biologischer Sohn seines Partners und einer Leihmutter geboren. Mukti wird auch nach seiner Geburt von der Leihmutter beim Heranwachsen begleitet. Das Verhältnis zu seinen Kindern aus der früheren Ehe beschreibt er als sehr liebevoll. Nachdem die Kinder aufgrund der Homosexualität ihres Vaters auch Diskriminierung erfahren haben, ist die Beziehung zwischen ihnen und ihrem Vater enger geworden.

Von seinen Schwestern wurde Hendricks stets akzeptiert, die Brüder dagegen bereiteten ihm schlaflose Nächte. Im gemeinsamen Urlaub offenbarte er ihnen vor kurzem seine Gedanken: „Was, wenn ich sterbe und nicht auf dem Familienfriedhof beerdigt werden kann?“ Die Brüder entgegneten: „Dann verteidigen wir dich!“ Wenn er davon erzählt, lächelt er, kneift die Augen zusammen und atmet tief ein und aus.

Frauensache
Männersache

Mehr Rechte für Homosexuelle: Danke, Syriza!

Es ist ein großer Erfolg der griechischen Homosexuellen. Lesben und Schwule dürfen nun die zivilrechtliche Partnerschaft eingehen, die bisher Heterosexuellen vorbehalten war. Das hat die linke Mehrheit im Parlament beschlossen. Damit sind Homosexuelle jetzt in vielen Punkten gleichgestellt, etwa im Steuerrecht. Allerdings bleiben einige Diskriminierungen auch bestehen. Kinder adoptieren dürfen etwa nur Ehepartner – und heiraten dürfen gleichgeschlechtliche Paare immer noch nicht.

Die Linkspartei Syriza hatte zwar die Öffnung der Ehe gefordert, fand dafür aber keine Unterstützung im Parlament. Der rechtspopulistische Koalitionspartner Anel sperrte sich gegen jeglichen Schritt zur Gleichberechtigung, stimmte sogar gegen das Gesetz zur zivilen Partnerschaft. Syriza war auf die Stimmen der sozialdemokratischen Pasok angewiesen. Und es hat geklappt.

Die griechische Regierung kämpft also nicht nur gegen Spardiktate aus Brüssel, sondern gestaltet auch aktiv linke Politik im eigenen Land. Wobei sie in diesem Fall Hilfe vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bekommen hat. Der hatte im Jahr 2013 geurteilt, dass der Ausschluss gleichgeschlechtlicher Paare von der zivilrechtlichen Partnerschaft diskriminierend und daher verboten ist. Ministerpräsident Alexis Tsipras brüstet sich deshalb auch nicht mit dem neuen Gesetz, sondern wählt Worte des Bedauerns. „Anstatt jetzt zu feiern, sollten wir uns vielleicht besser bei den Tausenden Bürgerinnen und Bürgern entschuldigen, denen ihre Rechte jahrelang verwehrt blieben.“

In der Europäischen Union liegt Griechenland nun im Mittelfeld. Es gibt noch acht Länder, die weder Ehe noch Partnerschaft für Homosexuelle erlauben: Bulgarien, Italien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei und Zypern. Andererseits dürfen Lesben und Schwule in zehn Mitgliedsstaaten heiraten: in Belgien, Dänemark, Frankreich, Irland, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Schweden, Spanien und Portugal. In Großbritannien ist die Ehe in England, Wales und Schottland geöffnet. Finnland führt die Ehe für Homosexuelle dann 2017 ein.

Eine gute Nachricht gibt es noch aus Neuseeland. Dort dürfen Lesben und Schwule seit 2013 staatlich heiraten, nun können sie sich endlich auch vor dem Altar trauen lassen, von Anhängern einer Spaßreligion, in der „Kirche des Fliegenden Spaghettimonsters“. Eine Ehe dort wird – wie bei anderen Kirchen – automatisch staatlich anerkannt. Ganz im Ernst. *Felix Werdermann*

ANZEIGE

Die Wochen vom 23. Dezember 2015 bis 6. Januar 2016

SPD

Lieber FDP als Linkspartei

Angeblich gehört Ralf Stegner zu den wichtigsten Linken innerhalb der SPD. Doch mit der Linken – der Partei – will der stellvertretende Parteivorsitzende nichts zu tun haben. Dann lieber FDP. Wenn sie ein wenig sozialer wird. Sie komme dann auch als Koalitionspartner der SPD „eher in Frage als eine Linkspartei, deren Anführerin Sahra Wagenknecht die Sozialdemokratie zur Hauptgegnerin ausgerufen hat“, sagte Stegner dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. Gleichzeitig kritisierte er, dass sich die Union der AfD annähere. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann sieht das anders: Angela Merkel sei zu links, Konservative hätten dort keine Heimat mehr, was wiederum die AfD stärke. *FW*

Venezuela

Juristische Nachlese

Die Regierung hat nicht vor, die Parlamentswahl vom 6. Dezember anzufechten. Zuletzt gab es Gerüchte, 22 Mandate der Opposition seien widerrechtlich erworben. Dazu erklärte der Oberste Gerichtshof, man wisse nichts von „juristischen Aktionen“, die auf eine Teilannullierung des Votums zielten. Doch gebe es Zweifel an der Rechtmäßigkeit von drei Sitzen des oppositionellen Tischs der Demokratischen Einheit (MUD) und eines Mandats der Vereinigten Sozialistischen Partei (PSUV) von Präsident Maduro. Noch sei keine Entscheidung gefallen. Sollte der MUD drei Abgeordnete einbüßen, wäre er die Zweidrittelmehrheit los, die für ein Amtsenthebungsverfahren gegen Maduro nötig ist. *LH*

Irak

IS-Bastion gefallen

Zuletzt war es ein Prestigeunternehmen der irakischen Armee. Die Rückeroberung von Ramadi, 90 Kilometer westlich von Bagdad, dauerte schon Wochen, obwohl sich nur noch gut 400 IS-Kombattanten im Amtssitz der Provinzregierung verschanzt hatten. Die zogen sich mit den letzten Dezembertagen in den Norden der Stadt zurück, so dass die Regierungstruppen bei ihrem Einmarsch auf keinen nennenswerten Widerstand mehr stießen. Der Islamische Staat hatte die Hauptstadt der Provinz Anbar im Frühsommer 2014 erobert, um so den Druck auf Bagdad zu erhöhen. Nach Tikrit, Baidschi und Sindschar geht den Dschihadisten eine weitere Bastion im irakischen Kernland verloren. *LH*

Umfrage

Gefühlter Rechtsruck

Jeder zweite Bundesbürger sieht einen Rechtsruck in der deutschen Bevölkerung. Das Marktforschungsinstitut Yougov hat mehr als 2.000 Deutsche befragt, in welche Richtung sich die politischen Einstellungen der Gesellschaft in den vergangenen fünf Jahren verändert hätten. 49 Prozent sahen eine Entwicklung nach rechts, nur 10 Prozent eine nach links, 26 Prozent waren der Meinung, dass es gleich geblieben sei. Im Ausland wird der deutsche Rechtsruck ebenfalls wahrgenommen, wenn auch nicht so stark. In Frankreich waren 31 Prozent, in Großbritannien 17 Prozent der Ansicht, es gebe eine Tendenz nach rechts. Die Befragten nehmen aber auch in ihren Ländern einen Rechtsruck wahr. *FW*

Georgien

Präventivaktion

Ein Wechsel im Amt des Premiers soll einem Machtwechsel vorbeugen. So lässt sich der Rücktritt von Ministerpräsident Gharibaschwili deuten. Georgiens Regierung führt nun der bisherige Außenminister Georgi Kwirikaschwili. Wie sein Vorgänger vertritt er die Parteienallianz Georgischer Traum, die vor den für Ende 2016 anberaumten Wahlen merklich unter Druck steht. Die oppositionelle Nationalbewegung rügt ökonomisches Versagen. 2015 wuchs die Wirtschaft nur um 2,8 statt der erwarteten 5 Prozent. Auch verharrt die Arbeitslosigkeit bei offiziell 15,6 Prozent, soll aber real viel höher liegen. Allein das Verhältnis zu Russland hat sich unter der alten Regierung entspannt. *LH*

FOTOS: GETTY IMAGES (2), IMAGO (2), DPA

1973 Kurzer Prozess

Zeitgeschichte Nach jahrelanger Verzögerung werden in Hamburg ein Pastor und ein Senatsdirektor angeklagt, in der NS-Zeit für die Tötung von Behinderten verantwortlich gewesen zu sein

Darius Ossami

Die Anklageschrift von Oberstaatsanwalt Dietrich Kuhlbrodt ist mit 870 Seiten dick wie ein Telefonbuch und wirft dem damaligen Senatsdirektor Kurt Struve vor, den Tod von 652 Menschen mit verschuldet zu haben. Dem zweiten Angeklagten, Pastor Friedrich Lensch – als überzeugter Nazi während der NS-Zeit Leiter der Evangelischen Alsterdorfer Anstalten –, wird zur Last gelegt, dass er 1938 alle jüdischen Insassen entfernen ließ, um einen „Musterbetrieb des Nationalsozialismus“ zu errichten. Überdies habe Lensch ab 1940 den Abtransport behinderter Menschen in Tötungsanstalten betrieben.

Als junger, unbequemer Staatsanwalt war Kuhlbrodt 1965 zur Fortbildung in die Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg „abgeordnet“ worden. Schnell stellte er fest, dass die Behörde alles andere als effektiv arbeitete. Der heute 83-Jährige erinnert sich: „Als ich hinkam, hatten die gerade zehn Leute, um alle Naziverbrechen aufzuarbeiten. Unproduktiver ging es nicht. Ohnehin war das politische Klima Ermittlungen wenig förderlich. Man hatte den Eindruck, diese Stelle wurde nur zur Augenwischerei eingerichtet.“ Während sich zu jener Zeit der Ludwigsburger Oberbürgermeister freute, die Einsatzpläne seiner SS-Einheit in den Korridoren hängen zu sehen, zogen alte SS-Kameraden an der Zentralstelle vorbei und drohten den Juristen: „Wir kriegen euch noch!“

Als Kuhlbrodt 1968 wieder in Hamburg ist, löst eine Anzeige die wohl wichtigsten Ermittlungen seiner 30-jährigen Dienstzeit aus. Sie kommt von Albert Huth, 1940 als Jugendlicher mit der Diagnose „totaler Schwachsinn“ in die Alsterdorfer Anstalten eingeliefert und 1943 zwangssterilisiert. Penibel hat der Kläger jede Misshandlung und jedes Verbrechen notiert. Nach dem Krieg versuchte Huth mehrfach, seine Peiniger vor Gericht zu bringen. Doch glaubten ihm weder die Besatzungsmacht noch die Hamburger Behörden. Niemand wollte etwas von der Verstrickung städtischer Gesundheitsämter und Kliniken in die NS-Massenmorde an Behinderten wissen. Zwar musste Pastor Lensch seinen Posten zunächst räumen, doch fand er sich von wohlmeinenden Kirchenoberen an die Christuskirche in Hamburg-Othmarschen versetzt. „Der trat da als allseits geachteter Pastor auf“, erzählt Kuhlbrodt. „Niemand wollte hören, was der und andere in der Nazizeit getan hatten.“

Als sich Albert Huth im Jahr 1967 erneut an die Hamburger Staatsanwaltschaft wendet, bekommt diesmal Dietrich Kuhlbrodt dessen Notizen zu sehen und ermittelt. Er befragt Ärzte, Schwestern und Verwaltungsbeamte. Er reist in die einstigen Tötungsanstalten und macht sich als Erster die Mühe, die Schicksale der Ermordeten im Detail aufzuarbeiten. Sein Weg führt auch in die Alsterdorfer Anstalten. „Der geschäftsführende Beamte erklärte mir, es gäbe keine Akten mehr. Die seien alle im Krieg verbrannt. Ich brauchte nur in den nächstbesten Schrank zu sehen, und da lagen die Karteikarten bis 45, denen zu entnehmen war, wann jemand abtransportiert wurde und wie dieser Pastor Lensch dem Personal klarmachte, dass es jetzt wertvoller sei, die Anstalt für kriegswichtige Zwecke zu nutzen, also leer zu kriegen.“

Gemäß der NS-Ideologie wurden im Dritten Reich Kinder, Erwachsene und Alte mit körperlichen oder geistigen Gebrechen auf ihren Lebens- und Arbeitswert hin überprüft. Die Gesundheitsverwaltungen waren angewiesen, sämtliche Insassen psychiatrischer Kliniken sowie Neugeborene auf Missbildungen und Geisteskrankheiten zu untersuchen. Im Hintergrund stand die Frage, ob Patienten „zur Vornahme der Euthanasie“ in Betracht kämen, was im Klartext hieß, die „Lebensunwerten“ auszusondern und umzubringen („Aktion T4“). In Hamburg ging man noch weiter. Gesundheitssenator Ofterdinger und sein Stellvertreter Struve, seit 1933 NSDAP-Mitglied, erweiterten nicht nur eigenmächtig die Erfassungskriterien; sie selektierten selbst. Zudem kümmerte sich der korrekte Verwaltungsbeamte Struve intensiv um Kostenersparnis. 1941 vermerkte er auf einer Rechnung der Transportgesellschaft Gekrat, die Behinderte in Tötungsanstalten transportierte: „In Zukunft wollen wir Beförderungsangebote, auch wenn sie von der Kanzlei des Führers kommen, ablehnen. Wir machen es billiger.“

FOTO: ARCHIV DER EVANGELISCHEN STIFTUNG ALSTERDORF

Zahnuntersuchung in den Alsterdorfer Anstalten während der NS-Zeit

Ludwigsburgs Bürgermeister freute sich, Einsatzpläne seiner SS-Einheit im Flur hängen zu sehen

Nach dem Krieg trat Struve umgehend der SPD bei. Zwar wurde gegen ihn wie auch gegen andere Hamburger Nazitäter schon 1945 wegen der Beteiligung an Kindermorden in der Hamburger „Kinderfachabteilung“ Rothenburgsort ermittelt, doch waren spätestens 1949 die meisten Verfahren wieder eingestellt. Man kümmerte sich lieber um Wiederaufbau und Wirtschaftswunder statt um die jüngste Vergangenheit. Ab 1950 durfte sich Struve wieder Senatsrat nennen und später zum Senatsdirektor aufsteigen.

Mit anderen Worten, bei seinen Ermittlungen Ende der 60er Jahre kann Staatsanwalt Kuhlbrodt kaum auf Unterstützung zählen. „In Hamburg hielt jeder zu jedem. Wie in einer Kleinstadt gab es eine Beamten-Elite, inklusive kirchlicher Beamter.“ Kuhlbrodt kommt in Fahrt, wenn er davon berichtet, wie damals sein Vorgesetzter, Hamburgs Zweiter Bürgermeister Wilhelm Drexelius (SPD), in seinem Dienstzimmer auftauchte: „Er setzt sich zu mir, wir plaudern und dann fällt der Satz: ‚Ja, Herr Kuhlbrodt, Sie haben ja jetzt dieses Verfahren wegen der Euthanasie angestrengt; das ist ja auch ein tragisches Schicksal für unsere hohen Beamten hier in Hamburg, deren Fortkommen wir in unserer Behörde immer im Auge hatten. Herr Kuhlbrodt, wissen Sie, was, das soll doch so bleiben.‘ “

Als Struve und Lensch 1973 wegen Massenmordes angeklagt werden, zeigen sie keine Spur von Reue, sondern sehen sich als honorige Bürger, die völlig zu Unrecht an den Pranger gestellt werden. Die Öffentlichkeit steht auf ihrer Seite und deutet das Vorgehen der Hamburger Justiz als Nestbeschmutzung. Kuhlbrodt: „Seinerzeit gab es die Tageszeitung *Hamburger Echo*, die mit der Überschrift herauskam: ‚Euthanasie-Prozess hat begonnen: Ein furchtbares Schicksal – für einen verdienten Hamburger Beamten!‘“

Und es gibt eine erste Niederlage für den Staatsanwalt. Der Prozess gegen Pastor Lensch wird nicht eröffnet, da ihm kein Vorsatz bei seinen Handlungen nachgewiesen werden könne, befindet das Gericht (der Richter, der das Verfahren einstellt, ist von Pastor Lensch Jahre zuvor getraut worden). Dafür wird das Verfahren gegen Struve 1974 zur Hauptverhandlung zugelassen. Es kommt zum einzigen Prozess, der je in Hamburg wegen der dortigen Euthanasie-Morde geführt wird. Kuhlbrodt will nachweisen, dass Struve nicht nur daran mitgewirkt hat, sondern einer der Haupttäter war. Doch Struve – zu Beginn der Ermittlungen immerhin noch Senatsdirektor – lässt sich für verteidigungsunfähig erklären und behauptet, die Anklageschrift sei zu lang; er könne sie nicht konzentriert durchlesen und sich infolgedessen nicht verteidigen. Das Gericht bestellt daraufhin einen Gutachter, der die mutmaßliche Verteidigungsunfähigkeit bestätigt. Darüber ärgert sich Kuhlbrodt bis heute. „Jahre später habe ich erfahren, dass dieser Gutachter ein Freund Struves war, der ihn während der Nazizeit behandelte und nachbarschaftlich mit ihm verkehrte.“ Am 17. Oktober 1974 wird Struve für verhandlungsunfähig erklärt und das Verfahren eingestellt.

„Die Normalität ist das Unnormale am Hamburg der Nazizeit“, schrieb Kuhlbrodt 1999 zur Einweihung einer Gedenktafel am einstigen Hamburger Kinderhospital Rothenburgsort. Tatsächlich handelte es sich bei den Tätern um normale Beamte und Behördenangestellte, die meinten, ihre Pflicht zu tun. Selbst wenn in Hamburg sämtliche Euthanasie-Verfahren ohne Urteil blieben, war nicht alles umsonst. Es wurde viel Material in der Gewissheit gesichert, dass die Täter keine Monster waren, sondern allseits geachtete Mitglieder aus der Mitte der Gesellschaft.

Darius Ossami ist studierter Anglist und arbeitet als Journalist für Audio und Print

Kultur

Architektur Die schönsten Bausünden Rumäniens **S.14/15**
Literatur Rassistisches Denken wurzelt in der Aufklärung **S.16**
Zäsur 1966 – das Jahr, in dem die Pop-Musik explodierte **S.17**

Der mit der Bärenmutter kämpft: Leo DiCaprio im Epos „The Revenant“ **S.19**

der Freitag | Nr. 1 | 7. Januar 2016

Baking kleines Bread

TV-Serie „Morgen hör ich auf“ mit Bastian Pastewka setzt auf eine möglichst lange Mindesthaltbarkeit

FOTOS [M]: MATHIAS BOTHOR/ZDF; ERIC ISSELÉE/FOTOLIA (OBEN)

Großalarm in Bad Nauheim: Mutti (Susanne Wolff) braucht eine neue Frisur. Jochen Lehmann (Bastian Pastewka) hilft sein Tennisfreund nicht weiter

■ **Sarah Khan**

Vor 30 Jahren produzierte das ZDF eine recht spaßige, auf deutsche Verhältnisse runtergebrochene Variante der US-amerikanischen Ölbaron-Serie *Dallas*: *Das Erbe der Guldenburgs* hieß die Chose, die im spätkapitalistischen Adelsmilieu zwischen Privatbrauerei und Privatbank, zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein angesiedelt war und aufgrund der großen Nachfrage drei prächtige Staffeln voll mit Cabriolets, Schlossmotiven und Föhnfrisuren bekam. Es darf denn auch niemanden verwundern, wenn sich das ZDF für das Bastian-Pastewka-Vehikel *Morgen hör ich auf* von der epochalen Serie *Breaking Bad* inspirieren lassen wollte, um die Geschichte vom Mittelstandsmann in einer mittleren Kleinstadt mit Geldmittelproblemen auf eigene Art zu erzählen.

Allein, die Zeiten sind vorbei, in denen heimische Zuschauer ihren heimischen Fernsehsendern alles aus der Hand fraßen. Dank eines globalisierten und auf vielen Distributionswegen agierenden Seriemarkts geraten deutsche TV-Produktionen unter Druck, qualitativ mitzuhalten – aus der Sicht des Publikums ist das so. Wie aber stellt sich das ZDF diesem Druck? Statt den Vergleich mit dem Über-Vorbild auszuhalten, wurde hektisch die Kommunikation korrigiert, mithilfe zweier Agenturen namens Orgeldinger Mediagroup (aus Esslingen) und Agentur 67 (aus Köln), die auf Krisenkommunikation und PR spezialisiert sind. Die ZDF-interne Parole „Wir machen ein deutsches *Breaking Bad*“, die der Programmdirektor Norbert Himmler in einem Interview selbstbewusst ausgegeben hatte, wurde massiv zurückgenommen, nicht nur von der verantwortlichen Redakteurin Elke Müller, sondern auch von Hauptdarsteller Pastewka. „Das Missverständnis bestand darin, dass alle glaubten, das ZDF würde *Breaking Bad* nachdrehen, mit mir als Walter White“, sagte er dem *Spiegel*, und dass er seine Mitwirkung in Frage gestellt habe, sollten die Ausführenden den Vergleich nicht fallen lassen.

Das Pressematerial des ZDF besteht aus zahmen Interviews und Statements, die die Berater Hermann Orgeldinger und Karoline van Baars unter Totalverzicht auf die Reizworte „Breaking“ sowie „Bad“ austüftelten. Ob er nicht Angst gehabt habe, von seiner Partnerin Susanne Wolff an die Wand gespielt zu werden, wird Pastewka gefragt. Das Wording seiner Antwort beinhaltet die Droppings „Ehrfurcht“, „Respekt“, „gestandene Schauspielerin“ und „optimal ergänzt“. Doch solche Nebelkerzen nützen wenig, wenn sowohl die Grundidee als auch die Handlung und das filmische Mittel der Vorlaufsequenz – kurze Flashs in die Zukunft, die ästhetisiert und gewaltvoll, dramatisch und dabei mysteriös sind und später in der Handlung sinnvoll aufgehen – permanent „Das ist wie bei *Breaking Bad*!“ schreien.

Kein Sonderkredit

Es soll also um den Familienvater und Druckereibesitzer Jochen Lehmann gehen, der aus finanzieller Verzweiflung nachts an seinen Maschinen falsche Fuffziger druckt. Die Gattin betrügt ihn tagsüber mit einem Dumm-fickt-gut-Typen, seine drei Kinder interessieren sich nicht für ihn, und die Bank gibt dem Phrasendrescher keinen Sonderkredit mehr, daran ändert auch die Tennisfreundschaft mit einem dieser Bankenheinis nichts.

Dass es diese kleinstädtische Welt mit den selbstherrlichen Filialleitern eigentlich nicht mehr gibt, seit Internetbanken und Kreditalgorithmen sie ersetzen, interessierte das dreiköpfige Autorenteam Martin Eigler, Sönke Lars Neuwöhner, Sven S. Poser leider nicht. Die Unverbundenheit mit unserer Gegenwart, mit den Widersprüchen und Schwierigkeiten unserer Zeit, ist ein Problem, das weit über diese einzelne Produktion hinaus im deutschen Fernsehen existiert. Man favorisiert eine künstliche Alltagswelt, voll individueller Sorgen und Nöte, aber ohne Genauigkeit, ohne die Historie des Ortes, der Geschichte oder der Menschen. Dieses Ausblenden von Gegenwart ist gewollt und geradezu ideologisch, weil man meint, dass die Produktionen dann weniger altern würden, länger frisch bleiben für die Verwertung. Doch letztlich werden sie nie satisfaktionsfähig, nie erwachsen.

Erinnern wir uns an die Zumutungen, die Walter White in der Exposition aufgehalst wurden: Der begnadete Chemiker und Vater eines körperbehinderten Jugendlichen arbeitet schlecht bezahlt als Lehrer und geht dazu in einer Autowäscherei nahe der mexikanischen Grenze einem miesen Nebenjob nach; als seine Frau erneut schwanger wird, erhält er die Diagnose Lungenkrebs. Das ist die Katastrophe, die das Umschlagen des Charakters motiviert. Daraufhin folgt die überwältigende Überraschung, dass White sich vom Trottel in ein getriebenes kriminelles Subjekt mit Talenten verwandelt, das die Zuschauer süchtig nach seinem neuen Lebenselixier macht: das kleinbürgerliche Arbeitsethos voll in der Kriminalität auszuleben.

Jochen Lehmann dagegen ist es nicht vergönnt, eine Energie zu entwickeln, die das brave Mittelstandsdilemma vergessen machen könnte. So lautet jedenfalls das Urteil auf Grundlage von zwei gesichteten Folgen und einem Handlungsexposé von insgesamt fünf Episoden. Dass der Drucker Lehmann blass bleibt, ist nicht Pastewkas Schuld, ihm gelingt der Wechsel vom Komödianten zum Charakterdarsteller, er kann sorgenvoll dreinschauen und schimpfen, ohne in alte Grimassen zu verfallen. Nur liefert ihm das Buch zu wenig Material für seine Figur. Die langatmige und redundante Exposition, die fast zwei gesamte Folgen in Anspruch nimmt, dreht sich um das Geld, das fehlt, beim Tanken, beim Taschengeld oder für die Klassenreise des Kinds. Diese Problemlage ist nicht wirklich

Das ZDF will uns nicht verraten, wie man Geld druckt

am Rande der äußersten Verzweiflung angesiedelt, aber es scheint für einen existenziellen Großalarm in Bad Nauheim zu reichen, einem Ort im Frankfurter Speckgürtel, in dem nichts Aufregendes mehr geschah, seit Elvis Presley sich 1959 in die 14-jährige Priscilla verliebte.

Familie Lehmann aber lebt nach wie vor in einem schönen Eigenheim mit auffälliger Flamingo-Tapete, nur der Umgangston untereinander ist betont gleichgültig bis schwer vorwurfsvoll. Wie konnte das kommen? Das wird nicht ausgeführt. Hier hätte es sich gelohnt, nachzuhaken. Vom vorwurfsvollen Dialogton kommt die Serie auch nur schwer runter. Der erste interessante Charakter ist ein Österreicher namens Damir (Georg Friedrich), dessen Dialekt auffällig eingesetzt wird, vielleicht um älteren ZDF-Zuschauern, die noch an den Schimpansen Charly oder das *Forsthaus Falkenau* gewöhnt sind, Hinweise auf einen möglichen Fortgang der Handlung zu geben: „Achtung, aufpassen, das könnte ein Krimineller sein, so wie der sich von allen anderen unterscheidet mit seinen Tätowierungen und seinem komischen Schmäh.“

Hauptsache Milieukontakte

Pastewkas Lehmann tauscht seine Blüten nämlich ausgerechnet im Frankfurter Bahnhofsviertel, in der Kaiserstraße rund um das legendäre „Dr. Müller's Sex-World“. Die Gegend ist mittlerweile mehr von Gentrifizierung und Schickimicki-Restaurants bedroht als von der österreichisch-serbokroatischen Mafia. Aber egal, Hauptsache, die Drehbuchautoren finden Gelegenheit, dem armen Lehmännchen zu Milieukontakten zu verhelfen, was weitere Blütendrucke, Zwangshandlungen und dann auch Todesfälle nach sich zieht. Eine halbe Million in drei Tagen zu drucken, und dann so schön, das kann nur ein wahrer Künstler, schwärmt Damir. Lehmanns Talent aber kann kaum in visuelle Reize überführt werden, seine Expertise bleibt eine Behauptung – was im PR-Gesülze schöngeredet wird. So sagt Pastewka im Gespräch mit der PR-Beraterin van Baars: „Wir haben sehr genau darauf geachtet, den Druckprozess nicht zu voyeuristisch erscheinen zu lassen und ‚den falschen Fuffzigern' nicht zu viel von ihrem Geheimnis wegzunehmen.“

Wenn aber die zugrunde liegende Idee uns davon erzählen will, dass einer neoliberal prekarisierten Mittelstandsfamilie durch Kriminalität der Ausbruch in die emotionale Wiedervereinigung gelingt, dann sollten die Zuschauer doch wenigstens gefühlt daran teilhaben, wie man so ein Ding wirklich dreht. Walter White machte uns in seinen Campingwagen, Küchen und Laboren zu seinen Cooking-Assistenten. Jochen Lehmann aber schaltet nachts nur den Maschinenknopf um und zieht die Scheine aus der Presse. Doch Gelddrucken – und das wissen wir Zuschauer einfach besser – ist nicht ganz so einfach, wie das gebührenfinanzierte ZDF sich das vorstellt.

Morgen hör ich auf *Miniserie in fünf Folgen*
Jeweils samstags, 21.45 Uhr, im ZDF

Kulturkommentar
Michael Angele

Wie gefährlich ist Adolf Hitlers Buch „Mein Kampf“?

Wir stehen am Ende einer Welt, die zutiefst vom Buch geprägt ist. „Gutenberg-Galaxis“ hat der Medienphilosoph Marshall McLuhan diese Welt einmal genannt. In ihr ist ein Buch nicht einfach ein Träger von Schriftzeichen, sondern mehr, nicht selten ein Fetisch. Und umgekehrt ein gefährlicher Gegenstand, den man konkret oder auch nur in Gedanken besser nicht „berührt“. Adolf Hitlers Buch *Mein Kampf* wurde nach dem Ende der Nazidiktatur mit einem solchen Tabu belegt. Im Land der Täter war zwar nicht der Besitz, aber der Nachdruck verboten, was mit dem Urheberrecht begründet und aus nachvollziehbaren Gründen von den Opfern begrüßt wurde.

Dieses Recht endete nun gut 70 Jahre nach dem Tod des Autors Adolf Hitler. Gleichwohl soll auch künftig ein Nachdruck verboten werden, begründet wird das Verbot jetzt aber mit der Verbreitung verfassungsfeindlicher Propaganda und Volksverhetzung. Und so kommt diese Woche erst einmal eine kommentierte Ausgabe des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ) in den Handel. Wir werden berichten.

Es gibt allerdings längst eine „subversive“ Erzählung zu diesem Verbot, sie lautet: Wer will, kann *Mein Kampf* im Internet auf Deutsch lesen. Aber wer wollte das bisher überhaupt? Etwas grob gesagt: Wissenschaftler und Neonazis. Während die Wissenschaft ihrem Geschäft nachging, ist von einer Wirkung des Buchs auf die rechtsextreme Szene nichts bekannt. Wie auch? Es ist so wenig eine Bombe wie irgendeines, sondern besonders öde, wenngleich es diese Art von Büchern, halb Autobiografie, halb Weltanschauungstraktat, tausendfach gab. Es hat einzig durch die schreckliche Karriere seines Autors eine Bedeutung erlangt. Aber diese Karriere wäre ohne das Buch nicht anders verlaufen.

Bis heute ist noch nicht einmal ganz klar, warum Hitler es während seiner Haft 1924 überhaupt geschrieben hat, nicht der geringste Grund war wohl: Geldnot. Hitler selbst sah sich jedenfalls als Redner, nicht als Schriftsteller, einer, der dem geschriebenen Wort im Unterschied zum gesprochenen nur eine geringe Wirkung auf die Massen zutraute; darin kannte er sich aus, bis heute sind die einzig interessanten Stellen in seinem Buch jene, die von der Propaganda handeln. Dennoch wirkt *Mein Kampf* im kollektiven Bewusstsein als gefährliches Buch weiter. Bedroht wird ein solcher Nimbus durch die Parodie.

Das gefährlichste Buch am Beginn der Gutenberg-Galaxis ist darum nur scheinbar paradoxerweise ein Buch, das einen das Lachen lehren soll: der zweite Teil von Aristoteles' *Poetik*, der von der Komödie handeln soll. Wer es lesen will, bezahlt mit dem Tod. Jedenfalls im *Namen der Rose* ist das so. Umberto Ecos historischen Krimi hat man im Unterschied zu *Mein Kampf* verschlungen, das zwar in der Nazizeit nicht ungelesen blieb, aber millionenfach nur angelesen wurde.

Daran wird sich nichts ändern. Aber man kann auf ein spannendes Buch verweisen, das die Lektüre des öden ersetzt: *„Mein Kampf“. Die Karriere eines deutschen Buches* von Sven Kellerhoff, letztes Jahr zu früh erschienen. Es hat seine massenhafte Lektüre verdient. Nicht nur erspart es durch eine genaue Nacherzählung des Inhalts den Direktkontakt mit dem Original. Es erzählt auch seine Schicksale. Unter anderem war schon um 1930 herum eine Parodie geplant. Der Titel verstand sich von selbst: *Mein Krampf*. Dieses Buch von Hans Reimann ist nie erschienen.

FOTO: PETRUT CALINESCU

Das Haus steht für den Bruch mit der bäurischen Existenz (Fotografie aus der Berliner Schau „Schöne neue Welt“)

Betonstolz

Architektur In Rumänien gilt Geld als nutzlos, wenn man es nicht sieht. Wer es sich sauer im Westen verdient hat, klotzt zu Hause beim Bau des Eigenheims. Ein Reisebericht

■ **Jochen Schmidt**

Wer verreist, um von Dingen überrascht zu werden, die er zu Hause so nicht sehen würde, ist in Rumänien richtig. Dabei muss es sich nicht um klassische Reiseziele handeln, wie die Holzkirchen in der Maramureş, die Wehrkirchen in Siebenbürgen oder die Klöster mit Außenfresken in der Bukowina. Keinen geringeren Schauwert haben die sogenannten Zigeunerpaläste, faszinierend durchgeknallte Fantasiegebäude, die sich in ihrer Opulenz überbieten, mit fünf Silberdächern übereinander, von einem Mercedesstern gekrönt oder der Blechsilhouette einer amerikanischen Limousine. Daneben gibt es aber auch kaum zu übersehende und für uns schwer einzuordnende postmoderne Hybridbauten. Es sind die Häuser, die sich Arbeitsmigranten der 90er für das im Westen sauer verdiente Geld zu Hause gebaut haben.

Die alten Holzhäuser der Eltern und Großeltern werden emotionslos verkauft, an westliche Designermöbelhersteller zum Beispiel, oder sie verschwinden hinter den Fassaden der neuen *pride houses*. Eine Hochburg dieses Stils ist die nordwestliche Region Ţara Oaşului, die als besonders arm gilt. In Rumänien verschwanden nach der Wende 80 Prozent der Industrie, die landwirtschaftlichen Kooperativen wurden privatisiert und der Boden fragmentiert, große Teile werden heute gar nicht mehr bestellt. Immer weniger Arbeitnehmer arbeiten immer mehr Stunden pro Woche.

Horror-Vacui-Stuckfassaden

Die Millionen Menschen, die in den Westen aufgebrochen sind, würde man nur ungenau als Migranten bezeichnen, denn während die Kinder bei den Großeltern aufwachsen, sind die Eltern weder dort noch hier, sie sind mobil, sie pendeln zwischen den westeuropäischen Zentren, wo die Männer auf dem Bau und die Frauen als Haushälterin tätig sind, und ihren Heimatdörfern, wo ihre Häuser entstehen, im radikalst denkbaren Bruch mit der traditionellen Bauweise. Migration war in Rumänien ansteckend, neue Schichtunterschiede zwischen Migranten und Nichtmigranten entstanden, man musste sich beeilen, ebenfalls in den Westen zu kommen.

Von den 11.000 Einwohnern des kleinen Städtchens Marginea zum Beispiel leben 2.000 in Turin. Im Sommer kommen sie nach Hause und heiraten. In Turin wurde inzwischen eine Holzkirche im traditionellen Maramureş-Stil gebaut. Ganze Dörfer leben in Wäldern um Paris in Barackensiedlungen, um mit eiserner Disziplin jeden Cent zu sparen. Im Sommer kommt man in teuren Autos zurück, um Hochzeiten zu arrangieren und an den Häusern zu bauen, die für den Erfolg stehen und für den Bruch mit der bäurischen Existenz, die darin bestand, sein Vieh zu versorgen.

Diese Form von Geltungskonsum, die uns protzig vorkommt, wie eine Variante von *nouveau riche*, ist für Entwicklungsgesellschaften typisch. Die Häuser der Migranten haben möglichst viele Stockwerke, manchmal sogar einen Lift, eine Küche zum Vorzeigen und eine zum Kochen, automatische Toreinfahrten statt der traditionellen geschnitzten Holztore, bis zu ein Dutzend Schlafzimmer, große Balkons (zwar manchmal ohne Zugang, dafür aber mit einem Gips-Caesar oder einem römischen Soldaten geschmückt), Horror-Vacui-Stuckfassaden wie von HR Giger – sie stehen nah an der Straße, wo man sie sehen kann, sie sollen größer als die Kirche sein, und ihre Fassaden sind eine Freejazzvariante der Baumarkt-Postmoderne. Aber sie werden meist gar nicht bewohnt, man lebt in einem kleineren Gebäude abseits.

Unser eigener Wohlstand und der damit verbundene Kitsch treten uns hier als Fratze entgegen, denn Elemente, die im Westen oder in US-amerikanischen Serien gesehen wurden, werden frei nach dem eigenen Geschmack arrangiert, wobei man sich an keine Normen hält und vor allem die Nachbarn überbieten will. Säulenkapitelle ohne Säulen, Chrombalkons, abenteuerliche Freitreppen, Glasfassaden, mancher baut sich sogar die Replik eines Gerichtsgebäudes mit bombastischen Säulen als Wohnhaus. Privatheit wird als neuer Wert erkannt, man möchte nicht mehr, dass die Schwiegermutter einem ins Fenster sieht.

Man will um jeden Preis „modern“ sein, alt ist hässlich, neu ist schön. Unsere Vorstellung von Schönheit, die mit Patina verbunden ist, mit Gebrauchsspuren, ist dort völlig unbekannt. Geld ist nutzlos, wenn man es nicht sieht. Wer noch einen Dacia fährt, wird irgendwann nicht mehr gegrüßt. Wenn man bei einer Familie übernachtet, wo in der guten Stube auf dem Kaminsims seit Jahren zur Dekoration Ja-

FOTOS: JOCHEN SCHMIDT

cobs Krönung, Duschdas, eine Flasche Johnnie Walker und 4711 stehen, scheint das rührend. Aber wie lange ist es her, dass man selbst im Kinderzimmer westliche Verpackungen gesammelt hat und der ganze Stolz des Knaben eine Sammlung westlicher Getränkedosen war?

Im Museum Europäischer Kulturen in Berlin findet zurzeit eine Ausstellung mit Bildern von Petruț Călinescu und anderen statt, die die Blüten dieses Baubooms zeigen. Das schwerverdiente Geld in solche Gebäude zu investieren, die selten bewohnt werden (sie haben oft keine Innentoilette, sondern ein Plumpsklo im Garten, weil die Toilette als unrein empfunden wird; Großeltern, die ihre Enkel in der Stadt besuchen, reisen manchmal nach drei Tagen ab, wenn sie auf die Toilette gehen müssen, denn im Haus gehört sich das für sie nicht) und in denen wegen Baumängeln oft schon bald der Schwamm ist, wirkt auf uns irrational. Aber wir verkennen, dass die Besitzer genau wie wir in Kategorien von Schönheit denken und es als Glück empfinden, sich mit etwas vermeintlich Nutzlosem soziales Prestige zu verschaffen.

Folklore der Improvisation

Wer die Schönheiten traditioneller Volkskultur, Ornamentik, Weberei, Holzbauweise und Möbelherstellung im sensationellen Bukarester Bauernmuseum bewundert hat, dem wird bei diesen Erscheinungen das Herz bluten. Dabei stehen ja auch unsere Kirchen die meiste Zeit über leer. Bauliche Symbole der Macht, wie griechische Säulen, die in Rumänien zitiert werden, sind bei uns nicht weniger absurd, sie treten uns nur ins Monströse gesteigert und an vermeintlich unpassender Stelle entgegen. Die Häuser sind immerhin so hässlich, wie man es sich nicht selbst ausdenken könnte, was einen großen Schauwert hat. Es sind gut gemachte Bausünden (Turit Fröbe hat solche für Deutschland in *Die Kunst der Bausünde* gesammelt und beschrieben), anders als die gesichtslose Rendite-Architektur, mit der Ostdeutschland seit der Wende überzogen wurde.

Inmitten der postmodernen Bausünden strahlen in Rumänien übrigens die leider oft verrottenden Ostmoderne-Gebäude eine große Ruhe und Würde aus: das zentrale Hotelhochhaus beispielsweise, das jede Stadt besitzt, die Kulturhäuser, die Bushäuschen, die konstruktivistischen Ortseingangszeichen aus Beton.

In den vergangenen Jahren gab es einen Stilwechsel. Den Stolzhäusern folgt der ländliche Stil, „traditionelle“ Materialien (Holz und Stein, mit Blumen bepflanzte hölzerne Viehtränken) sind Simulakren einer ländlichen Lebensweise. Eine Batterie von hölzernen Hollywoodschaukeln steht für Freizeit als Statussymbol. In manchen Dörfern sieht man rechts und links der Straße eine Parade von grellbunten Mülleimern als Hinweis darauf, dass man mit Moderne die Abwesenheit von Müll im öffentlichen Raum verbindet.

Als Tourist leidet man darunter, dass die eigentliche Schönheit, die dieses Land auszeichnet, nicht gesehen und zerstört wird: mittelalterliche Städte, die unser romantisches Bedürfnis nach einem bei uns verschwundenen Stadtbild befriedigen, Dorflandschaften wie bei *Heidi*, mit Holzscheunen, Bänken vor jedem Haus, auf denen die Alten mit ihren schönen Gesichtern sitzen, Heuhaufen, Wassermühlen, alte Obstgärten, unregulierte Flüsse. Wir suchen dort etwas, das bei uns bereits vor Jahrzehnten vernichtet wurde, das traditionelle Dorf, das der industriellen Landwirtschaft, dem Auto und der Baumarktästhetik geopfert wurde. Aber das für uns Schöne hat dort für die Mehrheit keinen Wert.

Man muss lernen, andere Dinge als sehenswürdig zu empfinden, fantasievoll chaotische Handwerkerlösungen, die nicht lange halten können. Neue Waschbecken, an denen noch die Etiketten kleben, Rohre, die durch Kacheln geschlagen werden, eine Neonröhre als Blumenrankhilfe, CDs zum Hackfleisch-Portionieren im Supermarkt. Es gibt eine Folklore der halsbrecherischen Improvisation, was für den westlichen Gast etwas Befreiendes haben kann, das Unperfekte, Provisorische lässt die Seele atmen. Und an jeder öffentlichen Baustelle, an jeder Brücke oder Straße, die erneuert werden, sieht man das EU-Symbol. In einem Dorf in der Provinz fand ich eine Bar, die „Straße nach Europa“ hieß. Europa als Verheißung – wenn man das erlebt hat, denkt man anders über unseren angeblich so müden und bürokratischen Kontinent.

Für den Gast aus dem Westen hat das Unperfekte auch etwas Befreiendes. Es lässt die Seele atmen

Schöne neue Welt. Traumhäuser rumänischer Migranten *Museum Europäischer Kulturen* Berlin, bis 26. April

---

Jochen Schmidt veröffentlichte 2013 bei Piper die *Gebrauchsanweisung für Rumänien*. Mehr Material unter *jochen-schmidt.blogspot.de*

FOTOS: JOCHEN SCHMIDT

17. Jahrhundert: Gebildeter Mensch vermittelt Ungebildeten die Segnungen der Zivilisation

ABB.: THREE LIONS/HULTON ARCHIVE/GETTY IMAGES

Eine Frage des Niveaus

Humanes Zwei Bücher fragen: Ist es rassistisch, Entwicklungsstufen zu unterscheiden? Überhaupt von Ethnien zu sprechen?

Sabine Kebir

Im Bewusstsein der Europäer verbinden sich Begriff und Praxis des Rassismus mit einer Wissenschaftstradition des 19. Jahrhunderts, die sich auf biologistische Argumente stützte. Sie wurde durch die Shoah und mit den Fortschritten der Anthropologie und Genetik zunehmend obsolet. Der amerikanische Philosoph Thomas McCarthy untersucht nun eine ältere Wissenschaftstradition, die in den USA die Grundlage für rassistisches Denken darstellt. Wie der biologische Rassismus entstand dieses Denken in Europa, geht auf die Aufklärung des 18. Jahrhunderts zurück und ist bis heute politisch wirksam – weltweit. Dieser „andere“ Rassismus argumentiert kulturell und basiert auf dem Paradigma von Entwicklung und Unterentwicklung.

ANZEIGE

Seit der Aufklärung gingen die Philosophen meist vom gemeinsamen Ursprung aller Menschen aus, sei es, dass Gott sie gleich geschaffen hat, sei es, dass man eine gemeinsame Abstammung vom Affen annahm wie Georges-Louis Leclerc, der Comte de Buffon, schon 100 Jahre vor Darwin. Unterschiedliche Lebensbedingungen hätten dann zu unterschiedlichen Entwicklungsniveaus geführt. Den vermeintlich kulturell höher entwickelten Menschen sprach man das Recht oder sogar die Pflicht zu, die weniger entwickelten Völker allmählich auf ihr eigenes zivilisatorisches Niveau zu heben. Das Niveau wurde vor allem durch die Staatsform definiert.

Moralischer Widerspruch

Uneins war man sich, wie die kulturelle Einheitlichkeit zu erreichen sei, es bildeten sich verschiedene Denkschulen. Für den christlichen Universalismus führt McCarthy Immanuel Kant an. Kant ging es um das Erziehen zu Vernunft, Demokratie und Rechtsstaat. Angesichts der von Gott angelegten Gleichheit der Menschen enthielt die Etappe der Bevormundung einen für Kant unauflösbaren moralischen Widerspruch zwischen Weg und Ziel; dem kulturell Überlegenen wuchs ein hohes Maß an Verantwortung zu.

Die andere Linie, die auf solche Skrupel verzichtete, unterschied zwischen Menschen im Naturzustand und Menschen, die sich in einer „politischen Gesellschaft“ zu organisieren wussten. Damit rechtfertigte etwa John Locke die Sklaverei von Afroamerikanern und deklarierte Indianerland als „leeres Land“, das von seinen Bewohnern bedenkenlos zu „befreien“ war. John Stuart Mill verkündete wiederum, dass das Prinzip der Freiheit nur auf den Menschen anwendbar sei, „der im Vollgenuß seiner Fähigkeiten“ sei. Für die „Behandlung eines rohen Urvolks“, sagte Mill, sei die „Gewaltherrschaft die rechte Regierungsweise, sofern sie seine Vervollkommnung zum Zwecke hat, und die Mittel durch Erreichung dieses Zweckes thatsächlich gerechtfertigt werden“. Die Sozialdarwinisten schließlich verbanden die Evolutionstheorie mit ultraliberalen ökonomischen Theorien, wonach auch im gesellschaftlichen Leben das Prinzip des „survival of the fittest“ gelten sollte, das Nichteuropäer von vornherein ausschloss.

Allerdings blieb auch die Kant’sche Linie als gesellschaftliches Ferment in der US-amerikanischen Gesellschaft wirksam und führte schließlich zum Bürgerkrieg. Der Sieg des Nordens beendete aber keineswegs die Ausbeutung und Unterdrückung von Afroamerikanern und indigenen Völkern.

Immer wieder befremdlich, hielt auch Karl Marx eine Phase der Kolonialisierung vorkapitalistischer Völker durch kapitalistische für unvermeidlich. Er war sich aber der moralischen Kosten bewusst. Im Gegensatz zu Mill beharrte er darauf, dass „schnödester Eigennutz die einzige Triebfeder Englands“ bei der Kolonisierung Indiens war. Die Frage sei jedoch, „ob die Menschheit ihre Bestimmung erfüllen kann ohne radikale Revolutionierung der sozialen Verhältnisse in Asien. Wenn nicht, so war England, welche Verbrechen es auch begangen haben mag, doch das unbewußte Werkzeug der Geschichte, indem es diese Revolution zuwege brachte.“ Kants skrupulöser christlicher Universalismus hatte sich zu einem Sozialismus gewandelt, der Ethnien durch ein „Weltproletariat“ ersetzte. Lange folgten ihm sozialdemokratische und kommunistische Parteien. Seit dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers ist diese Idee nicht mehr besonders virulent.

Anders als der Entwicklungsgedanke im Sendungsbewusstsein der USA, die weiterhin den Export von Demokratie und Rechtsstaat als ihre außenpolitische Mission deklarieren. Weil dahinter andere Interessen erkennbar sind (Rohstoffhunger, Kämpfe um Absatzmärkte oder die Suche nach billiger Arbeitskraft) und weil die USA ihre Ziele auch mit kriegerischer Gewalt durchsetzen, erklärten postkoloniale Theorien das Entwicklungsparadigma für grundlegend falsch und plädierten für die Gleichwertigkeit aller Kulturen und Zivilisationen. McCarthy sieht diesen Ansatz skeptisch: Die globalisierte Welt ist kulturell, ökonomisch und politisch schon zu weit vereinheitlicht, als dass sich Einzelne aus ihrem Gefüge noch zurückziehen könnten.

Er fordert jedoch eine Rückbesinnung auf Kants moralische Skrupel, setzt auf Gewaltverzicht und das Zugeständnis, dass sich jedes Land mit eigenen Kräften und im eigenen Rhythmus in Richtung Rechtsstaat und Demokratie bewegen dürfe. Für die Herstellung des inneren Friedens in den USA hält McCarthy die Herausbildung einer bislang kaum vorhandenen öffentlichen Erinnerungskultur für die Opfer des Rassismus der vergangenen Jahrhunderte für erforderlich. Als Vorbild gilt ihm die Erinnerungspolitik der Bundesrepublik.

Die Völker sollen also alle gleichgestellt werden, aber ergibt es überhaupt Sinn, von Volk zu sprechen, auch dann wenn man stattdessen lieber Ethnie sagt? Der Österreichische Essayist, Autor, Kabarettist und Romancier Richard Schuberth veröffentlichte jetzt seine brisante, vor 20 Jahren verfasste Diplomarbeit, die sich die Kritik des in den Postcolonial Studies vorherrschenden Begriffs der Ethnizität zur Aufgabe gemacht hatte. Seine These: Der Begriff

Hohn gießt Schuberth über eine Ethnologie des Besinnens auf „Wurzeln“

wurde umso wichtiger, je blasser der Begriff des Proletariats wurde, je weniger Menschen sich mit dieser Klasse identifizieren konnten. Weltweit fand eine Reethnisierung statt, die oft auch religiöse Formen annahm. Schuberth meint nun, dass es sich nicht um kulturelle Verschiebungen handelte, sondern um soziale Neuordnungen in den jeweiligen Gesellschaften, in denen der Sozialstaat zurückgedrängt wird und mehr und mehr ethnische Kriterien über Teilhabe entscheiden – wie es zum Beispiel in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens, in den baltischen Ländern oder bei der Diskriminierung von Sinti und Roma weithin zu beobachten ist.

Motor der Reethnisierung wäre also ein Kampf um Ressourcen. Deren Verteilung werde nicht nur vom Staat verfügt, sondern auch von bestimmten Gönnern innerhalb der eigenen Gruppe, wodurch sie auch zu einer Art Wärmestube gegen die kalten Stürme der Globalisierung diene. Hier kann man an die Almosenverteilung an Muslime denken, die sich verpflichten, öffentlich traditionelle islamische Lebensregeln zu demonstrieren. Wo das Bekenntnis zu einer bestimmten Kultur Vorteile verspricht, kapituliert der Gleichheitsgrundsatz, und das Prinzip des „Teilens und Herrschens“ gewinnt an Raum.

Soziale Defizite

Hohn gießt Schuberth über eine Ethnologie, die die Reethnisierung als Rückbesinnung auf echte historische Wurzeln sah, als das „Zu-sich-selbst-Kommen“ ehemals akkulturalisierter, entfremdeter Individuen. Sein Argument: Die von früheren Völkerkundlern beschriebenen „echten kulturellen Wurzeln“ sogenannter Naturvölker waren zu bedeutenden Teilen Konstrukte der Kolonialverwaltungen, die aus Herrschaftsinteresse Stämme und Stammesgebiete selbst definiert hätten. So wurden die in den vorkolonialen Gesellschaften vielfältigen Austauschbeziehungen zwischen den Stämmen unterbunden.

Dass die Instrumentalisierung kultureller Differenz nicht nur den alten Rassismus prägte, sondern auch die Ambiguität der modernen multikulturellen Bewegungen, ist Schuberths beunruhigendste These. Eine solche Instrumentalisierung erfolge nicht nur durch harmlose Selbstzuschreibungen von Individuen und Gruppen, sondern würde durch Bevorzugungen und Benachteiligungen von den jeweiligen politischen Hegemonialkräften nach wie vor benutzt, um soziale Defizite zu verdecken und Konflikte in ethnische Konflikte umzuwandeln. Erbärmliche Zweige der Sozialwissenschaften seien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dabei behilflich gewesen, die Reethnisierung den Reethnisierten schmackhaft zu machen.

Dabei sprechen sich weder Schuberth noch McCarthy pauschal gegen die multikulturellen Bewegungen aus. Ethnische und religiöse Zuordnungen werden dann erst problematisch, wenn sie als Vorwand für die Zuordnung ungleicher bürgerlicher und sozialer Rechte dienen.

Rassismus, Imperialismus und die Idee menschlicher Entwicklung *Thomas McCarthy* Suhrkamp 2015, 402 S., 28 €

Bevor die Völker wussten, dass sie welche sind. Ethnizität, Nation, Kultur. Eine (antiessenzialistische) Einführung *Richard Schuberth* Promedia 2015, 224 S., 19,90 €

Tausend Tänze

Kanon Der große Jon Savage nimmt sich des explosivsten Jahrgangs in der Geschichte des Pop an: 1966

■ **Bob Stanley**

FOTO: GAB ARCHIVE/REDFERNS/GETTY IMAGES

Bewusste Kreuzungen, zufällige Kollisionen: Paul McCartney, Dusty Springfield, Tom Jones und Ringo Starr

Pop-Musik beeinflusst uns nie wieder so stark wie als Teenager. So kommt es, dass sich viele später nach Hits zurücksehnen, die objektiv betrachtet einem schlechten Pop-Jahrgang entstammen – 1960, 1975 oder 1997 –, nur weil sie damit eindrückliche Erinnerungen verbinden. 1966 aber ist anders. Kaum jemand würde bestreiten, dass es sich um eines der wichtigsten Jahre des Pop handelt, unabhängig davon, ob man es selbst erlebt hat oder nicht. Es war der Wendepunkt des Jahrzehnts, 1966 brachte die größten Umwälzungen und Innovationen hervor.

Der Wandel hatte bereits seit 1963 an Fahrt aufgenommen – jenem Jahr, in dem nicht nur die Beatles, sondern auch Tamla Motown und die Beach Boys ihren Durchbruch erlebten. Die Haare der Pilzköpfe wurden länger, Liebeslieder aus den Plattensammlungen aussortiert, durch bewusste Kreuzungen und zufällige Kollisionen entstand fast im Wochentakt etwas Neues. Die Popkultur (insbesondere Kunst, Film und Musik) entwickelte sich nun so rasant, dass der große Knall unausweichlich schien.

Der Pop-Theoretiker Jon Savage war 1966 13 Jahre alt, also dürfte er sich lebhaft an diese Zeit erinnern. Mit seinem Standardwerk *England's Dreaming* (1991), der bis heute besten Geschichte des Punk, widmete sich Savage schon einmal einer ähnlich dynamischen Zeit. Mit seinem vorigen Wälzer *Teenage* (2007), in dem Savage die Wurzeln der Teddy Boys, Skins, Goths und Mods bis ins New York und London des ausgehenden 19. Jahrhunderts nachverfolgte, hat *1966* die Art und Weise gemein, wie er die Geschichte umkrempelt. Während *Teenage* chronologisch aufgebaut ist, irritiert Savage uns bei *1966* aber gleich zu Beginn. Anstatt mit einem Hit aus dem Januar einzusteigen – meinetwegen *Day Tripper* von den Beatles oder *Keep on Running* von der Spencer Davis Group –, beschäftigt er sich über mehrere Seiten hinweg mit einer obskuren Band aus Birmingham namens The Ugly's und ihrem nervigen Anti-Atom-Song *The Quiet Explosion*.

Männer tanzen mit Männern

Mit dieser sehr speziellen Songauswahl untermauert Savage seine nicht minder eigenwillige These, 1966 habe es kaum noch Gewissheiten gegeben, die Schatten von Vietnam und die Bedrohung eines Atomkriegs hätten „einen Morast aus Angst, Verwirrung, Resignation, Hoffnungslosigkeit und Wut" erzeugt. Das habe Konservative ebenso betroffen wie Revolutionäre. Savage greift Karel Reisz' Film *Protest* heraus, der für ein Publikum vermarktet wurde, das die Jugend, die Mode und den neuen Wohlstand des Swinging London feiern wollte. Der Film verfolgt, wie der proletarische Künstler Morgan (David Warner) langsam an seiner Ehe mit einer Frau aus der oberen Mittelschicht (Vanessa Redgrave) zerbricht, weil sich die neu entdeckte Klassenlosigkeit mit seiner marxistischen Erziehung nicht verträgt.

Die schwindenden Gewissheiten und die neue Sprache des Pop öffneten Räume, in denen Frauen sowohl zu Produzentinnen als auch zu Konsumentinnen werden konnten. Savage verweist auf die Erfolgsgeschichte der Modemarke Biba und die ITV-Pop-Show *Ready Steady Go!*, er hebt aber auch den Mangel an prominenten Frauen in der Bürgerrechtsbewegung hervor. Wie befreit waren weibliche Popstars 1966 denn wirklich, als der Begriff Sexismus noch nicht einmal existierte und Frauen ohne die Zustimmung ihres Gatten kein Bankkonto eröffnen durften? Man darf auch nicht vergessen, dass das, was heute als die Mode der 60er bekannt ist, damals bei weitem nicht die Norm war und vielen als sonderbar galt. Dusty Springfield brach mehr als nur einmal unter dem Druck zusammen. Selbst in einem Café, sagte sie, habe die Öffentlichkeit jede Bewegung ihrer Gabel akribisch beäugt.

Amphetamine ließen Stars wie Springfield strapaziöse Touren überstehen, neue Drogen kamen auf. LSD war zu Beginn des Jahres zwar bereits alles andere als unbekannt, aber immer noch „so neu, dass es kaum Regeln gab". Es verschaffte Empfindungen „jenseits dessen, was die meisten Menschen zu begreifen imstande sind". Anfang 1966 war die Droge sogar noch legal. Im April veröffentlichte die US-amerikanische Band The Dovers eine Single über Acid. Ihr Song *The Third Eye* war eine kaum gefilterte Erfahrung, ein Fenster in eine andere Welt, eher beängstigend als erleuchtend. Wie sollten Teenagermagazine wie *Fabulous* und *Rave* auf Songs reagieren, die von Acid und den Erfahrungen damit erzählten? Die meisten, wenn nicht sogar alle Autoren dieser Hefte hatten es nie selbst ausprobiert. Aufgrund des großen Interesses an der neuen Substanz filmte die BBC im Juli für ihre Nachrichtensendung *24 Hours* auf einer LSD-Party. Die Zeitung *The People* bekam das Material in die Finger, bevor die Doku ausgestrahlt wurde, und berichtete über den skandalösen Umstand, dass unter Einfluss von Acid „Männer mit Männern tanzten".

Während die LSD-geschwängerte, prophetische Meditation *Tomorrow Never Knows* von den Beatles kaum zu deuten war, spiegelten einige der erfolgreichsten Platten des Jahres die Geschwindigkeit des Wandels durch ihr Tempo. Für den Soul lässt sich Wilson Picketts halsbrecherisches *Land of 1.000 Dances* anführen, für den L.-A.-Hardrock *Seven and Seven Is* von Love, ein 90-sekündiges Schlagzeug-Inferno, begleitet von bellendem Geschrei, das seinen Höhepunkt in einer Atomexplosion findet. Andere versuchten die Zeit anzuhalten (Balladensänger wie The Seekers und Val Doonican waren 1966 ein Riesending) oder gar zurückzudrehen, so jedenfalls erklärt Jon Savage den außerordentlichen Erfolg des 20er-Jahre-Potpourris *Winchester Cathedral* der New Vaudeville Band.

Savage ist stark, wo er auf die Überraschungshits des Jahres zu sprechen kommt. *Winchester Cathedral* bekam den Grammy für den besten Song und schlug damit *Good Vibrations* von den Beach Boys und *Reach Out I'll Be There* von den Four Tops. In den USA war die meistverkaufte Single das heute weitgehend vergessene *Ballad of the Green Berets* von Staff Sergeant Barry Sadler. Protesthits gegen den Vietnamkrieg hatte es zuvor bereits gegeben, allen voran Barry McGuires *Eve of Destruction* im Herbst 1965. Sadlers Platte aber markierte den Moment, von dem an der Krieg nicht mehr nur Langhaarige und Folk-Fans interessierte und von keinem mehr ignoriert werden konnte. Im Text wünscht sich der sterbende Soldat, sein Sohn möge ihm als Green Beret nachfolgen. „Als Ausdruck der Mentalität eines Soldaten", schreibt Savage, „sucht der Song seinesgleichen." Sadlers Platte half mit, Präsident Lyndon B. Johnsons Zustimmungswerte auf 67 Prozent anzuheben – da kann man sehen, welches Potenzial in billiger Musik steckt.

Tom Jones' Weihnachtshit „Green, Green Grass of Home" wird ganz neu gedeutet

Unheimlicher Krampf

1966: The Year the Decade Exploded ist spannend und extrem gut zu lesen, da Savage im besten Sinne ein Pop-Autor ist. Er ist schnell und auf den Punkt, er verschwendet keine Worte: John Leytons von Joe Meek produziertes *Johnny Remember Me* ist ein „unheimlicher Krampf", und über James Browns außergewöhnlichen Song *Tell Me That You Love Me* schreibt er: „Die Worte sind nichts, auf sie kommt es nicht an. Sondern auf die Art, wie Brown den Beat vorantreibt, als ob ihm alles nicht schnell genug ginge." Savage ist der Ansicht, dass „die Kehrseite dieses chaotischen Durcheinanders den verborgenen Kern dieses Jahres offenbarte" und dass dieser in der „alles durchdringenden, aber gleichzeitig auch zerbrechlichen Traurigkeit" von Tim Hardins *How Can We Hang On to a Dream?* zu finden sei. Hardins Meisterstück war nur auf Piratensendern ein Hit, doch die Düsternis und der Zweifel färbten auch auf die Charts ab.

Wenn die Weihnachtshits vergangener Jahre in Erinnerung gerufen werden, sticht Tom Jones' *Green, Green Grass of Home* immer heraus wie ein bunter Hund. Wie war es möglich, dass ein triefender Country-Song über einen Mann, der in das Zuhause seiner Kindheit zurückkehrt, zum Jahreswechsel 1966/67 sieben Wochen lang die Charts anführte? Zwei Wochen bevor der Song veröffentlicht wurde, kamen beim Grubenunglück von Aberfan in Südwales über 100 Kinder ums Leben, ganz Großbritannien befand sich im Schockzustand. In einer Zeit vor Band Aid und anderen Benefiz-Alben war der Kauf von *Green, Green Grass of Home* Ausdruck des Gedenkens und der Anteilnahme. Der Song, schreibt Savage, verband John Fords Bergarbeiterdrama *How Green Was My Valley* (1941) mit einem Grabgesang.

Diesen Zusammenhang hat meines Wissens noch niemand hergestellt. Das ist nicht nur feinster Pop-Journalismus, sondern Sozialgeschichte erster Kajüte. Man kann nur hoffen, dass Jon Savage mit der Arbeit an *1967* bereits begonnen hat.

1966: The Year the Decade Exploded
von Jon Savage ist bei Faber & Faber erschienen

Bob Stanley ist Musikjournalist, Autor einer Pop-Anthologie und Teil des Trios Saint Etienne

Übersetzung: Holger Hutt

ANZEIGE

Richterin der Liebe

Zuschauerquote Ab diesem Jahr misst Deutschland den Fernsehkonsum auch bei Nicht-EU-Ausländern. Was wird dort eigentlich geguckt? Eine Augenzeugin berichtet

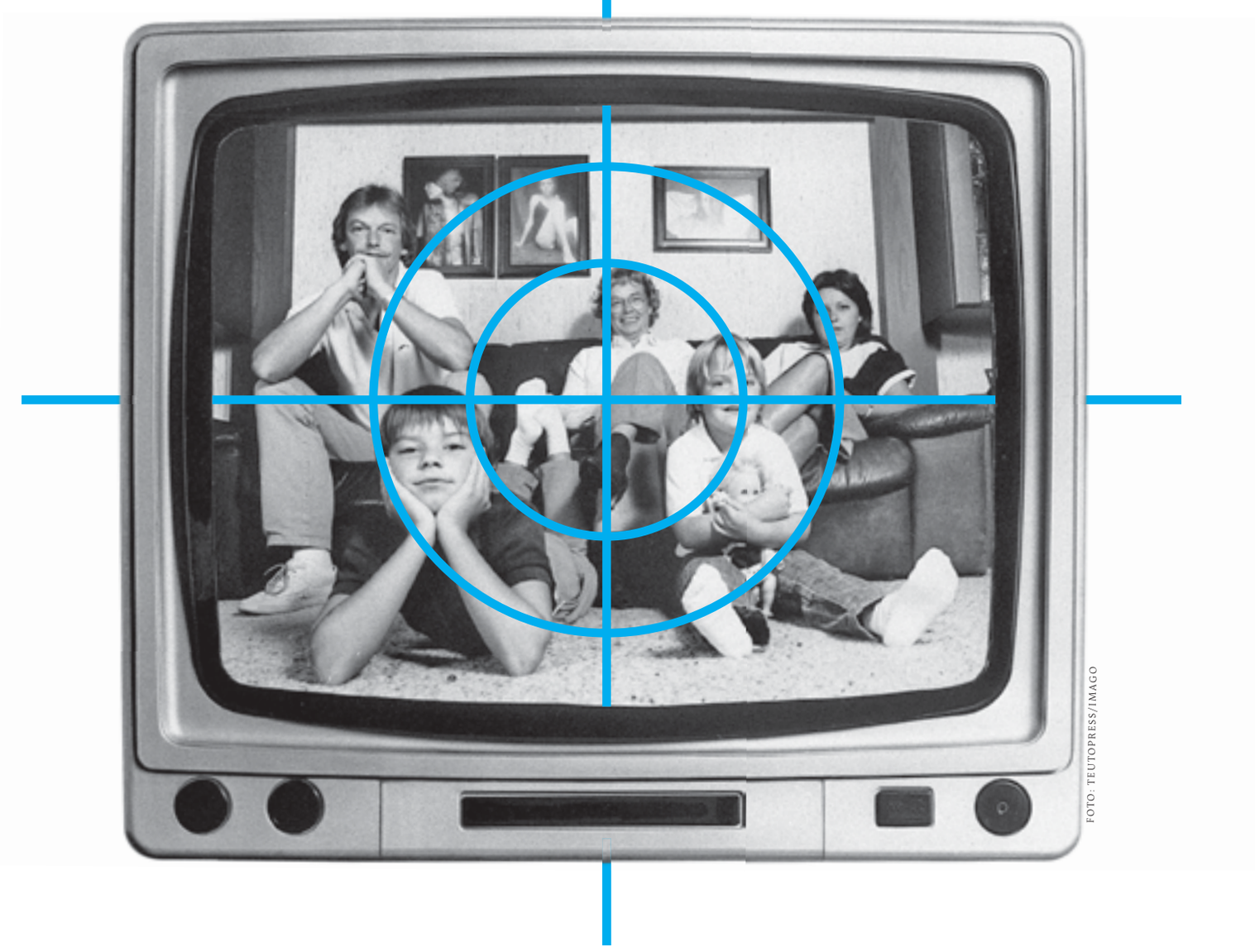


FOTO: TEUTOPRESS/IMAGO

■ **Nemi El-Hassan**

Die blonde, vierköpfige Familie Müller sitzt nach dem Abendessen gemeinsam auf dem Sofa, die Kinder sind gestriegelt und gekämmt, und dann ertönt wie jeden Abend der magische Gong. Markant kündigt er die *Tagesschau* im Ersten an. In den folgenden 15 Minuten wird ein Sprecher die wichtigsten Nachrichten auf das Gnadenloseste komprimieren und mundgerecht wiedergeben, während Vater, Mutter und die beiden Kinder gebannt auf den Sportteil und den Wetterbericht warten.

So in etwa stellte ich mir als Heranwachsende den typischen Fernsehabend einer urdeutschen Familie vor. Heute glaube ich, dass diese Vorstellung vor allem auf der Indoktrination durch meinen Geschichtslehrer beruhte, der nicht müde wurde zu betonen, wie gut und wichtig diese *Tagesschau* sei und dass man zwischen 20 Uhr und 20.15 Uhr niemanden beim Schauen störe. Das verbiete der gute Ton. Also hielt ich mich daran und wartete mit etwaigen Telefonaten stets diese deutschen 15 Minuten ab, ohne jemals selbst die *Tagesschau* anzusehen. In meiner Familie liefen abends nur arabische Programme im Fernsehen, und Abendbrot gab es immer zu unterschiedlichen Zeiten – wenn das Essen fertig war oder wenn jemand Hunger hatte.

Am Abend musste man sich bei mir zu Hause um die Fernbedienung streiten, bis mein Vater ein Machtwort sprach und damit dem Fernsehabend von uns Kindern ein Ende bereitete. Arabisches Fernsehen verstanden wir nämlich nicht, auch wenn wir Arabisch sprachen. Denn die Moderatoren auf Al Jazeera und LBC (Lebanese Broadcasting Corporation) benutzten keine Umgangssprache, sondern sie bedienten sich des Hocharabischen, und das wiederum klingt so grundsätzlich anders, dass es uns Kindern wie Chinesisch erschien. Und überhaupt kannten wir weder die Orte, über die gesprochen wurde, noch verstanden wir den Humor.

In meiner Familie herrschten die Eltern, die aus dem Libanon nach Deutschland gekommen waren, über das arabische Fernsehen, während sie uns Kindern freie Hand bei den deutschen Programmen ließen. Was den ausgedehnten Fernsehkonsum meiner Kindheit erklärt und die geschauten Sendungen, die mir rückblickend als komplett wahllos erscheinen. Fast-Food-Fernsehen: schnell und einfach, alles, was geht, und Hauptsache viel. Ich wuchs ohne elterliche Fernsehkontrolle auf, weil meine Eltern kein Deutsch verstanden und den Fernsehkonsum von uns Kindern ansonsten sehr großzügig bemaßen.

Delle im Mercedes

Mein tägliches Programm bestand aus einer bunten Mischung von kindgerechten Trickfilmen und Sendungen und dem, was heute als Unterschichtenfernsehen bezeichnet wird. Nach der Schule, in der ich meine grauen Zellen anstrengen musste, wollte ich mich nachmittags, wenn mir die Fernbedienung kampflos überlassen war, berieseln lassen. Und womit sollte das besser gehen als mit deutschem Privatfernsehen? Angefangen beim RTL-Mittagsmagazin *Punkt 12* über *Richterin Barbara Salesch* bis hin zu *Lenßen und Partner* auf Sat1.

Viel mehr als die Variation dieser Klassiker des Billigfernsehens gibt das Nachmittagsprogramm bis heute nicht her. *Richterin Barbara Salesch* sowie *Lenßen und Partner* glänzten vor allem durch ihre grandios schlechten Laiendarsteller, mit denen ich mich immer leicht identifizieren konnte. Ein kleiner Fleck in meinem Kinderherz sehnte sich danach, selbst eines Tages eine verstörte Kronzeugin in einem verzwickten Fall zu spielen, die dabei half, herauszufinden, wer Richterin Salesch eine Delle in den Mercedes gefahren hatte. Heute weiß ich es zu schätzen, dass nicht jeder Kindheitstraum in Erfüllung geht.

Zu meinen *guilty pleasures* gehörte die von Rentnern geschätzte ARD-Telenovela *Sturm der Liebe*, was ich über all die Jahre, in denen ich den Geschichten um das Hotel Fürstenhof folgte, tunlichst für mich behielt. Meinen eigenen Kindern würde ich nur einen Bruchteil dessen erlauben, was meine Fernsehsozialisation ausgemacht hat, und trotzdem frage ich mich, ob die Warnung „Fernsehen macht dumm“ so stimmen kann. Wenn wie bei mir zu Hause nämlich nur unter den Kindern Deutsch gesprochen wird, dann können selbst vermeintlich niveaulose Programme zur sprachlichen Erziehung beitragen.

In der Zeit meiner Politisierung während des Abiturs versuchte ich dann fehlende Bildung durch den exzessiven Konsum sämtlicher Polittalks zu kompensieren, die das deutsche Fernsehen hergab. Jeden Sonntagmittag schaute ich mir den *Presseclub* an und kam mir dabei unendlich intellektuell und gebildet vor. Alle Argumente eines Redners überzeugten mich so lange vollkommen, bis die nächste Journalistin ebenfalls sehr einleuchtende Bemerkungen machte, weshalb ich mir am Ende nie schlauer vorkam als zuvor. Ich konnte ein paar Statements wiederholen und sie als meine eigenen ausgeben, ohne mich wirklich auszukennen. Bis ich begriffen hatte, dass Polittalks nicht dazu dienten, mich politisch und intellektuell weiterzubilden, brauchte es seine Zeit.Trotzdem waren die Rentner-Darlings und das sogenannte Unterschichtenfernsehen ab sofort tabu für mich; sie widersprachen meinem Bild von einer Abiturientin. Zwar schlug ich, entgegen den Empfehlungen meiner Deutschlehrerin, nie eine Zeitung auf, weil wir keine abonniert hatten, aber ich gab fernsehtechnisch mein Bestes.

Snacks in der Bar

Das, was man gemeinhin als anspruchsvolles Fernsehen bezeichnen würde, all die Kunst- und Literaturformate auf Arte und 3sat, blieb mir dennoch ein Graus. Zu viele Fremdwörter, zu viele mir kontextlos erscheinende Beiträge über Starautoren und Opernsänger, zu viel von allem, was nicht meiner Sozialisation entsprach. Im Studium blieb keine Zeit mehr für die alten Fernsehgewohnheiten, und als ich irgendwann auszog und meine eigenen Möbel erstand, dachte ich nicht einen Moment daran, mir einen Fernseher zu kaufen. Ich habe einen Laptop, mit dem ich jederzeit auf sämtliche Inhalte zugreifen kann, die mir wichtig sind, ohne an bestimmte Sendetermine gebunden zu sein. Für Filme und US-amerikanische Serien gibt es Online-Streamingdienste.

Was sich mir allerdings bis jetzt nicht erschließt, ist die deutsche Tradition, sich sonntagabends in Bars und bei Freunden zu treffen, um bei Snacks und Getränken gemeinsam einen Krimi zu schauen und am nächsten Morgen doch nur zu bemängeln, dass der Film langweilig und voraussehbar war und überhaupt der *Tatort* aus der Stadt Xy sowieso viel besser. Hier erreicht meine Fähigkeit zur Integration in die bürgerlichen deutschen Fernsehgepflogenheiten ihre Grenze.

Dagegen habe ich mir mittlerweile die *Tagesschau* angewöhnt. Wenn ich zu faul bin, mich durch sämtliche Nachrichtenportale zu klicken, sind diese deutschen 15 Minuten Gold wert. In etwa so, wie mein Geschichtslehrer, Herr Berger, es immer gesagt hat.

Nemi El-Hassan, Jahrgang 1993, ist Teil des Satirekollektivs „Datteltäter“ auf Youtube und studiert Humanmedizin in Berlin

ANZEIGE

der Freitag digital **feiert Geburtstag und beschenkt Sie mit einem Jahreslos der Aktion Mensch!**

- 1 Jahr der Freitag digital lesen, mit 16% Ersparnis
- Jahreslos der Aktion Mensch geschenkt
- Noch vor Erscheinen der Printzeitung, mittwochs ab 18 Uhr
- Optimiert für alle Endgeräte

NUR 2,49 € statt 2,99 € pro Woche

» **Jetzt bestellen: www.freitag.de/aktion-mensch**

1 Jahr der Freitag digital

Die Zähne der großen Bärin

Kino In „The Revenant“ setzt Leonardo DiCaprio seinen Starkörper unmenschlichen Bedingungen aus. Der PR hat es keinesfalls geschadet

FOTO: TWENTIETH CENTURY FOX

Hoffnung erwächst aus Schmerz: Hugh Glass (Leonardo DiCaprio) und seine Frau (Grace Dove)

■ **Andreas Busche**

Man muss die Schauspielkarriere Leonardo DiCaprios vielleicht sportlich sehen. Seit dem Empfehlungsschreiben von Martin Scorsese hat der einstige Teenie-Schwarm keine körperlichen Blessuren gescheut, um sein Portfolio als ernstzunehmender Hollywood-Akteur aufzuwerten. Gebrandmarkt in *Gangs of New York*, mit Granatsplittern gespickt in *Der Mann, der niemals lebte*, von Polizei und irischem Mob in die Mangel genommen in *Departed – Unter Feinden*, am Trauma einer KZ-Befreiung irre geworden in *Shutter Island*: Leonardo DiCaprio hat sich den Ruf des Schmerzensmanns in Hollywood hart erarbeitet. Die aus seiner jungenhaften Physiognomie herausgemeißelte Kantigkeit ist heute integraler Aspekt einer Figurengenese, die sich auch für die PR-Kampagne zu Alejandro González Iñárritus Schneewestern *The Revenant – Der Rückkehrer* eignet. Darin spielt DiCaprio den legendären Pionier Hugh Glass, der es auch in die Geschichtsbücher schaffte, weil er mal mit bloßen Händen einen ausgewachsenen Grizzly erlegt und sich danach schwer verletzt durch die Rocky Mountains geschlagen haben soll.

In der Hölle Patagoniens

In *The Revenant* verschränkt sich dieser kernige Nationalmythos auf robuste Weise mit DiCaprios Figuren- und der tatsächlichen Produktionsgeschichte des Films. Crewmitglieder bezeichneten die Bedingungen am Set als „Hölle“: Dreharbeiten bei minus 25 Grad, stundenlanges Warten auf Naturlicht, in Tierfelle gehüllte Darsteller. Am Ende musste der Dreh nach Patagonien verlegt werden, um die Witterungsbedingungen im US-amerikanischen Westen zu simulieren. *The Revenant* erzählt von diesen Strapazen und stellt sie gleichzeitig in opulenten Tableaus zur Schau. Als Regisseur war Iñárritu schon immer anfällig für das Pathos der Authentizität, darum lässt sich der Gossip auch nicht losgelöst vom Film betrachten. Die Produktionsgeschichte ist bereits Teil des Marketings. Sie verrät, worum es in *The Revenant* prinzipiell geht: eine Grenzerfahrung, an der das Publikum partizipieren soll.

Schlüsselszene ist der bereits viel zitierte Kampf DiCaprios mit der Bärenmutter, den man so im Kino noch nicht gesehen hat. Der Begriff „viszeral“ (im Zusammenhang mit den Eingeweiden) stammt aus der Medizin, aber noch nie hat er eine Filmsequenz treffender beschrieben. Der Angriff der Bärin erfolgt in mehreren Eskalationsstufen: Wie ein Spielball wird Glass über den Waldboden geschleudert, immer wieder fahren die Pranken über das hilflose Opfer, dessen Brustkorb unter dem Gewicht des Tiers fast nachgibt. Die Kamera bleibt stets auf Augenhöhe mit der Action, so nah, dass der Atem der Bärin für einen Moment auf dem Kameraobjektiv kondensiert. Mit letzter Kraft gelingt es Glass, das Tier zu töten. Die Szene ist eine einzige Demonstration von Virtuosität und menschlicher Belastbarkeit. Leo, der Schmerzensmann.

Erkenntnis stellt sich hier nur noch im Erdulden von Prüfungen ein

Der Rest des Films, immerhin noch knapp zwei Stunden, verhält sich demgegenüber eher wie ein ausschweifender Epilog. Der angeschlagene Glass wird von seiner Reisegruppe – einer Einheit Soldaten unter der Führung von Captain Andrew Henry (Domhnall Gleeson), den Pelzhändlern Fitzgerald (Tom Hardy) und Bridger (Will Poulter) sowie seinem indigenen Sohn Hawk (Forrest Goodluck) – gefunden, aber in Erwartung seines baldigen Todes in der Obhut von Fitzgerald, Bridger und Hawk im Territorium des kriegerischen Arikaree-Stammes zurückgelassen. Ein Versuch Fitzgeralds, Glass' Leiden gewaltsam zu beenden, führt zum Tod Hawks, den der Vater hilflos mit ansehen muss. Fitzgerald und Bridger verscharren den halb toten Glass und versuchen sich zum Militärstützpunkt durchzuschlagen.

Glass' beschwerlicher Rückweg, angetrieben von Rache- und Hassgefühlen sowie den raunenden Durchhalteparolen seiner ebenfalls von weißen Siedlern getöteten Frau, ist gefilmt wie eine spirituelle Erweckungsfantasie in schönster Mel-Gibson-Manier. Hoffnung erwächst aus Schmerz. Die Kamera fungiert hier als eine höhere Instanz, ihre Bewegungen suggerieren eine Perspektive, die weder eindeutig als subjektiv noch als auktorial zu identifizieren ist. Vielmehr schwebt sie in einem gemächlichen Tempo förmlich durch das Geschehen (manchmal kippt sie auch in religiöser Andacht nach hinten über und schwelgt in den Baumgipfeln oder den pittoresken Wolkenkonstellationen).

Im Torso des Pferds

Die „schwebende Kamera“ ist das Markenzeichen Emmanuel Lubezkis, der maßgeblich die transzendentale Phase von Terrence Malick zu verantworten hat. Im Zusammenhang mit Iñárritus ungemein physischem Kino erzeugen Lubezkis körperlose Fahrten aber nachhaltige Irritationen. Schon in ihrem letzten gemeinsamen Film *Birdman* verfasste die sich unermüdlich bewegende Kamera eine Binnenerzählung, die im ständigen Widerspruch zur inneren Reise des an sich selbst leidenden Protagonisten stand.

Diesen Widerspruch löst *The Revenant* im Modus der „Survival“-Erzählung auf. Eine höhere Erkenntnis stellt sich nur noch in der Erduldung einer Reihe von Prüfungen zur Selbsterhaltung ein. Glass ist unter anderem gezwungen, das Knochenmark aus dem morschen Gerippe der Bärin zu saugen und sich vor der Kälte im ausgenommenen Torso seines Pferds zu verkriechen. Dieser Rüdiger-Nehberg-Vitalismus war im Hollywoodkino in letzter Zeit häufiger zu beobachten – zuletzt im ungleich humorvolleren *Der Marsianer* von Ridley Scott, allerdings auch schon wesentlich schlechter in den programmatisch betitelten *Lone Survivor* und *Unbroken*. In der Folklore des Wilden Westens gilt der Überlebenskünstler Hugh Glass als Archetyp. Iñárritu und DiCaprio haben das mit *The Revenant* etwas zu wörtlich genommen.

The Revenant – Der Rückkehrer *Alejandro González Iñárritu* USA 2015, 156 Minuten

Was läuft Ekkehard Knörer über „Orphan Black“, „Rectify“ und dritte Staffeln

Uppers und Downers

Eine Serie im Binge-Watching-Modus zu sehen heißt, dass man nicht mehr aufhören kann. Oder will. Das eigentliche Problem für den Süchtigen ist aber doch, wenn die Frage gar nicht ist, ob er aufhören will, sondern wenn er aufhören muss. Irgendwann ist der Stoff alle, die Serie gecancelt – oder, weniger schlimm, die Staffel vorbei. Dann beginnt das Warten, meistens ein Jahr, das man natürlich mit dem Konsum anderer Serien füllt, aber die Leerstellen im Serienleben schmerzen dann doch.

Es ist aber seltsam. So groß die Trauer ist am Ende einer Staffel, so dringend das Bedürfnis, zu wissen, was nun passiert – nach einem Jahr Warten ist die Erinnerung an die Details der Erzählung wie der einst so dringende Wunsch zum Weitersehen oft verblasst. Man muss auf die Stimmung warten, in die die Serie dann wieder passt. So habe ich die neuesten Staffeln zweier meiner liebsten Serien einige Monate nach ihrer Ausstrahlung liegen gelassen und jetzt erst, Monate später, gesehen. In beiden Fällen die dritte Staffel, und dritte Staffeln sind sowieso heikel. Erste Staffel: der Wurf. Zweite Staffel: Konsolidierung. Drittel Staffel: Und wie macht man jetzt weiter?

Beide Serien, *Orphan Black* ist die eine, *Rectify* die andere, kriegen das auf ihre Art ziemlich gut hin. Wobei sie sich unterscheiden wie Tag und Nacht, genauer gesagt, wenn schon von Sucht die Rede ist, wie Uppers und Downers. *Orphan Black*, eine britisch-kanadische Serie, ist das Aufputschmittel, der Upper. Eine wilde Mixtur aus Medizinthriller mit Klon- und Sci-Fi-Beigaben, Soccer-Mom-Komödie, Lesbenromanze und manch anderem mehr. Im Zentrum steht eine Frau, die es als Klon in mehrfacher Ausführung gibt. Fünf sehr verschiedene dieser Klone sind die Protagonistinnen der Serie, die geradezu hysterisch zwischen den Genres, den Settings, den Stimmungen springt, Musik dazu immer voll auf die Zwölf, der Plot hängt zwischen den Szenen in Fetzen, so ganz kam ich in der dritten Staffel, in der nun auch noch die Mütter proliferieren, um ehrlich zu sein, nicht mehr hinterher.

Macht aber nicht viel. Denn es geht gerade um das Hetzen von Höhepunkt zu Höhepunkt, das *breaking bad*, das Vom-Rechten-Weg-Abkommen, ausgerechnet der Soccer Mom Alison, den Irrsinn der von Moralfragen wenig belasteten Helena (und ihren imaginären Skorpion), die Mischung aus Ratio und Romantik der Wissenschaftlerin Cosima und vor allem: das Staunen über die Schauspielerin Tatiana Maslany, also darüber, wie sie es hinbekommt, die verschiedenen Versionen des Klons auf eine Weise zu individualisieren, dass man sich zwischendurch ernsthaft fragt, ob das alles wirklich dieselbe Darstellerin ist. Besonders drastisch konturierte sich das in der dritten Staffel, weil es jetzt nämlich auch einen männlichen Klon gab: Dessen Darsteller Ari Millen hat sich immerhin bemüht.

Meine große Liebe jedoch gilt nach wie vor *Rectify*, der ersten Eigenproduktion des US-Kleinstsenders Sundance TV. Sie erzählt von einem, nein, vielen beschädigten Leben. Im Zentrum mit Daniel Holden (ganz toll: Aden Young) ein Mann, der 20 Jahre lang vielleicht zu Unrecht mit einem Todesurteil im Knast saß – und nach einem ihn entlastenden DNA-Test in sein altes Leben zurückkehrt.

Nur dass dieses alte Leben natürlich längst nicht mehr existiert. Und man kann einen Menschen aus dem Gefängnis entlassen, das Gefängnis aber entlässt den Menschen so einfach nicht. Somnambul, in Trauer getränkt sind der Ton und die Stimmung von *Rectify* – und erst jetzt, in der dritten Staffel, gibt es mehr als ein zaghaftes Erwachen des Helden, dem das grandios entspannte Buch alle Zeit der Welt lässt, sich zu finden, zu lernen und zu erfahren und zu probieren, wer er nun sein kann, in diesem Kaff in Georgia, in seiner Familie, die nicht recht weiß, wer dieser wiedergefundene Bruder und Sohn ist, für dessen Freilassung man so lange gekämpft hat.

Rectify ist eine Serie von erstaunlicher Großzügigkeit, eine geduldige „Zurück-ins-Leben-Begleitung“ ohne falschen versöhnlichen Ton. Sie geht davon aus, dass alle Leben immer beschädigte sind, zieht daraus aber eine große Offenheit für menschliche Schwächen. Am Ende der dritten Staffel entlässt sie ihren Helden ein weiteres Mal. Abschied und Trauer und doch auch heitere Hoffnung: Seltsame Cliffhanger-Manieren sind das. Aber natürlich bin ich in der vierten Staffel wieder dabei.

ANZEIGE

Die besten Zitate aus den Kommentaren auf **freitag.de/community**

„Populismus ist sanfte Gewalt“

Michaela

„Verkopfung wird den Klugen von denen, die es gern volkstümlich haben, immer vorgeworfen“

Koslowski

» **freitag.de/community**

Passivität wie Gift

Juliane Löffler
Im Wartesaal
Unsere Autorin traf zwei Flüchtlinge wieder, die sie im Sommer auf der Balkanroute kennengelernt hatte der Freitag 51 vom 17. Dezember 2015

Bewegende Impressionen. Kürzlich sagte ein Flüchtling in einer Reportage, nach den anstrengenden und aufreibenden Wochen der Flucht sei diese erzwungene Ruhe und Passivität wie Gift für die Menschen. Sie können nicht agieren, sie müssen warten, warten und warten und sind ausgeliefert. Es ist, als würde einem Schreienden der Mund gestopft.
Magda, Freitag-Community

Blutige Konkurrenz

Bartholomäus von Laffert
Unter Wert
Hochqualifizierte Migranten scheitern am unflexiblen deutschen Arbeitsmarkt. Vier Betroffene erzählen von ihren Erlebnissen und Enttäuschungen der Freitag 46 vom 23. November 2015

Hochqualifizierte Migranten scheitern an den Eigenheiten des deutschen Arbeitsmarktes? Da sind sie leider nicht die Einzigen. Hochqualifizierte Inländer scheitern ebenso. Der Unterschied ist jener: Auf diese Schicksale leuchtet gerade nicht das Spotlight der öffentlichen, politischen Aufmerksamkeit.Ich rede aus eigener Erfahrung. Verschiedene Menschengruppen sollen, mit Blick auf den maximalen Profit der Arbeitgeber, gegeneinander ausgespielt werden. Über Jahrzehnte hat es die Politik nicht geschafft, den Arbeitsmarkt auf Vordermann/-frau zu bringen. Jetzt soll dieser Arbeitsmarkt kurzfristig Tausende Menschen aufnehmen und versorgen.
Indignatus, Freitag-Community

Erst mit der Einführung eines existenzsichernden Grundeinkommens, welches ohne Gegenleistung an alle ausbezahlt wird, wird sich an der beschriebenen Problematik etwas ändern. Nicht, dass dann jede syrische Ärztin hier als Ärztin oder jeder Rechtsanwalt als Rechtsanwalt arbeiten könnte. Aber es ließen sich mit Fantasie und Muße entspannt neue eigene Wege finden, sich in die Gesellschaft einzubringen – und darum geht es doch, oder etwa nicht? Und vor allem: Die Würde und das Selbstwertgefühl blieben erhalten und niemand wäre mehr gezwungen, sich fürs nackte Leben zu prostituieren und entwürdigen zu lassen. Was augenblicklich passiert, ist eine gigantische Verschleuderung menschlichen Potenzials zugunsten einer quasireligiösen karzinogenen Wachstumsdoktrin, die nichts kennt außer der blutigen Konkurrenz.
Thilo Krause, Freitag-Community

Kein Freiheitsnetz

Wolfgang Michal
Wer zähmt die Rakete der Moderne?
Das „Internet der Dinge“ verlangt nach einer Entscheidung – für eine Magna Charta digitaler Grundrechte der Freitag 52 vom 24. Dezember 2015

Das Freiheitsnetz der ersten Jahre erschien den Benutzern als ideales Instrument, die zu eng gewordene repräsentative Demokratie zivilgesellschaftlich zu erweitern: direkte Demokratie, unabhängige Tauschbörsen und ungefilterte Einmischung. Tja. Wer damals sagte, dass die Euphoristen wieder mal die Rechnung ohne den (Betriebs-)Wirt machen, galt als gestriger Miesmacher. Es gehe darum, Zeit und Ressourcen zu sparen, um Kosten zu senken … Immer mehr Profit per eingekaufte Arbeitskraft: War das nicht schon das Ziel? Ziel der Dampfmaschine? Der Elektrotechnik? Der Automatisierung von Produktionsprozessen? Klar, die Entwicklung geht weiter. Quantitativ. Qualitativ ist bislang nichts in Sicht, und das wird sich auch nicht ändern, solange wir alles den Profitjunkies überlassen.Dieselbe Technik, die uns hilft, Zeit zu sparen, produziert mittels Tempoverschärfung immer größeren Zeitdruck.
Gelse, Freitag-Community

Wenn an der aktuellen Machtlosigkeit der Linken nichts zu ändern ist, starten wir einfach durch: in den Futurismus

Ich benötige lediglich ein vergleichsweise schmales Kompendium für Menschenrechte: das Grundgesetz – sollte es mir einfallen. Im Internet/in der Industrie der Dinge wird man Heerscharen von Anwälten benötigen, um der geschundenen Kreatur zu zeigen, worauf sie sich eingelassen hatte mit ihrem *klick and down*.
Assembledded, Freitag-Community

Den Schnarchern Beine

Raul Zelik
Das gute Leben war nie so nah
Vertreter des Akzelerationismus wollen uns Fortschrittsoptimismus einimpfen. Doch sie irren in ihrem Vertrauen auf Technik-Utopien
der Freitag 52 vom 24. Dezember 2015

Ein wohlerprobtes Konzept: Wenn an der aktuellen Machtlosigkeit der Linken nichts zu ändern ist, starten wir einfach durch: in den Futurismus. Ein Duce wird sich schon finden, der den Slow-Foot-Schnarchern Beine macht.
Denkzone8, Freitag-Community

Auch wenn sicherlich gesellschaftliche Macht bzw. Hegemonie ein zentraler Aspekt ist: Raul Zelik macht es sich ein bisschen zu einfach mit seiner Kritik. Das könnte darauf beruhen, dass er munter ökonomische und technologische Entwicklung in einen Topf wirft, wobei wichtige Nuancen verlorengehen. Natürlich kann die Wissenschaft für sinnvolle und sinnlose Zwecke eingesetzt werden, aber Technologiekritik ist ein anderes Thema. Die in diesem Kontext interessante Frage ist doch, welche gesellschaftlichen Auswirkungen die „Entfesselung der Produktivkräfte“ haben kann: Was bedeutet es, wenn aufgrund unglaublicher Produktivität riesige Überkapazitäten vorhanden sind, ohne dass auch nur ansatzweise alle Arbeitskräfte benötigt würden? Wenn das zu sinkenden Profitraten führt, wird Produktion aus kapitalistischer Sicht irgendwann uninteressant, oder die Unternehmen müssen in der nächsten Krise „gerettet“ werden.
Smukster, Freitag-Community

Doch woran liegt es dann, dass das offensichtlich Vernünftige nicht getan wird? Dann müsste die Antwort eigentlich lauten: weil das kapitalistische Profit- und Verwertungssystem es nicht zulässt. Uns fehlt in der Tat die Macht, dieses System abzuschaffen. Da waren die Kommunarden 1871 in Paris, die Genoss_innen 1917 in Petrograd und 1936 in Spanien schon mal weiter. Also müssen wir uns fragen, wie wir wieder Macht bekommen, den Kapitalismus abzuschaffen. Genau diese Frage wird in den Artikeln des *Freitags* meistens ausgeblendet oder sogar negiert. All die vernünftigen Ideen, die im *Freitag* zum Jahresende formuliert wurden, setzen voraus, dass der Kapitalismus abgeschafft ist. Es wären sozusagen konkrete Projekte einer kommunistischen Rätegesellschaft. Im Kapitalismus sind sie entweder nicht durchzusetzen oder sorgen dafür, dass die Ausbeutung noch perfekter weiterläuft.
Peter Nowak, Freitag-Community

Billig-Arbeitskräfte

Matthias Jauch
Wir Profiteure
Warum die Asylsuchenden Deutschland auch große Chancen eröffnen
der Freitag 52 vom 24. Dezember 2015

Es fehlt natürlich nicht an Fachkräften, sondern nur an „billigen“ Arbeitskräften! Wie bitte schön wäre ansonsten der Befund zu erklären, dass es in „EU-Land“ mittlerweile offenbar ein zweistelliges Millionenheer überwiegend hochqualifizierter Jugendlicher gibt, welche trotz vorhandener Mobilität keinen Arbeitsplatz in der EU – und hier insbesondere in Deutschland – finden?
BBriele, Freitag-Community

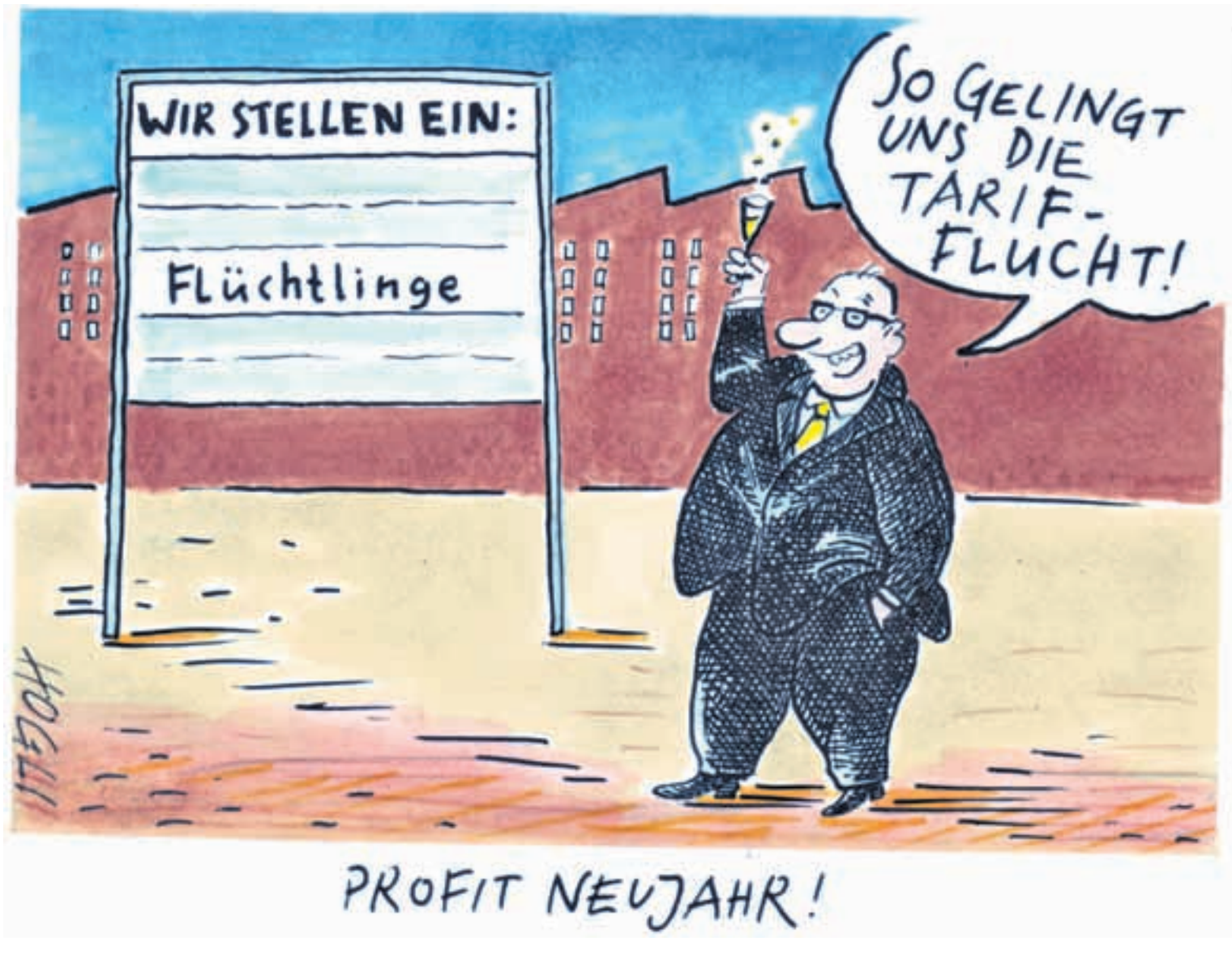
Open Insulin

Kim Wall
Die Biopunk-Revolution
Die neueste Hacker-Generation beschäftigt sich mit humaner DNA, Bakterien und Pflanzen
der Freitag 52 vom 24. Dezember 2015

An Open Insulin wird in den Counter Culture Labs gearbeitet. Ein freies und unkommerzielles FabLab. Mit der Arbeit an Open Insulin verfolgt man mehrere Ziele. Zum Ersten will man die Verfahrensschritte, also wie man Insulin isoliert, aufbereitet usw., frei und offen publizieren, so dass das Wissen global verfügbar ist und nicht in „Patentschränken“ verschwindet. Andere Länder, Communitys, Gesellschaften können das Wissen aufgreifen, weiternutzen und -entwickeln. Derzeit beherrschen wenige Firmen mit patentierten Medikamenten einen Markt für ein überlebenswichtiges Medikament wie Insulin. Es gibt derzeit kein alternatives Generikum. Etwa 370 Millionen Menschen haben Diabetes. Menschen mit Typ 1 müssen sich von Kindheitstagen an täglich Insulin spritzen, sonst sterben sie. Bei Open Insulin geht es genau darum, ein Generikum für genau diesen Typ 1 zu entwickeln. Derzeit verdienen sich Pharmafirmen dumm und dämlich an der Tatsache, dass diese Menschen sich täglich überlebenswichtiges Insulin spritzen. Ein bitterböser Umstand ist, dass z. B. die Krankenversicherung in den USA Insulin nur für die ersten 90 Tage bezahlt.
Josef Knecht, Freitag-Community

Der Begriff Hacken hat nicht wirklich etwas mit Computern zu tun. Hacken oder Hacker sein ist nichts anderes, als kreative, unkonventionelle Wege zu finden, um diverse Probleme zu lösen. Das kann prinzipiell in jeder Wissenschaft gemacht werden. Social Engineering ist zum Beispiel die Kunst des „Menschen-Hackens“. Interessant, dass Biologie und Gene nun preiswert für jedermann zugänglich werden. Dadurch kann wie beim Computer-Hacking viel freie Forschung betrieben werden.
Cuber333, Freitag-Community

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen



KARIKATUR: AMELIE GLIENKE FÜR DER FREITAG

Impressum

Chefredaktion Jakob Augstein (V.i.S.d.P.), Michael Angele, Philip Grassmann
Verantwortliche Redakteure Jan Pfaff (Titelthema), Jan J. Kosok (Online)
Redaktion Ulrike Baureithel (FM*), Matthias Dell (FM), Lutz Herden, Michael Jäger (FM), Christine Käppeler, Katja Kullmann (FM), Maxi Leinkauf, Juliane Löffler, Sebastian Puschner, Felix Werdermann
CvD Frank Loehn
Gestaltung Maximilian Sauerbier (Art Direction), Felix Velasco (Titel), Niklas Rock (Bild), Lisa Kolbe, Daniel Seiffert
Redaktionelle Übersetzer Zilla Hofman, Holger Hutt
Redaktionsassistenz Jutta Zeise
Hospitanz Kerstin Ewald, Konstantin Nowotny
Verlag und Redaktion der Freitag Mediengesellschaft mbh & Co KG, Hegelplatz 1, 10117 Berlin, Tel.: (030) 250 087-0 www.freitag.de
Geschäftsführung Jakob Augstein, Dr. Christiane Düts
Vollhafter Der Freitag Verwaltungsgesellschaft mbH
Teilhaber 50 Kanonen Verlag GmbH & Co. KG
Beratung Prof. Christoph Meier-Siem
Verlagsleitung Nina Mayrhofer
Anzeigen Johann Plank (Leitung) (johann.plank@freitag.de), Elke Allenstein (elke.allenstein@freitag.de)
Marketing & Vertrieb Franziska Liebchen (Leitung) (franziska.liebchen@freitag.de) Oda Hassepaß (oda.hassepass@freitag.de) Barbara Herzog (barbara.herzog@freitag.de), Madeleine Richter (madeleine.richter@freitag.de)
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Oda Hassepaß presse@freitag.de
*= Freie/r Mitarbeiter/in
Jahresbezugspreis € 170,85 Ermäßigter Bezugspreis für Schüler, Studenten, Auszubildende und Rentner: € 122,40 jeweils inkl. Zustellung Inland. Im Ausland: € 201,45 (Europa) bzw. € 211,14 (Übersee)
Aboverwaltung QS Quality Service GmbH Telefon Kundenservice (040) 3007-3510 Fax Kundenservice (040) 3007 85 7044 E-Mail: service@abo.freitag.de Service-Zeiten Mo–Fr 8 bis 19 Uhr, Sa 10 bis 16 Uhr Der Freitag, Postfach 11 04 67, 20404 Hamburg Konto für Abozahlungen: Der Freitag Mediengesellschaft mbH & Co KG, IBAN DE39 1005 0000 0013 5050 50
Nationalvertrieb Axel Springer Vertriebsservice GmbH Süderstraße 77 20097 Hamburg www.as-vertriebsservice.de
IT- und Redaktionstechnik Heldisch networx GmbH
Druck BVZ Berliner Zeitungsdruck, Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin, www.berliner-zeitungsdruck.de
Papier 100 % Recycling, trägt den Blauen Engel, produziert in Schwedt an der Oder, gedruckt in Berlin
Gesetzt in TheAntiquaF von Lucas de Groot, www.lucasfonts.com
ISSN 0945-2095
Kolumnenillustrationen www.ottoillustration.com

Alltag

Nicht nur für Kinder hat das Einhorn Zauberkräfte. Unser A–Z zum Tier der Stunde S. 24

der Freitag | Nr. 1 | 7. Januar 2016

Wolf oder Schaf

Tariq Ramadan formuliert seine Überzeugungen je nach Zielgruppe. Ein Jahr nach den Anschlägen auf „Charlie Hebdo“: unsere Begegnung mit dem Islamwissenschaftler **S. 23**

FOTOS: SANDRINE ROUDEIX/OPALE/LEEMAGE/LAIF, ARTYBLOKE/ISTOCK (OBEN)

Der Koch
Jörn Kabisch

Grille frittiert: Insekten sind das neue Superfood

Auf dem Jahrmarkt der kulinarischen Eitelkeiten gibt es zwei neue Begriffe: „pegan“ und „entomophag“. Mal sehen, was in 2016 mehr von sich reden macht. „Pegan“ ist so zusammengesetzt wie Brangelina, also ein Kofferwort aus „vegan“ und „Paleo“, und meint tatsächlich eine steinzeitliche Gemüseküche. Es ist das Non-plusultra für alle, die wirklich, wirklich politisch korrekt essen wollen. Denn für Peganer sind nicht nur tierische Produkte tabu, sondern auch Soja, die Pflanze, für die Regenwälder weichen müssen und die der Liebling der Gentechniker ist.

Der andere Trend sieht die Zukunft der Ernährung bei Insekten. Rational spricht viel dafür, dass wir sie auf den Speiseplan nehmen. Denn egal ob Soja oder Fleisch, man sieht schon heute, welche Folgen für die Umwelt und das Klima die Ernährung mit diesen Proteinquellen hat. Und was, wenn einmal neun Milliarden Menschen auf dem Planeten leben? Die Welternährungsorganisation (FAO) hat deshalb schon 2013 Insekten als Alternative in die Debatte gebracht. Maden, Grillen oder Ameisen sind nämlich echte Proteinbomben. Und im Vergleich zu Schwein, Kuh oder Rind ganz gehörig im Vorteil. Man braucht kaum Platz, um sie zu züchten. Sie stoßen weniger Klimagase aus. Und brauchen viel weniger Futter, um die gleiche Menge an Protein zu bilden. Was Nachhaltigkeit und Klimafreundlichkeit betrifft, scheint es, sind Insekten also Superfood.

Laut FAO ernähren sich bereits zwei Milliarden Menschen von fast 2.000 verschiedenen Insektenarten. Bei so viel Vernunft möchte man doch gleich eine frittierte Grille mit den Zähnen knacken. Sie nicht? Mir geht es genauso. Und ich glaube sogar, auch vielen der zwei Milliarden angeblich praktizierender Entomophagen: Auf asiatischen Nachtmärkten, wo Grillen, Heuschrecken und Riesenwanzen als Minischaschlik angeboten werden, habe ich nie Einheimische zugreifen sehen, nur junge, alkoholisierte westliche Touristen, die nichts Besseres für eine Mutprobe fanden.

Woher kommt die Skepsis? Klar, viele Insekten gelten als Ungeziefer, als Anzeichen für unhygienische Zustände im Haus und als Krankheitsüberträger. Aber gilt das für Schwein und Huhn nicht ganz ähnlich? Und so ganz eindeutig ist die Ablehnung ja nun auch wieder nicht. Immer mehr Menschen sorgen sich um den Erhalt der Biene – oder hängen Insektenhotels in ihre Gärten. Ich halte am meisten von der These, nach der der Mensch einen allgemeinen Unwillen hat, Tiere zu essen. Den haben wir uns nur gegenüber ganz bestimmten, einzelnen Arten über Jahrtausende abgewöhnt. Auf die vielen Start-ups, die derzeit in Insektennahrung machen, kommt also Überzeugungsarbeit zu. Am erfolgreichsten sind bislang die, die uns nicht das pure Insekt in den Mund schieben wollen. Aus den USA etwa kommen Chips aus Grillenmehl, beworben als proteinreich und praktisch fettfrei. Noch mehr Zukunft aber haben Insekten als Tiernahrung.

Dazu gibt es sogar eine Risikoeinschätzung der EFSA, das ist das europäische Amt für Lebensmittelsicherheit. Seit dem BSE-Skandal ist man nämlich vorsichtig, an Tiere tierische Proteine zu verfüttern. Die EFSA hat festgestellt, dass etwa Hühner auch sonst Würmer und Maden lieben und es kein überhöhtes Risiko gibt. Sieht nach einer großen Chance für die Tiermehlwirtschaft aus. Aber industriell verarbeitete Insekten, wollen wir uns das wirklich antun?

Doppelt Klick im Unglück

Spenden Mit einer App fürs Smartphone kann man ganz schnell Gutes tun – und es allen anderen zeigen

■ **Lukas Latz**

Wenn eine große Wohltätigkeitsgala im Fernsehen läuft, dann wird gespendet. Wenn Prominente Geld „für den guten Zweck“ sammeln, dann wird gespendet. Wenn mit eingeblendeter Kontonummer über eine Naturkatastrophe berichtet wird, dann wird gespendet. So sind es die Deutschen gewohnt. Überwiegend Rentner spenden in Deutschland, Angehörige der prädigitalen Generation.

Nach und nach passt sich auch dieser Markt an die Lebenswirklichkeit der Jüngeren an. Spendenwillige unter 45 Jahren zum Beispiel nutzen vor allem das Online-Portal *betterplace.org*. Dort werden gemeinnützige Projekte sehr unterschiedlicher Art beworben, die Hilfsbereiten können sich entscheiden, mit wie viel Geld sie welche Aktion unterstützen wollen. Innerhalb der vergangenen acht Jahre sind mithilfe dieser Plattform mehr als 28 Millionen Euro eingesammelt worden.

Inzwischen gibt es auch eine Spenden-App: *ShareTheMeal* von Sebastian Stricker und Bernhard Kowatsch, beide Mitarbeiter des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (WFP), soll Wohltätigkeit noch bequemer machen. Direkt über das Smartphone kann einem hungernden Kind in einem Entwicklungsland eine Tagesration Essen finanziert werden. Das kostet 40 Cent und erfordert zwei Klicks. Man kann es sich bildlich vorstellen: Während die Wohltätigen mit der einen Hand Spaghetti um die Gabel drehen, retten sie mit der anderen Hand am Handy Kindern das Leben.

Selbstverständlich ist die App in die sozialen Medien integriert. Freunde, Bekannte, Mitmenschen können benachrichtigt werden, sobald gespendet wurde. Die Erfinder erhoffen sich eine Art Wettbewerb in der Disziplin Großzügigkeit. Während ein Spendender früher meist anonym blieb, kann er sich heute öffentlich als Altruist präsentieren.

Versionen in acht verschiedenen Sprachen sind bereits auf dem Markt, auch eine deutsche. Über die App sind bisher knapp zwei Millionen Mahlzeiten geteilt worden, und ein Ernährungsprogramm in Lesotho ist bis Mitte 2016 voll finanziert. Das aktuelle Ziel: „20.000 syrischen Kindern in Flüchtlingslagern in Jordanien für ein ganzes Jahr zu helfen.“ *ShareTheMeal* kann vielleicht nicht (wie eine große Fernsehgala) plötzlich riesige Summen generieren, dafür ermöglicht die App einen kontinuierlichen Fluss an Geldern. Gerade über einen zu sprunghaften Anstieg beklagen sich Hilfsorganisationen oft. Nach Naturkatastrophen etwa sind manche Töpfe über alle Maßen gefüllt, für langfristige Infrastrukturprojekte kommt aber zu wenig Geld zusammen. Die Deutschen helfen gern spontan und ganz konkret.

Trotz aller Lichtblicke stellt sich die Frage, ob solche Überweisungen nicht allzu bequem sind. Ohne sich mit politischen und wirtschaftlichen Zusammenhängen auseinanderzusetzen, gehört der flotte Smartphone-Spender auf einmal zu den Guten. Und befriedigt dieses System nicht eher die eigene Eitelkeit, als dass es nachhaltig etwas verbessert? Die Annahme, das Spenden reproduziere die politische Naivität der Spender, hält sich nicht umsonst seit langem. Sicher ist: Mit Konzepten wie *ShareTheMeal* bleibt die Spendenkultur wenigstens nicht im Fernsehen hängen.

KLEINANZEIGE

Kur an der poln. Ostseeküste in Bad Kolberg!
14 Tage ab 399 Euro! Hausabholung inklusive!
Tel.: 0048943556210 · www.kurhotelawangardia.de

Storyboard Als wir noch Surrealisten waren

ILLUSTRATION: FRANK NIKOL FÜR DER FREITAG

Nicht in Berlin Die ganze Welt soll nach Abu Dhabi kommen. Unser Autor ist schon mal vorgereist

Kinder der Gazelle

Inzwischen hat ihn wohl schon die halbe Welt gesehen, diesen Wüstenplaneten in einer weit, weit entfernten Galaxis, auf dem der Kampf zwischen der hellen und der finsteren Seite der Macht tobt, der ewige Kampf zwischen Gut und Böse. Doch nur die wenigsten wissen, dass Jakku, die Sandlandschaft aus dem Kino, in Wirklichkeit in Abu Dhabi liegt. Ich war selbst gerade dort und muss zugeben: Das Wüsten-Emirat sieht nicht weniger futuristisch aus als *Star Wars*. Und so scheint es geradezu folgerichtig, dass der letzte Teil des Blockbusters teilweise dort gedreht wurde. Einen großen Unterschied gibt es allerdings: Im Film sind sich alle einig, wer böse ist und wer gut.

In der Realität sehen die Emire ihre Staaten zwar als zukunftsweisende, leuchtende Sterne, doch vor allem vom Westen werden sie meist auf der dunklen Seite verortet. Glamour und Ödnis, Reichtum und Unterdrückung sind die Gegensätze im Morgen- und Gesternland, in dem immer weitere Paläste aus dem Wüstensand in den Himmel emporragen, während Aktivisten die Arbeitsbedingungen für die Ärmsten und die Waffengeschäfte der Reichen anprangern.

Weil man es kann

Ein Kollege und ich hatten einen Artikel für einen internationalen Sportjournalisten-Preis eingereicht und waren nun zur Verleihung in Abu Dhabi eingeladen, Flugtickets und Hotelzimmer inklusive. „Für uns ist das Marketing, das nicht viel kostet“, sagte mir ein einheimischer Journalist vor Ort. Wir sind am Ende Zweite geworden und haben ein stattliches Preisgeld bekommen. Abu Dhabi war also mehr als gut zu uns. Aber ist es das auch zu allen anderen?

Abu Dhabi wird Besucher sicher bald auch mit *Star-Wars*-Reliquien locken, schließlich hat das Emirat auch Ableger des Louvre- und des Guggenheim-Museums sowie eine Ferrari-Welt an den Arabischen Golf geholt. In einen Stadtstaat, der kaum größer ist als Berlin, in die Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Emirate, zusammen so groß wie Österreich. Die meisten Menschen machen hier nur Zwischenstopp und wälzen sich in Schalensitzen, bis ihr Anschluss nach Asien abhebt. Am Flughafen traf ich aber ein junges Paar, das gerade geheiratet hatte und nun die Flitterwochen in Abu Dhabi verbringen wollte. Ich gratulierte und fragte mich: Warum ausgerechnet hier? Die Hotels sind natürlich erstklassig, aber was gibt es sonst?

Wer auf die T-förmige Insel fährt, auf der Abu Dhabi liegt, sieht auf der Brücke nur wenige Autos, die dafür umso teurer wirken. Wie die Wolkenkratzer, die sich vor einem auftürmen, in denen aber nur wenige Büroangestellte und Hotelgäste ein und aus gehen. Alles wirkt zu groß angelegt für offiziell 1,5 Millionen Bewohner, von denen nur 20 Prozent Einheimische sind. Ein Manhattan, erbaut, einfach weil man es kann, aber man benutzt es kaum. Auch unser Fünfsternehotel in den 300 Meter hohen Etihad Towers wirkte außer von uns Nominierten kaum belegt, dabei ist gerade Wintersaison.

Aus unserem Zimmer im 32. Stock waren schon die nächsten Bautürme zu sehen und noch einige brache Inseln. Auf einer stand nur eine einzige Villa, dafür mit grünem Garten. Doch die Massen sollen ja noch kommen. Abu Dhabi versucht, ein Traumziel für Touristen zu werden. Laut eigener Auskunft haben hier 2014 schon 3,5 Millionen Menschen in Hotels übernachtet, im benachbarten Dubai waren es sogar 11,6 Millionen, Tendenz steigend.

Wo die Menschen sind

Die Konkurrenz ist groß unter den Emiraten, auch zu den Golf-Nachbarn Oman, Katar und Bahrain. Sie alle sind durch Öl- und Gasfunde schnell reich geworden, doch drohen die Vorhaben irgendwann auszugehen. Bis dahin soll der Tourismus eine tragende Säule der Wirtschaft sein. Die Welt soll kommen. Deswegen holte sich Katar die Fußball-WM 2022 ins Land, Bahrain und Abu Dhabi immerhin einen Grand Prix der Formel 1. Aber auch die größte Waffenmesse der Welt findet jährlich in Abu Dhabi statt. Die Herrscherfamilie wird verehrt, aber über Politik wenig diskutiert. Die Emiratis sind dafür umso sportbegeisterter, im Fernsehen werden sogar Bowling- und Holzhackwettbewerbe übertragen. Auf den vielen begrünten Sportplätzen findet man dagegen kaum Menschen. Vielleicht weil die meisten Einheimischen lieber in luftigen Gewändern durch klimatisierte Einkaufszentren flanieren, als sich im Freien zu bewegen, wo die Temperaturen im Sommer 50 Grad übersteigen und es im Dezember immer noch 28 Grad waren.

„Abu Dhabi“ bedeutet übersetzt „Vater der Gazelle“. Vor wenigen Jahrzehnten war hier nichts als flacher Sand, erfuhren wir bei einem Besuch im Heritage Village, in dem ein Beduinendorf nachgestellt war. Im Hintergrund erhob sich die Skyline. Näher kamen wir in zwei Tagen Kamelen und Wüstenboden nicht. Der Film *Star Wars – Das Erwachen der Macht* wurde 200 Kilometer weiter südlich gedreht, an der Grenze zu Saudi-Arabien. Auf einer Bootstour erklärte man uns dann, wie Perlentaucher hier jahrhundertelang ihr Leben unter Wasser riskierten, bis japanische Zuchtperlen ihr Geschäft zerstörten. Doch Allah sei Dank fand sich ein neuer Schatz, das Öl. Der Sprung von der Stammes- zur Zukunftsgesellschaft ging dann schnell, für einige zu schnell.

Flaniert man durch die Straßen, trifft man wenig Einheimische und kaum Touristen. Am Wegesrand schwitzen Arbeiter, die den Bürgersteig noch fertigstellen müssen. Nur Kopfwickel und Helme schützen sie gegen die Sonne. Bauarbeiter wie Hotelangestellte kommen hier meist aus Indien, Nepal oder von den Philippinen. Sie bringen vergleichsweise viel Geld heim, genießen aber kaum Bürgerrechte und leben abseits der Glitzerstadt auf dem Festland, nahe der Wüste, wo weniger Lichter leuchten. Aber wenn nicht gerade eine Fußballweltmeisterschaft im Land ansteht, wie in Katar, interessiert ihr Schicksal nur wenige. Abu Dhabi? Am Ende war ich verloren in der Geisterstadt. *Dominik Bardow*

FOTO: EPA/TWOFOUR54/DPA

Zur „Star Wars VII“-Premiere brachten Stormtrooper Action in die Emirate

„Wir haben jetzt genug vom Laizismus“

Tariq Ramadan ist eine Ikone der Banlieue-Jugend. Zu Besuch bei einer Veranstaltung im Pariser Vorort Saint-Denis

■ Romy Strassenburg

Tariq ist da!“ Mit einem eindrucksvollen Schlüsselbund bewaffnet, eilt der sichtlich überforderte Hausmeister zum Hintereingang des in die Jahre gekommenen Gewerkschaftshauses an der Rue Génin. Nervös hantiert der junge Mann an dem Vorhängeschloss, das seit den Terroranschlägen vom 13. November die Tür zusätzlich sichern soll. Und dann darf der Hausmeister ihn als Erster begrüßen: Tariq Ramadan, den prominentesten Redner des Abends. Seit einer Stunde wird im völlig überfüllten Saal über eine „Politik des Friedens, der Gerechtigkeit und Würde“ diskutiert. Ramadan hat auf sich warten lassen, die selbstsichere Körperhaltung und das verschmitzt lächelnde Gesicht verraten, dass er das Aufsehen bei seinem Eintreffen in Saint-Denis genießt.

Auf der anderen Seite des Foyers wird es unruhig. Seit einer halben Stunde reden Wartende am Haupteingang auf Sicherheitsleute ein, um noch hineingelassen zu werden. „Ich hab schon drei Mal die Augen zugedrückt und einen Schub durchgewinkt“, jammert der Hausmeister. „600 Leute sind da oben, in einem Saal mit 400 Plätzen! Ich kann nicht für ihre Sicherheit garantieren.“

Konkrete Utopie

Tariq Ramadan, der Schweizer Islam-Gelehrte mit ägyptischen Wurzeln, Enkel des Gründers der Muslimbruderschaft Hasan al-Banna, ist ein charmanter Mittfünfziger. Freundschaftlich legt er seinen Arm um den Hausmeister. „Jetzt komm schon, Bruder. Lass dein Herz sprechen. Tu mir den Gefallen“, ermuntert er ihn. Dann folgen ein paar arabische Sätze, die wie liebevolle Beschwörungen klingen. „Keine Sorge, ich übernehme die Verantwortung, das sind meine Gäste, meine Freunde“, versichert Ramadan. Der Schlüsselbund wird nach vorn weitergereicht. Die Menschen strömen durch die Glastüren, und mit der Taschenkontrolle wird es nicht mehr so genau genommen. Auf der Treppe sagt ein junger Mann arabischen Ursprungs zu einer Journalistin: „Voilà! Jetzt haben Sie den Eindruck bekommen, den Sie wollten. Er hat sich für uns eingesetzt. Jetzt wissen Sie, warum Tariq für viele hier eine Ikone ist.“ Schwer auszumachen, ob das ernst oder ironisch gemeint ist.

Im Saal „Marcel Paul“ sitzen und stehen also die Zuhörer dicht gedrängt und bemühen sich, den Rednern auf der Bühne zu folgen. Es ist ein historischer Ort, nicht nur wegen des Namensgebers Marcel Paul, Résistance-Kämpfer, KZ-Überlebender und späterer Vorsitzender des französischen Gewerkschaftsbunds. Gebaut wurde das Haus mit gläserner Fassade im nördlichen Pariser Vorort Saint-Denis 1983 vom Architekten Roland Castro. Castro, überzeugter Kommunist und Mitbegründer der politischen Bewegung „Konkrete Utopie“, wollte Städte bauen, die Zusammenhalt und Frieden schaffen. Von den Fenstern des angegrauten Gebäudes schaut man auf ein Autobahnkreuz und das Stade de France. Dort sprengten sich vor zwei Monaten drei Selbstmordattentäter in die Luft, nachdem sie versucht hatten, mit Sprengstoffgürteln ins Stadion zu gelangen. Fünf Tage später

„Wir müssen schon etwas sagen dürfen. Und zwar etwas, das zu hören ist“

tötete die Polizei bei einem Großeinsatz im Stadtzentrum Abdelhamid Abaaoud, einen der mutmaßlichen Drahtzieher der Pariser Anschläge, bei denen insgesamt 130 Menschen starben. Wieder stehen die Vororte im Blickfeld der Öffentlichkeit, in Frankreich, in Belgien. Die 100.000 Einwohner zählende Gemeinde Saint-Denis, in deren berühmter Kathedrale einst Frankreichs Könige beigesetzt wurden, war im Jahr 2005 einer der Vororte, in denen wochenlang Autos brannten und Jugendliche sich mit der Polizei Straßenschlachten lieferten. Der damalige Innenminister Nicolas Sarkozy kündigte an, er werde die Vorstädte „mit dem Hochdruckreiniger säubern und vom Gesindel befreien“. Zehn Jahre später ist Sarkozy zurück und das vermeintliche Gesindel immer noch da. Dort, wo der Republikaner Sarkozy die Feinde vermutet, unterhält Tariq Ramadan ein Büro. Es liegt in der 39 Rue de la Boulangerie, in einem schmucklosen Neubau.

Von den zwei schlichten Räumen schaut man in den Hof hinter dem muslimischen Kulturzentrum Tawhid, das eine Bibliothek und eine kleine Moschee beherbergt. Die Mehrheit der Bewohner von Saint-Denis sind Muslime, auch unter den Zuhörern im Gewerkschaftshaus überwiegen sie. Unter ihnen sind auffallend viele junge Frauen, die modische Kopftücher und knallige Handtaschen tragen. Sie werden freundlich beäugt von den vielen älteren Herren, den Gewerkschaftern, die an diesem Abend dem Aufruf des Kollektivs Ensemble gefolgt sind, das zur linken Partei Front de gauche gehört. Deren Europa-Abgeordnete Marie-Christine Vergiat sei begeistert von der großen *mixité*, der Mischung bei den Zuhörern. Auf Facebook postet sie ein Foto mit der Überschrift „Ich, gemeinsam mit Aktivisten der kommunistischen Jugend“. Darunter der Kommentar: „Ein Saal, vollgefüllt mit jungen Leuten, die das Frankreich repräsentieren, das ich liebe!“ In der Region Seine-Saint-Denis engagieren sich in der MJCF (Mouvement Jeunes Communistes de France) Jugendliche unterschiedlicher Konfession, viele von ihnen Muslime mit Einwanderungshintergrund, aber auch Linksautonome, Intellektuelle und Kinder aus den klassischen französischen Arbeitermilieus.

An diesem Abend folgen sie gemeinsam dem Friedensappell einer britischen Aktivistin und den Ausführungen des bekannten französischen Journalisten Alain Gresh, einst Chefredakteur von *Le Monde diplomatique*. Er fragt nach sozialen Ursachen und politischen Folgen des 13. November. Als Tariq Ramadan endlich die Bühne betritt, wie bei allen seinen Auftritten leger, aber stilsicher gekleidet, wird er euphorisch beklatscht. Man müsse verstehen, was nach dem 11. September 2001 passiert sei, beginnt er seine im Sitzen frei vorgetragene Rede. Genau dieses Muster habe sich nun, nach den Terroranschlägen von Paris, erneut gezeigt. Der Islam diene den westlichen Gesellschaften als Sündenbock. Er sei ein Vorwand, um nicht über Wirtschaft, über Sozial- und Außenpolitik sprechen zu müssen. Über die eigentlichen sozialen Probleme. Für Ramadan bleibt 9/11 ein Schlüsselmoment in der jüngeren Geschichte.

Nun, unter dem Eindruck des 13. November, kopiere Frankreich den binären Diskurs eines George W. Bush: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.“ François Hollandes Reaktion auf die Anschläge lautete „La France est en guerre“ (Frankreich ist im Krieg). Dabei könne nicht tiefe Religiosität die treibende Kraft der Terroristen sein, denn „92 Prozent der jungen Menschen, die durch das Internet oder auf anderem Wege ein solches Verhalten zeigen, sind seit weniger als zwei Monaten praktizierende Gläubige“, echauffiert sich Ramadan. Im Saal erschallt Lachen. Ja, man müsse durchaus eine Diskussion über den Islam führen, aber in erster Linie interessiere ihn die politische Dimension. Das kommt gut an bei den jungen Zuhörern. Der Palästinenserkonflikt, das Chaos in Libyen und Syrien und dazu der für drei Monate verhängte Ausnahmezustand. Frankreich entwickle sich zu einem Sicherheitsstaat mit ungerechtfertigten Hausarresten und Durchsuchungen. „Sie bringen Schande über Frauen und Männer“, sagt er verärgert. „Aber manchmal irren sie sich in der Tür.“

Durch die Talkshows

Wenn Tariq Ramadan „sie“ sagt, meint er die politisch Verantwortlichen, ob in den USA, in Großbritannien oder Frankreich. Sie würden ein Klima der Angst und gegenseitiger Verdächtigungen schaffen. Hier horchen besonders jene auf, die den wachsenden Islam-Hass beklagen, etwa die Anhänger des Kollektivs gegen Islamophobie (CCIF). Ramadan argumentiert eloquent, manchmal humorvoll, gestikuliert viel. Als er von einem festgenommenen Imam erzählt, dem man wegen des Ausnahmezustands nachweisen konnte, dass er Steuern hinterzogen habe, hat er auch die allerletzten Skeptiker für sich eingenommen. Die endlosen Debatten über das Kopftuch oder Halal-Fleisch? Das Pochen auf republikanische Einheit? Ramadan sagt: „Wir haben genug vom Laizismus.“ Die strikte Trennung von Kirche und Staat führt in Frankreich immer wieder zu heftigen Diskussionen über die alltägliche Ausgestaltung der Integration, zum Beispiel an Schulen. Ramadan spricht jenen aus dem Herzen, die sich als Muslime stigmatisiert und benachteiligt fühlen, weil sie ihre Religion nicht offen ausleben können.

„Je ne suis ni ‚Charlie‘ ni Paris“, sagte er nach den Attentaten im Januar 2015

Tariq Ramadan weiß, jeder, der an diesem Abend im Publikum sitzt, kann auf seine Argumente anspringen. Die Linksautonomen auf die Kritik am Überwachungsstaat, die Gewerkschafter auf seine Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und Menschenwürde. Nicht zuletzt die jungen Muslime auf die Solidarität mit den Palästinensern und die Warnung vor wachsendem Islam-Hass.

Tatsächlich haben zahlreiche Soziologen darauf hingewiesen, dass sich Frankreichs Banlieue-Jugend mehr als andere Europäer mit arabischen Wurzeln mit den Palästinensern identifiziere, weil sie sich ebenso unterdrückt und ausgeschlossen fühle. Tariq Ramadan gibt sich als Vermittler zwischen der abgehängten Vorortjugend und der Mitte der Gesellschaft, der er angehört, auch wenn er selbst kein Franzose ist. Der Islamtheoretiker ist ein gefragter Gast in Talkshows und Podiumsdiskussionen. Er debattierte auch mit Stéphane „Charb“ Charbonnier, dem Herausgeber von *Charlie Hebdo*. Nach den Attentaten auf das Satiremagazin im Januar 2015, bei denen auch „Charb“ ermordet wurde, ließ Ramadan verlauten: „Je ne suis ni *Charlie* ni Paris“ (Ich bin weder *Charlie* noch Paris). Denn die *Charlie*-Karikaturen machten „aus der Gesellschaft ausgeschlossene Menschen“ lächerlich, die Karikaturen seien respektlos, und zudem verdienten nicht nur Paris, sondern auch Beirut und andere Anschlagsorte weltweit unsere Solidarität. Gleichzeitig hat er die Muslime aufgerufen, friedlich zu bleiben. Nun, wenige Wochen nach den neuesten Pariser Anschlägen, zeigt sich Tariq Ramadan verärgert darüber, dass „unsere Toten mehr wert sind als tote Araber, Afrikaner oder Flüchtlinge“. Es klingt nicht nach dem Ruf nach weltweiter Solidarität, nationaler Einheit und Zusammenhalt, wie er noch immer im Herzen von Paris, am Place de la République, erklingt.

Dass Tariq Ramadan nach dem 7. Januar, nach *Charlie*, auch Verschwörungstheorien ins Spiel brachte, kratzte an seinem Ruf des gemäßigten Wissenschaftlers und schien seinen Kritikern erneut Recht zu geben, die in ihm allen voran einen Polemiker sehen. In Saint-Denis erklärt er: „Manche halten das für eine Besessenheit von mir, aber meine Besessenheit besteht doch nur darin, eine Sache zu sagen: Der Konflikt zwischen Israel und Palästina ist im Mittleren Osten von zentraler Bedeutung.“ Es gebe aber Kräfte in Frankreich, in den USA und England, die blind proisraelisch und prozionistisch seien. Der Ton wird schärfer, die Rede schneller.

Er wird diesen Abend mit einem Appell beschließen. „Ob du Atheist bist oder Agnostiker, Jude oder Christ oder Moslem … wenn du keinen Mut hast, dann geh doch weiter deinen Weg mit ihnen. Aber von einem bestimmten Moment an, da müssen wir etwas sagen dürfen, etwas sagen, das zu hören ist.“ Welche Art Engagement er sich von seinen Zuhörern wünscht, lässt Tariq Ramadan offen.

Zur doppelten Zunge

Was bedeutet muslimische Identität in der sogenannten westlichen Welt? Diese Frage beschäftigt Tariq Ramadan besonders. In den 50er Jahren war sein Vater Said Ramadan aus dem von Abdel Nasser geführten Ägypten zunächst nach Deutschland, später in die Schweiz immigriert. Tariqs Großvater Hasan al-Banna war Begründer der ägyptischen Muslimbruderschaft und wird bis heute als Märtyrer dieser islamistischen Bewegung verehrt.

Als jüngstes von sechs Geschwistern wächst Tariq, 1962 in Genf geboren, in der Schweiz auf, wo er Philosophie studiert. Später geht er zum Studium der Islamwissenschaften nach Kairo. Seine Promotion widmet er dem Schaffen des eigenen Großvaters, anschließend nimmt er verschiedene Lehraufträge an Universitäten in Europa, den USA und Japan an. Heute unterhält er Büros in Saint-Denis, Genf, London und Doha. Tariq Ramadan ist so populär wie umstritten, seine Bücher wurden in zahlreiche Sprachen übersetzt. Die bekannte französische Feministin und Sachbuch-Autorin Caroline Fourest widmete Tariq Ramadan 2004 das Buch *Frère Tariq*, in dem sie dem 53-Jährigen Doppelzüngigkeit vorwirft. Ramadan färbe seine Thesen je nach Zuhörerschaft.

Während er in wissenschaftlichen Kreisen versuche, das Bild eines intellektuellen Islam-Reformers zu vermitteln, verfalle er vor muslimischem Publikum in antisemitische und reaktionäre Argumentationslinien. Andere französische Intellektuelle wie Bernard-Henri Lévy sehen in Tariq Ramadan allenfalls einen Pseudo-Wissenschaftler, der die These eines „jüdischen Komplotts“ vertrete und antiisraelische Ressentiments bediene. *RS*

ANZEIGE

WWW.DASMAGAZIN.DE

Alles auf Anfang!

Nehmen wir uns eine Auszeit. In der Januarausgabe geht es diesmal um die herrliche Zeit, in der man abschaltet, mal nichts macht, sich richtig schön langweilt – das soll ja ausgeprochen erfrischend für Körper und Geist sein. **Der Möglichkeiten sind derer viele:** schlafen, googeln, das Hörgerät ausknipsen, die originellen **Ausmalbilder im neuen Heft weiterkritzeln,** fröhlich prokrastinieren, und so weiter und so fort. Und wenn Sie dann schön entspannt sind, fliegen Sie mit uns nach **Japan,** wundern sich über **Café-Besucher,** denen es Freude bereitet, von **Eulen** … nunja … **bekackt** zu werden, lesen die profunden **Rezepte gegen Liebeskummer** von Stefan Schwarz, versuchen sich am großen **kniffeligen Winterpreisrätsel** (mit attraktiven Preisen!) und begleiten Dorle auf ihrem **Weg ins Glück.**

☛ Ihr Zeitschriftenhändler freut sich bestimmt auf Sie!

Unter www.mykiosk.com finden Sie einen Händler in Ihrer Nähe.
Mit einem Abo kommt DAS MAGAZIN für nur 30 Euro/Jahr ins Haus.

DAS MAGAZIN
HINTERHER IST MAN IMMER SCHLAUER

A–Z Einhörner

FOTO: UNITED ARCHIVES/IMAGO

Fabelwesen Auf dem Papier sind sie Milliarden Dollar wert, ihr bevorzugter Weidegrund ist das Silicon Valley – Unicorns, junge Firmen, in die sehr viel Risikokapital gepumpt wurde. 2016 soll das Jahr des Einhornsterbens werden. Warum das nur Finanzanalysten glauben können: unser Lexikon der Woche

A

Analytische Philosophie Als ich jung war und Philosophie studierte, schwärmte ich für Adorno und die Kritische Theorie. Habermas war schon na ja, aber an Dummheit nicht zu übertreffen war doch die sogenannte analytische Philosophie. Und da wiederum ragte in seiner Borniertheit (damals!) Willard Van Orman Quine (1908–2000) hervor, eine große Nummer bei einem meiner Professoren. **Wie borniert (damals!) die analytische Philosophie war, zeigte sich an der Schlichtheit der Beispiele: Rosen, Kaninchen, Pegasus oder eben das Einhorn.** Was bedeutet der Satz „Einhörner existieren nicht“? Nun, er bedeutet, dass die Aussagefunktion „x ist ein Einhorn“ nicht erfüllt ist. Etc., etc. Ich will Sie hier nicht langweilen. Später „emanzipierte“ sich ein analytischer Philosoph, Hilary Putnam, immerhin so weit, dass er es in gewissen Kontexten für sinnvoll hielt, die Existenz von Einhörnern anzunehmen. Erraten: fiktive Kontexte. Und viel später stellte ich fest, dass Quines früher Klassiker *From a Logical Point of View* einem zauberhaften Calypso-Song von Robert Mitchum den Titel gab. Na ja, möglicherweise. *Michael Angele*

D

Digital Native Das Einhorn ist für das Internet, was Eisbär Knut für schulpflichtige Kinder war. Mit dem Vorteil, dass es niemals sterben wird. In Nerdkreisen gibt es einen ausgeprägten Fankult um das Wesen. Das Einhorn taucht in allen möglichen Kontexten auf, vor allem auf Blogs und Twitter. Es ist schnell und stark, es ist queer und trans (→Party Animal), wandelbar und subversiv und bei alledem immer: süß. Wenn das Einhorn im Netz Gesellschaftskritik übt, kotzt es einen Regenbogen. Es gibt den Emotionen der digitalen Filterblasen ein Gesicht, eine Art Anonymous für die Gefühlswelt. **Das Einhorn ist ein Klassiker, der neuere Netzmaskottchen wie Grumpy Cat, den Shiba-Hund oder diverse Emoticons überleben wird. Unsterblich eben.** Wie ernst es die Fangemeinde meint, konnte man 2014 bei der Bloggermesse re:publica sehen. Dort hielt die Autorin Jessica S. Marquis einen Vortrag über die Kultivierung von Einhornfarmen, Stichwort *Unicornomics*. Ganz analog auf der Hauptbühne. *Juliane Löffler*

E

Esoterik Gut 25 Milliarden geben die Deutschen jährlich für Eso-Kitsch aus. Ja, der Hokuspokus ist längst in der „Mitte der Gesellschaft“ zu Hause. Dabei gibt es verschiedene Härtegrade. Engel-Gläubige, wie die norwegische Prinzessin Märtha Louise, scheinen eine Restanbindung an die Realität zu haben, immerhin kommen Engel in der – real existierenden – Bibel vor. Aber was, wenn einem daheim ein Fabeltier begegnet? **„Dieses Einhorn neben mir in meinem Garten wollte mir klar machen, dass Einhörner real, ätherische Wesen sind, die jenseits des Reiches unseres Sehens und Hörens leben“**, heißt es bei Diana Cooper, einem Star der Szene. „Sie entstammen der kraftvollsten Lichtenergie und bestehen aus reiner Liebe“, schreibt Melanie Missing, ein anderes Mastermind im Einhorn-Business. So viel Mut zum proaktiven Bullshitting ist jeden Cent wert. *Katja Kullmann*

K

Korkenzieher Das Horn des Einhorns war über viele Jahrhunderte aufgrund seiner speziellen Form (→Zauberschulwissen) das einzige Werkzeug, mit dem man Weinflaschen öffnen konnte. Das Tier wurde deshalb überall stark bejagt, bis schließlich die letzten Bestände im 14. Jahrhundert ausstarben. Die europäischen Kulturen reagierten unterschiedlich: In Frankreich entwickelte Georges de Tire-Bouchon den Korkenzieher. Der schöne Brauch, einer umworbenen Jungfrau einen Korkenzieher in den Schoß zu legen, erinnert noch heute in südlichen Ländern an die Sage, ein Einhorn ließe sich zähmen, indem man es dazu bringt, das Gleiche mit seinem Horn zu tun. **In Deutschland erfand man das Bier: Zum Abhebeln der Kapsel reichte der Unterkieferknochen eines Wolfs oder Bären.**

Jahrzehnte versuchte man sich noch an Rückzüchtungen durch Kreuzung von Przewalski-Pferden und Narwalen, aber das Ergebnis war jedes Mal entweder ein sexuell übergriffiger Delfin oder ein Pony mit angeborenem Priapismus. Wir werden wohl nie wieder Einhörner in freier Wildbahn erleben. *Uwe Buckesfeld*

L

Letztes Die meisten Filme, die einem im Kopf hängen bleiben, tun das ja nicht deshalb, weil sie außergewöhnliche Kunstwerke sind, sondern weil man mit ihnen eine ganz bestimmte Situation assoziiert, in der diese Bilder, diese eine Erzählung eine besondere Bedeutung bekamen. Den Zeichentrickfilm *Das letzte Einhorn* (1982) samt Titelsong von America muss man nüchtern-analytisch betrachtet wohl als harten 80er-Jahre-Kitsch bezeichnen. Mein Blick darauf ist ein anderer: Als ich *Das letzte Einhorn* mit sechs, sieben Jahren im Kino sah, hatte die Geschichte für mich, nun ja, etwas Magisches.

Kinderkino – das hieß, sonntagvormittags vom Dorf in die Stadt zu fahren, um dort in einen dunklen Raum zu verschwinden und in einer völlig anderen Welt zu versinken. **Das weiße Einhorn war riesig auf der Leinwand, der böse rote Stier noch größer, und am Ende galoppierten aus dem Meer Tausende Einhörner und eroberten das Land zurück.** Es geht in der Handlung, grob gesagt, um eine Wiederverzauberung der entzauberten Welt, aus der die Einhörner vertrieben worden sind. Gegen so eine Botschaft ist natürlich gar nichts einzuwenden. Nur eins: Man sollte sie nicht auf ewig mit dem Flötengesäusel von America assoziieren müssen. *Jan Pfaff*

P

Party Animal Das Einhorn ist Disco-Queen ungezählter Mottopartys, Symboltier für Freundschaft und Kindercliquen (*My Little Pony*), Individualität und Menschlichkeit (*Blade Runner*) und erhabene Anführerin im Kampf gegen jede irdische Verwurzelung: Als der Mob im Juni in Freital aufmarschierte, da tanzte ein Stoff-Einhorn über den Köpfen von ein paar Antifas so schön und provokant zu verqueerer Popmusik, dass der Blut-und-Boden-Auflauf irgendwann Fußballchöre anstimmte: „Wir woll'n das Einhorn sehn, wir woll'n das Einhorn sehn, wir woll'n das Einhorn hängen sehn.“ Geflüchtete waren noch gar nicht da, aber das Einhorn ist von noch weiter her als Syrien, und nichts regt Nazis mehr auf als seine Abgehobenheit. **Weißsein, Deutschsein, Mann- oder Frausein: Jede Identitätskategorie wird vom Einhorn weggeglitzert, es passt einfach nicht in diese Welt.**

Das dachte ich zumindest, bis ich eben im Internet ein rosa Einhorn mit pinkgelb-türkisfarbener Mähne und rotschwarzer Hakenkreuzarmbinde sah, neben ihm eine „White Power“-Wolke, aus der runenförmige „SS“-Blitze fahren – und all das eintätowiert in eine rechte Arschbacke. Die Welt ist wirklich aus den Fugen. Da hilft allenfalls noch ein Blick auf *kotzendes-einhorn.de*. *Sebastian Dörfler*

Q

Quellen „Ob zwar in der Hl. Schrift des Einhorns oft gedacht wird, so ist doch kein dergleichen erdichtetes Thier, sondern das Nashorn dadurch verstanden worden“: So zweifelte *Zedlers Universal-Lexicon* um 1750 eine Quelle für den Einhornglauben an. Ein solche Verwechslung ist auch bei anderen Quellen denkbar: Die Einhornerwähnung in Aristoteles' *Naturgeschichte* liest sich wie eine Realbeschreibung – war eine Antilope gemeint? Auch andere Zeitgenossen erwähnen das Tier, das in antiken Mythologien aber fehlt. **Dafür galoppiert es in Legenden Chinas und Indiens herum.**

Im Mittelalter wird das Monohorn zum unschuldig-reinen Fabelwesen, zum Christussymbol. Sein Horn in den Schoß der Jungfrau Maria legend: ein beliebtes Motiv christlicher Kunst (→Korkenzieher). Für Albert Magnus war die Zähmung des Wildtiers die Menschwerdung Christi. Da ist es verblüffend, wie profan Mystikerin Hildegard von Bingen Einhorn-Medizin verschrieb: „Die pulverisierte Leber ergibt mit Eigelb versehen eine Salbe, die bei regelmäßigem Gebrauch jede Art von Aussatz heilt … Schuhe aus dem Leder des Einhorns verleihen gesunde Füße, Unterschenkel und Gelenke.“ *Tobias Prüwer*

S

Start-ups Vielleicht ist Uber-Chef Travis Kalanick der Johann August Sutter des 21. Jahrhunderts. Vor bald 200 Jahren hatte sich der Deutsch-Schweizer gen US-Westküste aufgemacht, dort Einwohner vertrieben und Land kolonisiert. Seine Scholle wuchs schnell, und als dort einer von Sutters Arbeitern das erste Gold Kaliforniens fand, war das der Beginn des Goldrauschs. Und der der völligen Verarmung Sutters, Tod zweier Söhne inklusive.

Heute geht es rund um die Bucht von San Francisco nicht um Nuggets. Sondern um Einhörner. So nennen Investoren Start-ups, deren angeblichen Wert die „Märkte“ auf mehr als eine Milliarde US-Dollar taxieren. **Travis Kalanick hat das fabelhafteste Einhorn: Uber, sein Online-Vermittler von Fahrdiensten, ist laut dem Ranking „The Unicorn List“ des US-Wirtschaftsmagazins „Fortune“ 51 Milliarden wert und damit eigentlich schon ein „Decacorn“.** In die Top Ten schafft es nicht nur die Silicon-Valley-Hausmacht um Airbnb, Snapchat oder Dropbox, sondern auch der chinesische Smartphone-Hersteller Xiaomi (46 Milliarden) oder die indische E-Commerce-Firma Flipkart (15 Milliarden). Gold gab es ja auch nicht nur in Kalifornien. Wer es schürfte, dessen Traum von bleibenden Werten war so schnell ausgeträumt, wie eine Seifenblase zerplatzt, siehe Johann August Sutter. *Sebastian Puschner*

V

Verwechslung So muss ein Einhorn aussehen, dachte ich als Kind, haargenau so, wie es auf der Deckseite von *Des Knaben Wunderhorn* abgebildet war. Es trug ein grünes Gesicht, hatte Augen, Nase und einen fröhlichen Mund, Ohren, die wie Lindenblätter aussahen, und es stand auf vier dünnen Beinen. Auf seinem runden Kopf prangten zwei goldene Hörner, wie bei einem Faun von Picasso. Auf dem gelben Fabelwesen hockte ein rothaariger Knabe mit einem Zweig in der Hand.

Achim von Arnim und Clemens Brentano veröffentlichten ihre Sammlung alter Liebes-, Soldaten-, Wander- und Kinderlieder in drei Bänden (1805–1808), sie wollten die Reime vor dem Vergessen bewahren. **1966 ist das Werk im Kinderbuchverlag der DDR erschienen, wunderbar illustriert, das Buch wurde ein Renner.** Man blätterte gemeinsam bei Kindergeburtstagen darin, verkleidete sich manchmal sogar als Einhorn. „Aber das ist doch ein Füllhorn!“, wollte mich eines Tages ein Erwachsener aufklären. Was für ein Quatsch! Oder hat schon mal jemand ein Füllhorn auf vier Beinen gesehen? *Maxi Leinkauf*

Z

Zauberschulwissen In der magischen Welt des Harry Potter sind selbst Tiere magische Wesen und als solche prüfungsrelevant: Im Schulfach „Pflege magischer Geschöpfe“ lernen wir: Das Fell junger Einhörner ist zunächst golden, dann silbrig, erst ausgewachsen wird das scheue Tier mit dem Pferdekörper weiß wie das Mondlicht. Mit seinem spiralförmigen Horn und seiner strahlenden Schönheit gilt es als Sinnbild von Reinheit. **Sein silbernes Blut hat lebenserhaltende Kräfte, mit dem Nebeneffekt, dass jeder, der ein Einhorn tötet, um davon zu trinken, auf ewig verflucht ist.** Für Harrys Widersacher, den skrupellosen Lord Voldemort, ist das allerdings irrelevant. So verhilft es ihm dazu, wieder zu Kräften zu gelangen: der Auftakt zu sieben Jahren Kampf des Guten gegen das Böse. *Jutta Zeise*